Österreichischer
Städtebund

Stadtdialog

Schriftenreihe des
Österreichischen Städtebundes
Dezember 2016

Frauen und Gleichstellung in Städten und Gemeinden

Herausgeber:
Österreichischer Städtebund
1082 Wien, Rathaus
Tel.: 01/4000-89980, Fax: 01/4000-7135
E-Mail: post@staedtebund.gv.at
Internet: www.staedtebund.gv.at
Leitung: OSR Dr. Thomas Weninger, MLS
Redaktion: Mag.ª Christina Aigner, Lisa Hammer, MA
Coverfoto: Installation am Grazer Hauptplatz im Rahmen der Aktion des Frauenausschusses des Österreichischen Städtebundes „Qualifikation statt Krawatte“, Equal Pay Day 2011, Stadt Graz

Gestaltung:
Alice Brzobohaty, TrendCom Consulting Ges.m.b.H., 1080 Wien

Druck:
Universitätsdruckerei Klampfer, 8181 St. Ruprecht/Raab

Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund

Wien, im Dezember 2016

ISBN 978-3-9502038-1-3

Österreichischer Städtebund

Inhalt

VORWORT
Sandra Frauenberger
Gleichberechtigung auf allen Ebenen ..... Seite 5

Michael Häupl, Thomas Weninger
Kommunalpolitik ist auch Frauenpolitik ..... Seite 6

ARBEIT
Gerlinde Hauer, Sybille Pirklbauer
Equal Pay Day: „Gratisarbeit“ ab Anfang Oktober ..... Seite 7

Christina Aigner
Equal Pay Day – Öffentlichkeitsarbeit der städtischen Frauenbüros ..... Seite 11

Jutta Reisinger
Linzer Pilotprojekt: Berufswahl abseits von Geschlechterklischees ..... Seite 18

ÖFFENTLICHER RAUM
Alexandra Schmidt
„Sex sells“ nicht mehr ..... Seite 20

Eva Kail
Wien: Stadt Fair Teilen im Sinne der Frauen ..... Seite 22

Martina Eigelsreiter
St. Pöltner Frauenstadtrundgang – Orte der Erinnerung ..... Seite 26

GEWALT GEGEN FRAUEN
Alexandra Schmidt
Vergewaltigung verurteilen – ein NEIN genügt ..... Seite 29

Marie-Theres Grillitsch
Pilotprojekt beim Villacher Kirchtag: Anlaufstelle für bedrängte Frauen ..... Seite 32

FLUCHT
Gabriella Burkhart
Auf Frauen zugehen ..... Seite 34

Marion Gebhart
Gemeinnützige Beschäftigung von AsylwerberInnen – ein Erfahrungsbericht ..... Seite 37

KOMMUNALE POLITIK
Martina Eigelsreiter
Der lange Weg zur Bürgermeisterin – Frauen in der (Lokal-)Politik ..... Seite 39

Michaela Schatz
Gender Budgeting in Wien ..... Seite 41

VERNETZUNG

Claudia Altmann-Pospischek
Erfolgsprojekt: Wiener Neustädter Frauentreff ..... Seite 46

Lisa Gensluckner
Gemeinsam statt einsam?! Ein Netzwerk für Frauen in Innsbruck ..... Seite 48

Lucia Schnabl
Online-Informationsoffensive für Mädchen und Frauen ..... Seite 50

GESCHICHTE

Meike Lauggas
Seit wann arbeiten Frauen? ..... Seite 52

Lucia Schnabl
Frauen ins Rathaus ..... Seite 55

BURSCHEN UND MÄNNER

Philipp Leeb
Sah ein Knab ein Röslein stehen ..... Seite 57

Dominik Sandner
Männer im Gender Mainstreaming – mehr als Beobachter!? ..... Seite 60

INTERNATIONAL

Jamie Just
RGRE und EU – Gleichstellung auf europäischer Ebene ..... Seite 62

Daphne Springhorn
Feministische Außenpolitik – Schwedens Werkzeug für eine bessere Welt ..... Seite 65

Österreichischer Städtebund

Bohmann/PID

Gleichberechtigung auf allen Ebenen

Als Vorsitzende des Frauenausschusses des Österreichischen Städtebundes freut es mich sehr, dass sich diese Ausgabe des „Stadtdialogs“ frauenpolitischen Themen widmet.

Als Frauenausschuss behandeln wir aktuelle Fragestellungen, die sich auf den unterschiedlichen politischen Ebenen stellen. Gerade kommunalpolitisch können viele wesentliche Maßnahmen gesetzt werden, um Frauen zu fördern. Denn klar ist, dass wir noch in vielen Bereichen Ungleichheiten beseitigen müssen, um unser Ziel einer gleichberechtigten Gesellschaft zu erreichen. Wesentlich dabei ist etwa die gerechte Verteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit, mit der sich mehrere Beiträge in dieser Ausgabe beschäftigen: Frauen brauchen ein existenzsicherndes Einkommen, um selbstbestimmt leben zu können, und nach wie vor gilt die Forderung „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“.

Hier gilt es bereits früh anzusetzen: Denn schon die Wahl der Ausbildung von Mädchen (und Burschen) beeinflusst spätere Einkommen und Karrieren bis zur Pension. Aber stereotype Rollenbilder wirken nicht nur bei der Wahl der Ausbildung oder dem Berufswunsch, sie prägen nach wie vor die Verteilung der Haushaltsarbeit: Zu über 75 % wird diese immer noch von Frauen erledigt. Hier sind Männer gefragt, ihre Rollen einzunehmen, gleichzeitig spielt dabei natürlich das Angebot der leistbaren und bedarfsgerechten Kinderbetreuung eine wesentliche Rolle.

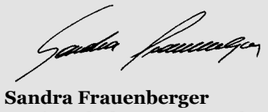
Auch im Kampf gegen Sexismus und geschlechtsspezifische Gewalt hat der Frauenausschuss in den letzten Jahren viele Akzente gesetzt: Es ist unsere Verantwortung, unsere klare Haltung gegen Gewalt an Frauen und Mädchen deutlich zu zeigen und ihnen bestmöglichen Schutz zu bieten.

Aktuelle Herausforderungen wie die Integration und bestmögliche Versorgung von geflüchteten Frauen beschäftigen die Gemeinden und Städte auch aus einer geschlechtsspezifischen Perspektive: Denn Frauen und Mädchen sind besonders vulnerable Zielgruppen, die es beim Start in ihr neues Leben zu unterstützen gilt.

Städte sowie Gemeinden wachsen und somit wird auch die Frage der Stadtplanung und der Stadtgestaltung immer wichtiger. Hier ist der Blick auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern wichtig und darf nicht außer Acht gelassen werden. Zentral bei der Gestaltung ist auch das Thema Gender Budgeting, mit dem sich der Frauenausschuss sehr intensiv beschäftigt hat.

In dieser Ausgabe des „Stadtdialogs“ finden Sie einen breiten Umriss über diese und noch mehr Themen, die das Wirken des Frauenausschusses prägen. In unserer gemeinsamen Arbeit ist es unser Anliegen, Frauen und Mädchen in all ihrer Vielfalt bei einem selbstbestimmten Leben zu unterstützen.

Ich wünsche Ihnen viel Freude und die eine oder andere Anregung beim Lesen!
Mit frauensolidarischen Grüßen,



Sandra Frauenberger
Vorsitzende des Frauenausschusses des Österreichischen Städtebundes und Wiener Frauenstadträtin

Stadt Wien/PID, Fotograf Ian Ehm

Wilke

Kommunalpolitik ist auch Frauenpolitik

Frauenpolitik sorgt für Chancengleichheit, Offenheit und Toleranz und sie sorgt für ein Miteinander. Dieses Miteinander ist der Kitt, der Gemeinschaften stark macht und zusammenhält. In den Städten und Gemeinden wird dieser Kitt einer gerechten, ausgewogenen Gesellschaft dringend gebraucht.

Viele Anstrengungen sind daher in den letzten Jahren unternommen worden, um gerade auf der kommunalen Ebene dieses Ziel zu erreichen. Dieser Stadtdialog „Frauen und Gleichstellung in Städten und Gemeinden“ soll einen Teil des engagierten Wirkens des Frauenausschusses des Österreichischen Städtebundes unter seiner Vorsitzenden Sandra Frauenberger in den Vordergrund stellen, aber auch weitere frauenpolitisch interessante Aktivitäten vor den Vorhang holen.

Der Frauenausschuss des Österreichischen Städtebundes hat in den letzten Jahren zahlreiche österreichweite Aktivitäten gesetzt. So wurden politische Forderungen wie etwa zu Schönheitsoperationen oder Gemeinsamer Obsorge, zur Abschaffung der Sittenwidrigkeit in der Prostitution oder zu einer bundesgesetzlichen Regelung gegen sexistische Werbung gestellt – um nur einen Teil der Tätigkeiten des Frauenausschusses zu nennen. Unter anderem ist es gelungen, das Strafrecht in Fällen von Vergewaltigung zu reformieren. Auch das geschah auf Initiative des Ausschusses, der Nationalratspräsidentin Bures eine Petition mit über 5.000 Unterschriften übergab.

Eines der wichtigsten Ziele ist nach wie vor „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Zahlreiche Aktionen der städtischen Frauenreferate zum Equal Pay Day und seit einigen Jahren auch zum Equal Pension Day zeugen davon, dass hier noch einiges an Weg vor uns liegt. Um es in den Worten von Hannah Arendt zu sagen: „Der Sinn von Politik ist Freiheit.“ Frauenpolitik bedeutet in diesem Sinne, dass Frauen frei und selbstbestimmt – das heißt auch nicht ökonomisch abhängig – leben können müssen.

Auf dem Weg zur Gleichstellung der Frauen sind und waren es auch Männer, die sich einbringen und eingebracht haben und die die Frauenbewegung unterstützt haben. Natürlich sind auch unsere Unterstützung und unser Einsatz weiterhin gewährleistet.

Bürgermeister Dr. Michael Häupl
Präsident des Österreichischen Städtebundes

Dr. Thomas Weninger, MLS
Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

Österreichischer Städtebund

Equal Pay Day: „Gratisarbeit“ ab Anfang Oktober

Ab dem 11. Oktober arbeiten Frauen statistisch gesehen bis Jahresende gratis. In Wien ist die Lage deutlich besser: Hier läuft die Bezahlung noch fast bis zum November. Der Equal Pension Day findet allerdings in ganz Österreich schon im Hochsommer statt.

Der Equal Pay Day (EPD) wurde in den 60er Jahren in den USA erfunden, um auf die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern aufmerksam zu machen. Dabei wurde der Gender Pay Gap umgerechnet auf Tage im Jahr. Am EPD erreichen die Männer die Durchschnittsverdienste der Frauen, Frauen arbeiten ab diesem Tag statistisch gesehen gratis, während die Männereinkommen bis Jahresende weiterlaufen.

Für Österreich beträgt die „Lücke“ (der „Gap“) bei Vollzeitbeschäftigten in Tagen gemessen 82 Tage. Daraus ergibt sich für 2016 der 11. Oktober als EPD. Damit arbeiten Frauen im Schnitt fast drei Monate im Jahr ohne Einkommen. Dabei gibt es zwischen den einzelnen Bundesländern aber große Unterschiede. Am besten schaut die Situation in Wien aus, wo der EPD erst auf den 27. Oktober fällt, in Vorarlberg ist er eineinhalb Monate früher (Abbildung 1).

Teilzeit als wichtiger Faktor

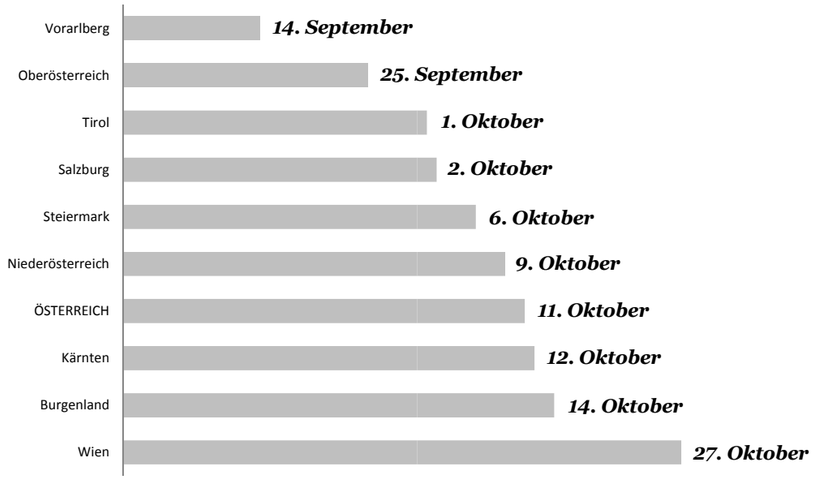
Bei Betrachtung aller Einkommen (Voll- und Teilzeit) zeigt sich, dass Arbeitszeit ein wichtiger Faktor für die Erklärung der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern ist. Vier von fünf Teilzeitjobs entfallen auf weibliche Beschäftigte. Dieses Phänomen erklärt in etwa die Hälfte des Gender Pay Gaps. Dabei ist Teilzeit aber nicht nur aufgrund der geringeren Arbeitszeit, sondern auch pro Arbeitsstunde schlechter entlohnt: im Schnitt um 22 %. Anders gesagt: Ein 20-Stunden-Job bringt nicht die Hälfte von einem 40-Stunden-Job, sondern deutlich weniger (VESTE 2014, Abbildung 2).

Dramatische Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung

Die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit ist zweischneidig. Positiv ist die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung: Die Frauenbeschäftigungsquote ist von 1994 bis 2015 von

Quelle: Netzwerk österreichischer frauen- und Mädchenberatungsstellen im Rahmen des PROGRESS-Projektes „Faires Einkommen – Faire Pension“.
Grafik: Bettina Frenzel

Abbildung 1: **Equal Pay Day nach Bundesländern 2016**



Quelle: Lohnsteuerstatistik 2014, Berechnung AK OÖ; durchschnittliche Bruttobezüge ganzjährig Vollzeit beschäftigter ArbeitnehmerInnen

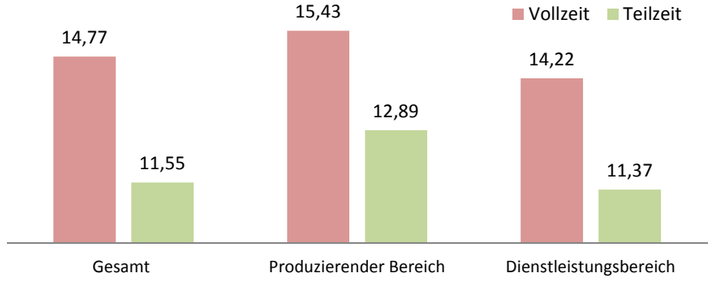
59 % auf beachtliche 67 % gestiegen. Allerdings entfiel diese Steigerung fast ausschließlich auf Teilzeitbeschäftigung. Die Teilzeitquote (unselbständig Beschäftigte) ist daher im selben Zeitraum von 26 % auf 48 % geklettert.

Ein zentraler Grund für den starken Teilzeittrend ist die ungleiche Verteilung unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern, vor allem, wenn Kinder im Haushalt sind. Nach der Geburt eines Kindes sind es nach wie vor in der Regel die Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit (zeitweise) aufgeben bzw. (meist längerfristig) einschränken, um die damit verbundene Sorgearbeit übernehmen zu können. Und trotz positiver Veränderungen in den letzten Jahren gibt es auch beim Kinderbetreuungs- und -bildungsangebot noch große Lücken.

Noch immer geringe Väterbeteiligung

Väter, die sich spürbar an Kinderbetreuung und Hausarbeit beteiligen, sind nach wie vor rar. Bei Männern hat die Elternschaft den gegenteiligen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit wie bei den Frauen: Sie sind häufig mehr beschäftigt als Männer ohne Kinder – nicht zuletzt, um das fehlende oder geringere Einkommen der Partnerin zu kompensieren. Das führt dazu, dass zwischen Männern und Frauen mit Kindern unter 15 Jahren die Erwerbsmuster deutlich auseinanderklaffen: So ist von allen Müttern mit Kindern dieser Altersgruppe ein knappes Viertel überhaupt nicht beschäftigt, rund 10 % befinden sich in Elternkarenz, fast die Hälfte arbeiten in Teilzeit und nur ein knappes Fünftel in Vollzeit. Wohingegen bei Vätern Vollzeitbeschäftigung die Norm ist, Teilzeit wenig in Anspruch genommen wird

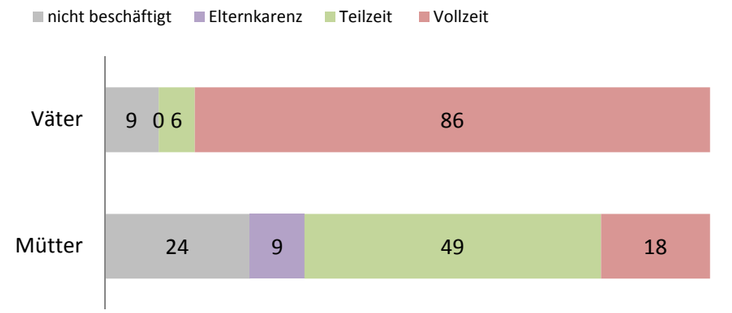
Abbildung 2: **Einkommensunterschiede Voll- und Teilzeit 2017** (Bruttostundenlöhne)



Quelle: AK-Grafik auf Basis der Daten von STATSITIK AUSTRIA, Verdienststrukturerhebung 2014; Bruttostundenlöhne Median

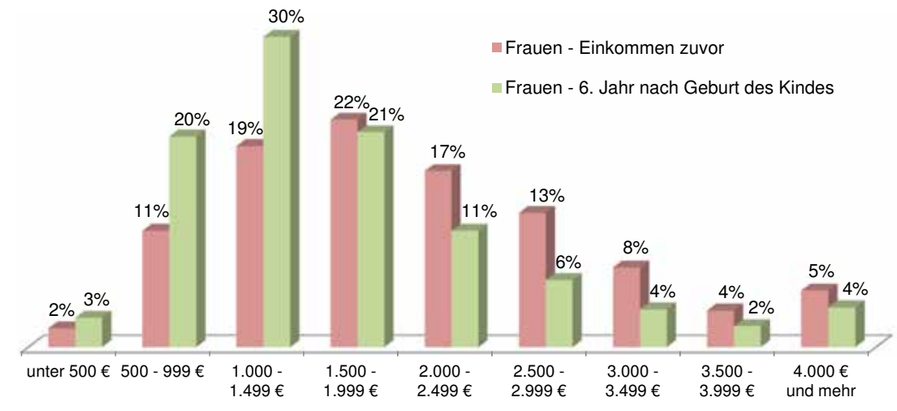
Österreichischer Städtebund

Abbildung 3: **Erwerbsmuster von Eltern mit Kindern unter 15 Jahren**



Quelle: AK-Grafik auf Basis der Daten von STATISTIK AUSTRIA, Regina Fuchs, Familie und Erwerbstätigkeit 2014, in: Statistische Nachrichten 9/2015

Abbildung 4: **Anteil der Frauen in der jeweiligen Einkommensgruppe vor und sechs Jahre nach der Geburt eines Kindes**



Quelle: AK-Wiedereinstiegsmonitoring 2015 (vor der Geburt gut erwerbsintegrierte Frauen)

und Elternkarenz so selten vorkommt, dass es statistisch irrelevant ist. Viel niedriger als bei Müttern ist auch der Anteil der Väter, die überhaupt keine Beschäftigung haben siehe Abbildung 3).

Es zeigen sich krasse Einkommenseinbußen von Frauen nach Kinderkarenzen, insbesondere aufgrund von Teilzeit, im AK-Wiedereinstiegsmonitoring 2015: Auch noch im sechsten Jahr nach der Geburt ist der Anteil der Frauen, die sehr niedrige Einkommen bis 1.500 Euro brutto beziehen, gegenüber der Zeit vor der Geburt stark gestiegen (siehe Abbildung 4).

Das sind Einkommensnachteile, die oft das ganze weitere Berufsleben nicht mehr aufgeholt werden können. Sehr klar zeigt das eine Analyse der Einkommen nach Einzeljahren in Haushalten unselbständig Erwerbstätiger der Statistik Austria.
Während das Median-Einkommen von Männern mit jedem einzelnen Lebensjahr bis Anfang 60 steigt, verläuft die Entwicklung bei Frauen wellenförmig und auf einem deutlich niedrigeren Niveau. Der Höhepunkt ist bei Frauen bereits Ende 20/Anfang 30 erreicht, danach folgt ein deutlicher Einkommensknick. Das Einkommen steigt dann zwar wieder bis Mitte 50, allerdings ohne den Höchstwert Ende 20 zu übertreffen (siehe Abbildung 5).

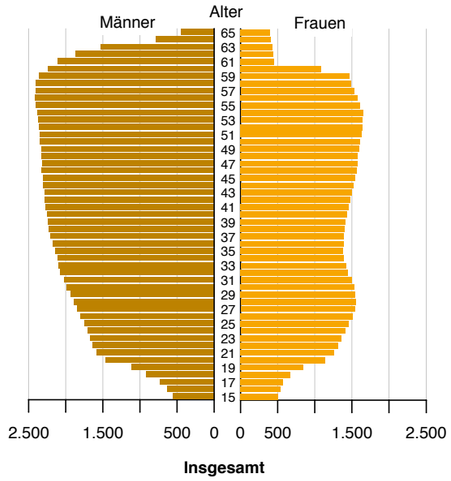
Equal Pension Day oder die Kluft bei den Pensionen

Für die Frage, wie hoch eine Alterspension ausfällt, sind zwei Faktoren relevant: wie lange ein (versicherungspflichtiges) Erwerbseinkommen bezogen wurde und wie hoch dieses Erwerbseinkommen war.

Dem entsprechend ist es wenig erstaunlich, dass Frauen, die weniger verdienen und mehr Unterbrechungen in der Erwerbstätigkeit haben, auch geringere Pensionen beziehen. Allerdings kann das Ausmaß überraschen: Wird der Nachteil analog zum Equal Pay Day auf das Jahr umgerechnet, beziehen Frauen im statistischen Vergleich zu den Männern ab 27. Juli keine Pension mehr! Wie beim Einkommen gibt es auch beim Equal Pension Day große Unterschiede zwischen den Bundesländern. Während in Wien dieser Tag vergleichsweise spät, nämlich erst am 23. August stattfindet, liegt er in Vorarlberg wiederum fast zwei Monate davor (4. Juli). Positiv ist, dass sich in allen Bundesländern der Tag seit dem Vorjahr leicht nach hinten verschoben hat – der Fortschritt ist aber nur langsam.

Zu langsam. Daher braucht es verstärkt gleichstellungspolitische Anstrengungen. Wichtige Eckpfeiler wurden auch in den letzten Jahren gesetzt, wie der verstärkte Ausbau der Kinderbetreuung und die Einführung von Einkommensberichten zum Setzen betrieblicher Maßnahmen zur Verringerung der Einkommensschere. Diese Maßnahmen heißt es auszubauen und gleichzeitig verstärkt weitere Brennpunkte auf die Agenda zu setzen, wie etwa Verteilung der Arbeitszeit zwischen den Geschlechtern oder die Aufwertung traditioneller Frauenbeschäftigungsbereiche wie Kinderbetreuung und Pflege. Bessere Einkommen im Erwerbsverlauf zu erzielen ist letztendlich auch die wichtigste Maßnahme, um Altersarmut von Frauen nachhaltig zu bekämpfen.

Abbildung 5: **Monatliches Nettoeinkommen von Frauen und Männern nach Lebensalter**
(Median, nur unselbstständig Erwerbstätige)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Abgestimmte Erwerbsstatistik 2013 – inklusive Lehrlinge.

MAG.A GERLINDE HAUER
Referentin in der AK Wien, Abteilung Frauen – Familie mit Arbeitsschwerpunkt Frauen und Arbeitsmarkt

Lisi Specht

MAG.A SYBILLE PIRKLBAUER
Referentin in der AK Wien, Abteilung Frauen – Familie mit Arbeitsschwerpunkt auf Verteilungsfragen aus frauenpolitischer Sicht

Lisi Specht

Equal Pay Day – Öffentlichkeitsarbeit der städtischen Frauenbüros

Zum Equal Pay Day im Herbst machen die Städte seit Jahren darauf aufmerksam, dass es immer noch keine Einkommensgleichheit zwischen Frauen und Männern gibt. Hier soll ein kurzer Überblick über die Aktionen des Frauenausschusses des Österreichischen Städtebundes und dessen Mitglieder aus Politik und Verwaltung gegeben werden, aber auch die Situation in den Städten und Bundesländern kurz analysiert werden.

Die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern hat sich österreichweit und demnach auch in den einzelnen Bundesländern in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert. Der Equal Pay Day ist seit 2010 um 12 Tage nach hinten näher zum Jahresende gerückt (siehe Tabelle 1). Zahlreiche Faktoren wirken auf die Verringerung der Einkommensunterschiede hin.

Tabelle 1:
Österreichweiter Equal Pay Day seit 2010

2010:	29. September
2011:	4. Oktober
2012:	6. Oktober
2013:	8. Oktober
2014:	10. Oktober
2015:	10. Oktober
2016:	11. Oktober

Quelle: AK OÖ

Situation in Landeshauptstädten besser

In den Städten fällt der EPD oft weiter nach hinten als im jeweiligen Bundesland (siehe Tabelle 2). So ist der EPD 2016 in Tirol am 1. Oktober, in Innsbruck Stadt fällt er auf den 22. Oktober. In der Steiermark ist der Unterschied nicht ganz so extrem, hier ist es der 6. Oktober im Bundesland versus 13. Oktober in Graz, in Kärnten ist am 12. Oktober EPD, in Klagenfurt hingegen erst am 25. Oktober. Die mit Abstand größte Stadt Österreichs – Wien – liegt in der Bundesländerwertung auf Platz 1. Hier fällt der EPD auf den 27. Oktober.

Tabelle 2: **Vergleich Equal Pay Day Bundesland – Landeshauptstadt 2016**

Burgenland	14.10.	Eisenstadt	12.10.
Kärnten	12.10.	Klagenfurt	25.10.
Niederösterreich	9.10.	St. Pölten	24.10.
Oberösterreich	25.9.	Linz	12.10.
Salzburg	2.10.	Salzburg Stadt	17.10.
Steiermark	6.10.	Graz	13.10.
Tirol	1.10.	Innsbruck	22.10.
Vorarlberg	14.9.	Bregenz	13.9.

Quelle: AK OÖ, eigene Darstellung

Nicht zutreffend ist dies für die kleinen Bundesländer Burgenland und Vorarlberg und deren Hauptstädte Eisenstadt und Bregenz, wo der Equal Pay Day in der Landeshauptstadt vor jenem im Bundesland liegt. Gründe für das weit bessere Abschneiden der Städte liegen im guten Kinderbetreuungsangebot (vgl. Tabelle 3, die Reihung der Bundesländer ist fast identisch), aber auch im höheren Anteil von MitarbeiterInnen der öffentlichen Verwaltung in den jeweiligen Hauptstädten: Die Gehaltsschere im öffentlichen Dienst ist bei Weitem kleiner als in der Privatwirtschaft. So liegt das Medianeinkommen der Frauen bei der Stadt Wien „nur“ um 10,99 % unter jenem der Männer (vgl. Einkommensbericht der Stadt Wien, 2012).

Sehr hohe Einkommen – noch höhere Einkommensdifferenzen

Generell scheinen dort die Einkommensunterschiede besonders eklatant, wo die Einkommen weit über dem österreichischen Durchschnitt liegen. Dies deutet darauf hin, dass es wenige Frauen unter den SpitzenverdienerInnen gibt. Für Wien lässt sich dies besonders schön zeigen.

Hier findet sich z. B. der Bezirk mit den größten Unterschieden, es ist der Bezirk „Innere Stadt“.

Das Durchschnittseinkommen der Männer liegt in Wien bei 52.005 Euro, im 1. Bezirk ist es mit 106.126 Euro mehr als doppelt so hoch. Das Durchschnittseinkommen der Frauen im 1. Bezirk liegt bei 66.135 Euro, zwar auch noch sehr hoch, aber trotzdem 37,7 % unter dem durchschnittlichen Männereinkommen dort. In Wien liegt aber auch der Bezirk mit den geringsten Einkommensunterschieden österreichweit: Brigittenau, 9,5 % macht hier der Unterschied im Einkommensvergleich aus. Generell lässt sich sagen, dass jene Bezirke, in denen das Einkommen der Männer über dem Wiener Schnitt liegt, auch die höheren Differenzen aufweisen, und jene Bezirke (Ausnahme 14. Bezirk, dieser liegt leicht über dem Wiener Männer-Durchschnittseinkom-

Tabelle 3: **Equal Pay Day 2016 nach Bundesländern und Anteil der Kinderbetreuungseinrichtungen, die länger als neun Stunden pro Tag geöffnet sind**

Bundesland	EPD 2016	Rang EPD 2016*	Anteil in % der Kinderbetreuungseinrichtungen, die länger als 9 Std./Tag geöffnet sind**	Rang Kinderbetreuungseinrichtungen
Burgenland	14. Okt.	2	53,0	3
Kärnten	12. Okt.	3	54,6	2
Niederösterreich	9. Okt.	4	46,6	5
Oberösterreich	25. Sept.	8	26,3	9
Salzburg	2. Okt.	6	51,7	4
Steiermark	6. Okt.	5	44,6	6
Tirol	1. Okt.	7	33,9	7
Vorarlberg	14. Sept.	9	28,5	8
Wien	27. Okt.	1	97,7	1

** Quelle AK OÖ ** Quelle: Kindertagesheimstatistik 2015/16, Statistik Austria*

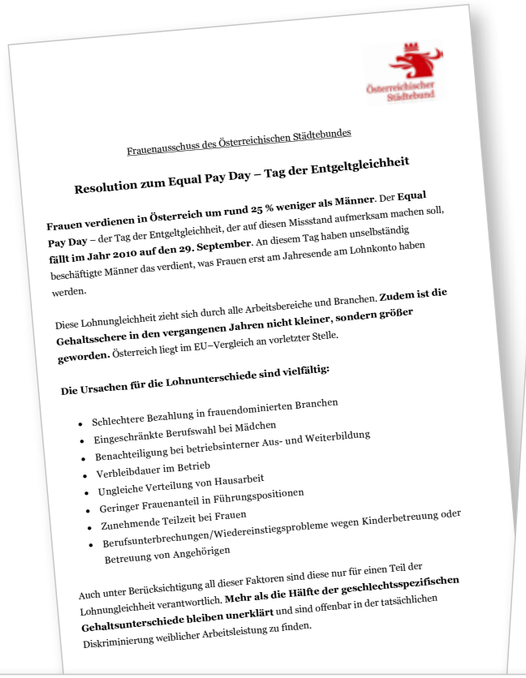
men), bei denen das Durchschnittseinkommen der Männer unter dem Wiener Schnitt liegt, weit geringere Differenzen aufweisen.

Öffentlichkeitsarbeit der Städte

Koordiniert vom Frauenausschuss des Österreichischen Städtebundes, wurden über die Jahre bereits zahlreiche Aktionen durchgeführt. Der Frauenausschuss will Frauen darin stärken, eine Rolle als Zuverdienerin nicht zu akzeptieren, er will aber auch Männer ansprechen, sich mehr an der unbezahlten Familienarbeit zu beteiligen. Hier ein Auszug der bisherigen Kampagnen:

2010: Ist meine Arbeit 25 % mehr wert?

Diese Frage stellte sich der Frauenausschuss in einer österreichweiten Plakat- und Flyerkampagne. Es wurde in unterschiedlichen Sujets ein Mann in einem typischen Frauenberuf, der zumeist als solches ohnehin schon schlechter bezahlt wird, porträtiert. Dazu wurde noch eine Resolution vom Frauenausschuss verabschiedet.



Frauenausschuss des Österreichischen Städtebundes

Resolution zum Equal Pay Day – Tag der Entgeltgleichheit

Frauen verdienen in Österreich um rund 25 % weniger als Männer. Der **Equal Pay Day** – der Tag der Entgeltgleichheit, der auf diesen Missstand aufmerksam machen soll, **fällt im Jahr 2010 auf den 29. September**. An diesem Tag haben unselbständig beschäftigte Männer das verdient, was Frauen erst am Jahresende am Lohnkonto haben werden.

Diese Lohnungleichheit zieht sich durch alle Arbeitsbereiche und Branchen. **Zudem ist die Gehaltsschere in den vergangenen Jahren nicht kleiner, sondern größer geworden.** Österreich liegt im EU–Vergleich an vorletzter Stelle.

Die Ursachen für die Lohnunterschiede sind vielfältig:

- Schlechtere Bezahlung in frauendominierten Branchen
- Eingeschränkte Berufswahl bei Mädchen
- Benachteiligung bei betriebsinterner Aus- und Weiterbildung
- Verbleibdauer im Betrieb
- Ungleiche Verteilung von Hausarbeit
- Geringer Frauenanteil in Führungspositionen
- Zunehmende Teilzeit bei Frauen
- Berufsunterbrechungen/Wiedereinstiegsprobleme wegen Kinderbetreuung oder Betreuung von Angehörigen

Auch unter Berücksichtigung all dieser Faktoren sind diese nur für einen Teil der Lohnungleichheit verantwortlich. **Mehr als die Hälfte der geschlechtsspezifischen Gehaltsunterschiede bleiben unerklärt** und sind offenbar in der tatsächlichen Diskriminierung weiblicher Arbeitsleistung zu finden.

Der Frauenausschuss des Österreichischen Städtebundes fordert daher dringende Maßnahmen zur Beseitigung von Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen:

- Einkommenstransparenz in allen Betrieben
- Aufbrechen von geschlechterspezifischen Stereotypen
- Berufsorientierung für Jugendliche zur Beseitigung ihrer geschlechtertypischen Berufswahl (Mädchen in „Männerberufe", aber auch Burschen in „Frauenberufe")
- Ausbau von bedarfsgerechten Kinderbetreuungseinrichtungen und ganztägigen Schulformen
- Erhöhung der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung von Frauen
- Förderung von beruflicher Aus- und Weiterbildung und des Wiedereinstiegs
- Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen; Quoten in Aufsichtsräten und Führungspositionen
- Neubewertung von Arbeit zur Aufhebung der Gehaltsdiskrepanzen zwischen typisch weiblichen und männlichen Branchen (z. B. Aufwertung personenbezogener Dienstleistungen wie Pflege, Kinderbetreuung)
- Beseitigung der ungleichen Verteilung von Hausarbeit (Schlagwort „Halbe-Halbe")
- Öffentliche Auftragsvergabe und Wirtschaftsförderung gekoppelt an Gleichstellungsmaßnahmen in Betrieben

>>> **Der umfassende Maßnahmenkatalog des Nationalen Aktionsplans zur Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt ist dringend umzusetzen.**

*In **St. Pölten** machte die Frauenplattform mit einem Informationsstand und der Postkartenkampagne aufmerksam. In Gesprächen mit PassantInnen wurde auf die finanzielle Benachteiligung hingewiesen und es wurden konkrete Vorschläge unterbreitet, wie diesem Missstand entgegengewirkt werden kann. Die Resolution zum Equal Pay Day wurde im Rahmen eines Speakers' Corner verlesen.*

St. Pölten

*„Frauen verdienen mehr! Gehaltsverhandlungen gewinnend, selbstbewusst und selbstsicher führen": In Seminaren wurden in **Klagenfurt** Strategien für Frauen vermittelt, um für ihre Leistung entsprechend entlohnt zu werden. Im Bild von links: Frauenbeauftragte Mag.ª Astrid Malle, Ulrike Faltin, Mag.ª Michaela Eigner (AK) und ehemalige Stadträtin Mag.ª Andrea Wulz*

Stadtpresse Klagenfurt

*Die damalige **Wiener Neustädter** Frauenstadträtin Mag.ª Isabella Siedl und Frauenbeauftragte DSA.in Claudia Auer-Deutsch mit den Plakaten*

Wiener Neustadt

2011

„Qualifikation statt Krawatte“ *Mit Papierkrawatten zum Umhängen auch prominent in „profil“ vertreten.*

Graz

Graz

Die (Papier-)Krawatten zierten nicht nur die ehemalige Bürgermeister-Stellvertreterin Dr.in Martina Schröck (rechts) und die Frauenbüroleiterin Dr.in Priska Pschaid, sondern ihr stoffliches Pendant auch den ***Grazer*** *Hauptplatz. „Qualifikation statt Krawatte“, so die Forderung.*

Salzburg

Der ***Salzburger*** *Bürgermeister Dr. Heinz Schaden überreicht der damaligen Frauenbeauftragten Mag.a Dagmar Stranzinger eine der Krawatten, die zum Equal Pay Day österreichweit verteilt werden.*

Ab 2012 – laufend: „Wir machen halbe-halbe“

Die Kampagne des Frauenausschusses des Österreichischen Städtebundes „Wir machen halbe-halbe“ basiert auf der Kampagne der damaligen Frauenministerin Helga Konrad „Ganze Männer machen halbe-halbe“ aus dem Jahr 1996. Auch im Jahr 2016 gibt’s wiederum eine Neuauflage der Taschen. Bis halbe-halbe endlich umgesetzt ist. Dazu gab es Post-its, Magnete und natürlich Info-Folder.

Logos der sich beteiligenden Städte aus dem Jahr 2013

Steyr

Nicht nur in ***Steyr*** *werden die Taschen verteilt …*

Wels

… auch in ***Wels****: StR.in Silvia Huber, Katharina Gusenleitner, Mag.a Elke Mayerhofer, Claudia Glössl*

Salzburg

… und in ***Salzburg****.*

St. Valentin

St. Valentin *mit Bürgermeisterin Mag.a Kerstin Suchan ist immer tatkräftig mit dabei.*

Bellmann/Stadt Innsbruck

Innsbruck: *Vizebürgermeisterin Mag.a Sonja Pitscheider gemeinsam mit den Gemeinderätinnen Marcela Duftner, Dr.in Renate Krammer-Stark, Kathrin Heis, Elfriede Moser, Mag.a Uschi Schwarzl und Sophia Reisecker sowie dem Verteilteam des Referates Frauenförderung, Familien und Senioren Mag.a Uschi Klee, Slavica Rajic, Ivana Andric und Daniel Burgstaller.*

Villach

Villach: *Vizebürgermeisterin Mag.a Gerda Sandriesser (Mitte) stellt sich hinter die Aktion.*

PID

Wien: *Ausschussvorsitzende und Stadträtin Sandra Frauenberger und Dr.in Marion Gebhart sowie Mag.a Laura Wimmer vom Büro der Stadträtin und Mitarbeiterinnen der MA 57*

*Frauenstadträtin Margarete Sitz (rechts) aus **Wiener Neustadt**.*

*Die **Bregenzer** Frauen- und Gleichbehandlungsbeauftragte Renate Heiler überreicht Bgm. DI Markus Linhart eine Halbe-Halbe-Taschen*

Stadt Bregenz

*Eigene Halbe-Halbe-Produkte kreierte **Klagenfurt**.*

2014 und 2015

Videostill aus dem Kinospot des Frauenausschusses, der auf die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit aufmerksam macht, auch abrufbar auf YouTube. Der Spot wurde österreichweit in den Kinos geschaltet. Umgesetzt wurde der Spot von der Firma „contraire“ aus Linz.

contraire – Christine Pilsl/Stefan Schilcher (2)

*Das Frauenbüro der Stadt **Linz** initiiert seit einigen Jahren eine Rabattaktion: Frauen erhalten in verschiedenen Geschäften und Lokalen am Equal Pay Day 25 % Rabatt.*

2016: Wickeln wirkt – auf Männer wie auch auf Frauen

Einer der Gründe für die Einkommensunterschiede liegt in der immer noch ungleichen Beteiligung von Männern und Frauen an der unbezahlten Arbeit. Dies hat der Frauenausschuss 2016 in der Kampagne „Wickeln wirkt – auf Männer wie auch auf Frauen“ thematisiert. Haushaltsarbeit, Kinderbetreuung und Pflege älterer Menschen werden zu 75 Prozent von Frauen erledigt. Der männliche Haupternährer und die weibliche Zuverdienerin, die den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit erledigt, sind ein gängiges, gesellschaftlich breit akzeptiertes Modell. Als Folge haben Frauen weniger Verdienst und später auch weniger Pension, Frauengehälter „müssen ja gar nicht so hoch sein, weil sie ja eh nur Zuverdienerin sind“, so der Unterton, der einer gesellschaftlich entgegenschlägt. Die Windeln zur Kampagne gab es als kleines Geschenk und als „Erinnerung“ daran, dass eine gerechtere Aufteilung der unbezahlten Arbeit auch zu einer gerechteren Einkommensverteilung führt.

*Unter der Führung der **Wiener** Stadträtin Sandra Frauenberger (links) setzte der Frauenausschuss des Österreichischen Städtebundes seit 2009 eine Vielzahl unterschiedlichster Aktionen um. Hier bei der neuen Kampagne „Wickeln wirkt“ gemeinsam mit Gemeinderätin Mag.ª Nicole Berger-Krotsch mit Windeln und Flyer auf der Mariahilfer Straße.*

Alexandra Kromus/PID

Klagenfurt: *Stadträtin Ruth Feistritzer (Zweite von links) im Gespräch mit schwangeren Frauen: Kinder brauchen Zuwendung und viel Zeit – die Väter sind gefragt!*

Stadt Klagenfurt

***Graz:** Stadtrat Michael Ehmann spricht vor allem Männer an, sich hier vermehrt zu engagieren.*

Foto Fischer

MAG.ª CHRISTINA AIGNER
ist seit 2009 Referentin für Frauen und Soziales im Österreichischen Städtebund und betreut u. a. den Frauenausschuss.

Fotostudio Huger

Jutta Reisinger

Linzer Pilotprojekt: Berufswahl abseits von Geschlechterklischees

Die jungen ÖsterreicherInnen wählen nach wie vor geschlechtsstereotype Schulausbildungen und Berufe. Um diese Trends aufzuweichen, setzt das Frauenbüro der Stadt Linz unter anderem auf Projekte wie „Berufsbilder-Berufswahl – rechtzeitig“, das gemeinsam mit der Abteilung Gender & Diversity Management der Johannes Kepler Universität Linz umgesetzt wurde.

Tradierte Rollenbilder und Stereotype sind trotz zahlreicher Initiativen und Maßnahmen der Gegensteuerung noch immer tief in unserer Gesellschaft verankert. Sie beeinflussen das Denken und Handeln und letztendlich auch die Berufswahl junger Menschen. Mit dem Ergebnis, dass Mädchen und junge Frauen in technischen Branchen, Burschen und junge Männer in pflegenden und sozialen Berufen noch immer stark unterrepräsentiert sind. So gleicht das Geschlechterverhältnis bei Lehrberufen noch immer jenem der 1950er Jahre. Und Mädchen und junge Frauen wählen unverändert und bevorzugt die (weiblichen) Top-3-Lehrberufe zur Einzelhandelskauffrau, zur Bürokauffrau und zur Friseurin. Insgesamt 48 % der weiblichen Lehrlinge entscheiden sich für einen dieser drei Berufe und ziehen andere, nicht minder spannende berufliche Perspektiven nicht in Betracht. Der Anteil weiblicher Lehrlinge in der Industrie beträgt dementsprechend nur 14,5 %, in Gewerbe und Handwerk 21 % und im Einzelhandel 73 %.

Geschlechterunabhängige Interessenförderung

Ziel des Projekts „Berufsbilder-Berufswahl – rechtzeitig!“ ist nun, die stark von Geschlechterbildern geprägte Berufswahl zu überwinden und allen Kindern neue Perspektiven abseits von tradierten Rollenvorstellungen zu eröffnen. Die Interessen von Mädchen und Jungen sollen geschlechterunabhängig gefördert, das Wissen über verschiedene Berufe erhöht und letztlich das Spektrum der Berufs- und Studienwahl erweitert werden. Nicht zuletzt gilt es damit, insbesondere im Bereich der Technik, Geschlechterstereotype aufzubrechen, um zielgerichtet und zukunftsorientiert dem Fachkräftemangel vorzubeugen. Eine besondere Bedeutung für die Veränderung traditioneller Geschlechterrollen und die spätere Berufswahl kommt der Volksschule als Bildungsinstitution zu. Je früher stereotype Denkmuster durchbrochen werden, umso mehr Chancen und Perspektiven eröffnen sich jungen Frauen wie auch Männern.

PädagogInnen als Vorbild und MultiplikatorInnen

Während die meisten Projekte und Initiativen erst nach dem Volksschulalter ansetzen, haben die Abteilung Gender & Diversity Management der JKU und das Frauenbüro der Stadt Linz hier eine VorreiterInnenrolle eingenommen: Das Projekt „Berufsbilder-Berufswahl – rechtzeitig!“ richtete sich explizit an VolksschullehrerInnen und -direktorInnen, die zu MultiplikatorInnen für das Thema wurden. Denn Lehrkräfte prägen und beeinflussen – ähnlich wie die Familie – die Entwicklung der Kinder in besonders hohem Maße.

Auch sie leben bewusst und unbewusst Rollenstereotype vor und haben beispielsweise mitunter unterschiedliche Erwartungshaltungen gegenüber Mädchen und Burschen. Umso wichtiger ist es deshalb gerade für PädagogInnen, über ihre eigene Person und das eigene (Geschlechter-)Verhalten, ihre Einstellungen und Überzeugungen zu reflektieren. Ist man sich der eigenen geschlechtsspezifischen Sozialisation und deren Einfluss, der eigenen Erfahrungen und Einstellungen bewusst(er), kann man als PädagogIn (wie auch als Elternteil) bewusst agieren und eine weitere Verfestigung von Rollenstereotypen vermeiden.

Zentraler Bestandteil dieser Selbstreflexion ist die Frage, inwieweit das eigene Vorbild(-Verhalten) Kinder unterstützt oder fördert, sich entsprechend ihren eigenen Wünschen, Neigungen und Interessen (auch) jenseits und vor allem unabhängig von Geschlechterrollenklischees entwickeln zu können.

Einblick in die Berufspraxis

Dank der gleichermaßen lustvollen wie intensiven und aufschlussreichen Auseinandersetzung mit den persönlichen Einstellungen und dem eigenen Verhalten wurde die Sensibilität der PädagogInnen für Stereotypisierungen deutlich erhöht. Basierend darauf haben sich die PädagogInnen in mehreren Workshops mit konkreten Unterrichtsinhalten und eingesetzten Materialien sowie Methoden und Arbeitsformen, mit denen Wissen vermittelt und erworben wird, auseinandergesetzt.

Darüber hinaus wurde das breite Spektrum an Berufsmöglichkeiten unter anderem im Zuge von Exkursionen praxisnahe vermittelt. Da sowohl Mädchen als auch Buben noch immer vorrangig geschlechtertypische Berufe wählen, wurde dabei insbesondere darauf geachtet, auf unterschiedlichste und vor allem auch auf weniger bekannte Berufsbilder aufmerksam zu machen.

Das Projekt „Berufsbilder-Berufswahl – rechtzeitig!“ zielt darauf ab, dass sich Kinder frei von Geschlechterklischees entfalten können.

www.123rf.com

Schließlich sollen Mädchen wie Buben im Unterricht ein möglichst breites Spektrum an beruflichen Perspektiven und Interessen entwickeln können, das möglichst nicht durch geschlechtsspezifische Einschränkungen begrenzt wird. Während so Mädchen zum Beispiel spielerisch ein Interesse an technischen Berufen entdecken können, kann Buben der Zugang zu sozialen und pädagogischen Berufen geebnet werden.

Berührungsängste können damit frühzeitig ab- und Interessen aufgebaut werden. Schließlich sollen Motivation und Fertigkeiten, Begabung und Talent (insbesondere) bei der Ausbildungs- und Berufswahl an Bedeutung gewinnen, die Kategorie Geschlecht aber an ebendieser verlieren.

Leitfaden über Berufsbilder

Mit diesem „geschlechtssensiblen Blick“ und um konkret auch die Umsetzung im Unterricht zu unterstützen, wurden schließlich – gemeinsam mit PädagogInnen – zahlreiche Übungsbeispiele erarbeitet. Im Sinne des Wissenstransfers und als „begreif- und erlebbares“ Ergebnis des Projekts wurde daraus nun ein Kompendium von Texten und Übungen zum Thema „Berufe“ inklusive vieler Beispiele und Experimente mit Kopiervorlagen erstellt. Dieser Leitfaden steht unter anderem auf der Homepage des Frauenbüros der Stadt Linz bzw. der Johannes Kepler Universität/Abteilung Gender & Diversity als Download zur Verfügung.

Damit sollen alle Interessierten von den im Rahmen des Projekts gesammelten Erfahrungen profitieren können, kommende Generationen eine unvoreingenommene Berufswahl „frei von Stereotypen“ treffen können und diese einengenden, tradierten Rollenbilder überwunden werden.

MAG.A JUTTA REISINGER
Frauenbeauftragte der Stadt Linz

Stadt Linz

„Sex sells“ nicht mehr

Österreichischer Städtebund für das deutsche Gesetz für sexismusfreie Werbung

Die Forderung nach einem Gesetz zum Verbot sexistischer Werbung ist sehr umstritten. Die Befürchtungen sind jedoch unbegründet. Denn ein solches Gesetz richtet sich gegen Sexismus und nicht dagegen, dass etwas „sexy“ ist, oder gegen die selbstbestimmte Sexualität zwischen Menschen, wie manche behaupten.

Sexismus hat wenig mit der Menge an sichtbarer nackter Haut zu tun. Es ist ein Irrtum, dass Nacktheit gleich Sexismus ist. Es gibt wunderschöne Bilder von unbekleideten Menschen, die überhaupt nicht sexistisch sind. Entscheidend ist der Zusammenhang. Die Frage ist: Hat ein Bild mit dem Produkt zu tun? Ist die Pose, der Gesichtsausdruck, die Blickrichtung selbstbestimmt und auf Augenhöhe mit der betrachtenden Person? Ist ein Körper „beschnitten“ und zeigt nur sexualisierte Körperteile oder den Torso – ohne Kopf? Oder zeigt das Bild eine abhängige, bedürftige, sich unterordnende oder unterdrückte Person? Spärliche Bekleidung ist nicht das Kriterium. Und natürlich sind Frauen und Männer gleichermaßen davon betroffen. Dass mehr durchtrainierte Männerkörper auf Bildern zu sehen sind, heißt mehr Sexismus und bedeutet keinen Ausgleich für die vielen sexistischen Frauenbilder.

Es gibt inzwischen tausende Seiten empirischer Forschung zur negativen Wirkung von sexistischen Bildern auf das Körperempfinden oder auf die Entstehung krankhafter Essgewohnheiten vieler Menschen – vor allem junger Frauen. Zunehmend mehr junge Männer geraten jedoch gleicherma-

Aus der Praxis der Watchgroups:

Stadt:Salzburg/Ka Schmitz

Bewusstseinsbildung ist beim Thema Werbung wichtig, denn Sexismus wirkt ausgrenzend. Unter dem Motto **„Bier für alle“** gab es am großen Salzburger Rupertikirtag 2014 daher Bierdeckel mit Cartoons der Berliner Künstlerin Ka Schmitz. Die Botschaft: „Sexistische (Bier-)Werbung verdirbt nicht nur Frauen den Spaß. Wir wollen, dass sich alle am Tisch wohlfühlen, und sagen NEIN zu Busen-und-Bier-Werbung oder schlüpfrigen Slogans. Prost Lebensfreude, Stopp Sexismus!“

Besonders deutlich wird der Sexismus auf Bildern, wenn man die Frauen durch Männer ersetzt. Die Salzburger Watchgroup hat mit Ironie und Augenzwinkern drei Beispiele dafür fotografiert und als Postkarten aufgelegt: **„Kommt Ihnen etwas seltsam vor?“**

Stadt:Salzburg/U. Lindenbauer

2016 Platform 20000frauen

Ein unerfreuliches Beispiel war die **bet-at-home-Werbung** rund um die Fußball-EM 2016. Selten gab es so viele Beschwerden auf so vielen Ebenen – auch der Werberat hatte sich gegen die Kampagne ausgesprochen. Nachdem sowohl die Watchgroups als auch der Werberat nur Empfehlungen abgeben können, wurde die Kampagne nicht gestoppt. Auch hier hat aber die Parodie auf das Bild besonders klar gezeigt, wie absurd die Kampagne eigentlich ist.

ßen unter den Körper-Optimierungs-Druck. Die Kosmetik-Industrie hat die Männer als Zielgruppe entdeckt und wirbt für sie mit den gleichen unrealistischen Körperbildern wie für Frauen.

Sexismus ist nicht „Geschmackssache“ und hat auch nichts mit mangelndem Humor zu tun, sondern lässt sich meist eindeutig aus sachlichen Kriterien ableiten:

- Verstärkt eine Darstellung gängige Geschlechterklischees und Rollenbilder?
- Zeigt das Bild einen sexualisierten (Frauen-)Körper? Halbgeöffnete Lippen, den weiblichen Busen, geöffnete Beine und damit eine abwertende Darstellung als verfügbares Objekt, als wäre die dargestellte Person ein Konsumartikel? Sind nur Körperteile zu sehen – die biologischen Geschlechtsmerkmale, ohne Kopf?
- Sind Körper und Körperteile unrealistisch, untergewichtig, makellos und übersexualisiert dargestellt und verfestigt die Körpersprache überkommene Rollenklischees wie Schwäche und Unterlegenheit bei Frauen oder archaische Kraft und unbesiegbare Stärke bei Männern?
- Wird im Bild Gewalt angedeutet und verharmlost? Sind Frauen unterwürfig und passiv dargestellt?
- Enthält das Bild Mehrfachdiskriminierungen? Wird die Mann-Frau-Beziehung als einzig mögliche dargestellt? Wie finden sich ethnische Herkunft oder Behinderung in den Bildern wieder?

Anhand dieser Leitfragen kann ein Bild meist sehr eindeutig als sexistisch eingestuft werden.

In Österreich gibt es in Graz, Salzburg und Wien eine „Watchgroup gegen sexistische Werbung“. Diese Watchgroups bewerten sexistische Werbungen sachlich untermauert anhand der gemeinsamen Kriterien und konfrontieren Unternehmen und Werbeagenturen mit der Kritik. Auf den Homepages finden sich schon zahlreiche Beispiele für sexistische Werbung mit der konkreten Begründung, warum sie sexistisch sind. Viele dieser Beschwerden und eine enge Kooperation mit dem Österreichischen Werberat haben bereits spürbar zur Verbesserung der Situation beigetragen.

Die Kriterien sind auf den Homepages ausführlich und in einer Kurzfassung zu finden. Zurzeit überarbeiten die Watchgroups den Kriterienkatalog. Neue Studien über Körperbilder und Geschlechterrollen fließen ein und untermauern die Inhalte noch fundierter.

Ein wesentliches Forschungsergebnis ist darüber hinaus: „Sex sells“ stimmt nicht mehr. In Praxis-Tests erinnern sich die Betrachtenden zwar an das sexistische Bild, nicht aber

Die Wiener Watchgroup hat einen Leitfaden herausgegeben, wie sich Seximus in der Werbung erkennen lässt: „Wa(h)re Schönheit und andere Werbemärchen“. Dieser ist hier downloadbar: www.wien.gv.at/menschen/frauen/pdf/bilderbuechlein.pdf

an das beworbene Produkt. Für viele aus der Werbebranche ist ein sexistisches Bild außerdem verpönt im kreativen Sinn: „Wenn uns nichts einfällt, nehmen wir eine Nackte“, so ein Bonmot aus der Branche.

Immer häufiger werden jedoch auch die Kampagnen für und mit Bildern von „normalen“ Menschen – kommerziell, künstlerisch oder zivilgesellschaftlich. Soziale Medien und Zeitschriften greifen diese Bilder meist bereitwillig auf – somit verbreitert sich die öffentliche Diskussion eindeutig und damit auch die Wahrnehmung von Vielfalt und Unterschiedlichkeit – das macht Hoffnung.

Gesetzliche Regelung nötig

Eine gesetzliche Regelung für eine sexismusfreie Werbung wäre zeitgemäß und würde eine notwendige öffentliche Diskussion über Sexualität und Geschlechterrollen bewirken. Denn so ein Gesetz zeigt deutlich, was eine Gesellschaft nicht will – und damit auch, was sie begrüßt: selbstbestimmte Menschen, die ihre Sexualität, ihr Körperbewusstsein und ihre Geschlechteridentität frei und auf Augenhöhe in ihrer ganzen Vielfalt leben können. Ohne dass sie jemand runtermacht, bewertet oder ihnen vermittelt, sie seien nicht sexy, nicht o.k. oder fallen aus der Norm.

www.watchgroup-sexismus.at (Graz)
www.watchgroup-salzburg.at
www.werbewatchgroup-wien.at

MAG.ª ALEXANDRA SCHMIDT
Frauenbeauftragte der Stadt Salzburg. Leitet Projekte und Veranstaltungen, bearbeitet Subventionen, bietet Service und Beratung und ist zuständig für Gleichbehandlung in der Stadt Salzburg.

Thomas Wagner

Wien: Stadt Fair teilen im Sinne der Frauen

Frauengerechte Planung setzt sich für die Berücksichtigung der Interessenlagen von Frauen ein, denn Stadt ist ein vielschichtiges Gewebe, die Stadtstrukturen und Mobilitätsbedingungen, das Angebot an sozialer und grüner Infrastruktur beeinflussen die Lebensbedingungen entscheidend mit.

Wien hat eine lange Geschichte geschlechtssensibler Planung

Es begann vor 25 Jahren mit der Ausstellung „Wem gehört der öffentliche Raum – Frauenalltag in der Stadt“. Hier wurde zum ersten Mal der Zusammenhang zwischen Stadt- und Alltagsstrukturen thematisiert. Acht Mädchen und Frauen aller Altersstufen, ihr Alltag und ihre Wege wurden in Fotos festgehalten. Öffentlicher Raum, die geschlechtsspezifische Auswertung von Mobilitätsdaten, Angst- und Wohlfühlräume: Damals waren dies neue Themen, FußgängerInneninteressen waren in der Verkehrsplanung ein „blinder Fleck“.

Die Ausstellung rief großes Interesse und starke mediale Resonanz hervor. Mit ihr wurden bereits wichtige Prinzipien einer geschlechtssensiblen Planung angewandt: Orientierung an Alltagsmustern, Erfassung der Bedarfslagen unterschiedlicher Zielgruppen nach Alter, sozialen und kulturellen Lebenslagen, Datenanalyse und Beobachtungen. Institutionell wurde das Thema im 1992 gegründeten Frauenbüro der Stadt Wien, später für zehn Jahre in der Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen in der Stadtbaudirektion verankert, die aus drei Planerinnen bestand. Mit der Umstrukturierung 2010 erfolgte die Auflösung im Sinne des Mainstreamings (zwei Genderexpertinnen arbeiten in der Baudirektion, eine im Referat Öffentlicher Raum in der Stadtgestaltung). An die sechzig Pilot- oder Leitprojekte wurden in Zusammenarbeit mit vierzehn Dienststellen durchgeführt.

Wien wird seither zu den führenden Städten im Bereich der geschlechtssensiblen Planung gezählt, sowohl die thematische Breite als auch die inhaltliche Tiefe der Bearbeitung betreffend. Das internationale Interesse an den Wiener Erfahrungen ist groß.

Frauen-Werk-Stadt I, Bauteil Elsa Prochazka: Am Grundriss der 85-m²-Familienwohnung wird gezeigt, wie vielfältig nutzbar dieser ist. Der fixe Küchenerker bietet Aussicht zur Spielwiese mit Teich im Westen und zu Spielstraße und Anger. Die Zimmer sind alle gleich groß, gleichwertig und können problemlos gewechselt werden. Da sich innerhalb der Wohnung keine tragenden Wände befinden, lassen sich Zwischenwände ohne großen Aufwand entfernen bzw. einziehen.

Büro PlanSinn Fürthner/Stadt Wien

Baum(nahes) Haus und Klettergerät, realisiert in Folge des Beteiligungsprojektes Alois-Drasche-Park, 4. Bezirk

Frauen-Werk-Stadt I

Mit diesem Modellprojekt wurde im 21. Bezirk das bisher europaweit größte von Architektinnen nach Kriterien des frauengerechten Wohnbaus geplante Bauvorhaben realisiert. Es erreicht mit 360 Wohnungen auch eine städtebaulich relevante Dimension. Ein bis heute exemplarischer Wohnungsgrundriss, der flexibel für unterschiedliche Lebensphasen und -situationen nutzbar ist, unterschiedliche Freiraumqualitäten (Platz, zentrale FußgängerInnenachse mit Anger, zwei Gartenhöfe, eine Spielwiese), Kinderwagenabstellräume auf den Geschoßen, Waschküchen am Dach mit vorgelagerter Gemeinschaftsterrasse, eine natürlich belichtete Tiefgarage: Die Frauen-Werk-Stadt, die im nächsten Jahr 20 Jahre Besiedlung feiert, lieferte viele Anregungen für den Wohnbau und überzeugt noch heute.

Margherita Spiluttini/Stadt Wien

Frauen-Werk-Stadt I, Bauteil Elsa Prochazka mit Spielwiese und Kindergarten

Frauen-Werk-Stadt II

Auch im im Jahr 2000 abgehaltenen BauträgerInnenwettbewerb im 10. Bezirk wurde den Gemeinschafts- und Nebenräumen hohe Aufmerksamkeit geschenkt. Der Waschsalon im Erdgeschoß liegt direkt gegenüber dem Kinderspielplatz, vor dem Kinderspielraum und dem eigenen Jugendraum. Zwei Baublöcke weiter befindet sich eine SeniorInnenresidenz von Fortuna. SeniorInnenwohnungen (mit spezieller Ausstattung im Küchen- und Sanitärbereich und einem Notruf-System in die Pflegestation von Fortuna)

werden in der Wohnhausanlage angeboten, die Grundmiete ist erhöht.

Baugruppen ro*sa:

Unter dem Dachnamen ro*sa wurden drei Wohnprojekte nach dem Baugruppenprinzip realisiert. Im Projekt ro*sa Donaustadt sind die Wohnungsgrundrisse kompakt und die Gemeinschaftsräume großzügig. Auch der 3 Meter breite Gang wird als Kommunikations- und Spielfläche genutzt, das große niedere Fenster auch als Sitzbank.

Laufende Begutachtung von Wohnbauvorhaben

Wien als Bundesland ist für die Vergabe von Wohnbauförderungsmitteln zuständig. Bei der Neustrukturierung der Wohnbauförderung, die kurz nach dem Bau der Frauen-Werk-Stadt I erfolgte, wurde der Qualitätswettbewerb eingeführt. Gender-Planungsexpertise war von Anfang an eingebunden, um Alltagsqualitäten zu beurteilen, und war auch in der Jury der BauträgerInnenwettbewerbe vertreten. Seit 1996 wurden rund 150.000 Wohnungen begutachtet, eine Kriterienliste für den gendergerechten Wohnbau wurde erstellt.

Städtischer Nutzbau

Im neuen Bildungszentrum Simmering sind die Zweigstellen der Volkshochschule, der städtischen Musikschule und der städtischen Bücherei untergebracht. In einem Gender-Workshop begutachteten die Leiterinnen der lokalen Einrichtungen den Wettbewerbsentwurf. Ergebnisse: Der verglaste Gymnastikraum wird mit Sichtschutzmöglichkeit versehen, eine vergrößerte Wartezone für die wartenden Eltern mit Geschwistern, Platz für größere Tische im Kinderbereich der Bücherei, weil sie von Kindern aus beengten Wohnverhältnissen auch als Lernraum genutzt wird.

PlanSinn Wolfgang Gerlich

Barrierefreie Umgestaltung in Mariahilf, 6. Bezirk – Zweiteilung des Gehsteigs

Geschlechtssensible Parkgestaltung

Eine vom Frauenbüro in Auftrag gegebene Studie zeigte, dass sich Mädchen ab ca. neun Jahren vielfach aus den Parks zurückziehen, weil die Ausstattung viel stärker auf die Bedürfnisse der Burschen ausgerichtet ist und oft ein Verdrängungswettbewerb um knappe Spielflächen herrscht. Dies war der Anstoß für sechs Modellprojekte. Ziel war, die Präsenz von Mädchen zu erhöhen und ihren Aktionsradius zu erweitern. Vier Vorhaben erprobten auch unterschiedliche Beteiligungsformate für Mädchen. Aufbauend auf der Evaluierung der Modellprojekte und weiterer beispielhafter Parkanlagen wurden Planungsempfehlungen für geschlechtssensible Park- und Spielplatzgestaltung erstellt, die seither Grundlage für jede Parkneu- und -umplanung sind – auch für die Wettbewerbe der neuen großen Parkanlagen in den Stadterweiterungsgebieten Nordbahnhof und Sonnwendviertel.

Die Broschüre „Stadt Fair teilen“ stellt Gender Mainstreaming im öffentlichen Raum anschaulich anhand der realisierten Maßnahmen dar.

Pilotbezirk Mariahilf

Bereits der Masterplan Verkehr 2003 unterstrich die Bedeutung des FußgängerInnenverkehrs und benannte eine Vielzahl an Maßnahmen, für die in Wien meistens die Bezirke zuständig sind. Im Gender-Mainstreaming-Pilotbezirk Mariahilf wurden die MitarbeiterInnen aller Magistratsabteilungen, die dort für den öffentlichen Raum zuständig sind, eingebunden. Wichtig war auch die Unterstützung durch die damalige Bezirksvorsteherin Renate Kaufmann. Die Frauenkommission der Bezirksvertretung unternahm Begehungen in der Dunkelheit, um Angsträume zu identifizieren. Daraufhin wurde das Budget für die Verbesserung der Beleuchtung erhöht.

Die Bilanz des vierjährigen Pilotprozesses 2002 – 2006: 1 km Gehsteigverbreiterungen, 40 Querungshilfen, 26 zusätzliche Beleuchtungskörper, barrierefreie Umgestaltung von fünf Gehsteigen, ein Lift im öffentlichen Raum, Neugestaltung von zwei kleinen Plätzen, zusätzliche Sitzgelegenheiten an neun Orten. Mit diesen Maßnahmen wurde die

Christian Fürthner / Stadt Wien

Attraktiver öffentlicher Raum in der Seestadt aspern, 22. Bezirk

Netzqualität deutlich angehoben. Manchmal waren es auch einfache kostengünstige Maßnahmen (wie die Aufstellung eines Straßenspiegels in einem verwinkelten Durchgang).

Fußverkehr als neuer Schwerpunkt im Mainstream

Die Mobilitätsagentur Wien, die sich für RadfahrerInnen- und FußgängerInnenbelange einsetzt, entstand 2013. Auch die Umgestaltung der Mariahilfer Straße, der wichtigsten Einkaufsstraße Wiens, zu einer FußgängerInnen- und Begegnungszone zeigt den hohen Stellenwert des Fußverkehrs. 2015 wurde die Walk 21, die jährlich stattfindende Weltkonferenz für Fußgängerverkehr, in Wien abgehalten und dabei wurden auch die geschlechtssensiblen Planungszugänge Wiens vorgestellt.

Seestadt aspern

Die Seestadt aspern ist mit rund 240 Hektar eines der größten Stadtentwicklungsgebiete Europas. Rund 6.000 Menschen leben bereits dort.

In den langjährigen Entwicklungsprozess floss auch die Genderperspektive ein: So wurden bei der Überprüfung der Blockstrukturen des Masterplans jene mit integrierten Kindergärten vergrößert, um genügend Freifläche zu schaffen. Die Vermietung der Lokale in der vier Meter hohen Erdgeschoß-Zone im zentralen Bereich durch eine eigene Betreibergesellschaft sorgt dafür, dass die BewohnerInnen alle alltäglichen Einkäufe im Sinne der „Stadt der kurzen Wege“ in der Seestadt erledigen können. Der Bildungscampus mit Volksschule und Kindergarten und die AHS liegen am zentralen Park. Die U-Bahn fährt bereits, die reduzierten Autoabstellplätze sind in Sammelgaragen untergebracht. So ist der attraktiv gestaltete öffentliche Raum weitgehend frei vom Autoverkehr. Die meisten Straßen- und Parknamen wurden nach Frauen benannt, eine wichtige symbolische Geste.

Zielgruppenvertretung in städtebaulichen Verfahren

Wien wächst, dafür sind Umwidmungen erforderlich. Neben städtebaulichen Wettbewerben werden auch kooperative Verfahren durchgeführt, wo in einem dialogischen Verfahren Planungsteams, InvestorInnen und Stadtplanung die Bebauungs- und Freiflächenstrukturen erarbeiten. Eine Zielgruppenvertretung nimmt an vielen Verfahren beratend teil, um dort Gemeinwohlinteressen differenziert einzubringen. Im Vorfeld wird von ihr der Kontakt zu Einrichtungen der Jugendarbeit und anderen Institutionen gesucht, die über lokales sozialräumliches Wissen verfügen.

Die Broschüre „10+1 Jahre Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen“ beschreibt 2009 die Aktivitäten der Leitstelle und die Projekte. Das 2013 publizierte Handbuch „Gender Mainstreaming in der Stadtplanung und Stadtentwicklung“ formuliert Ziele und Qualitätsmerkmale für die Themenfelder Stadtstruktur und Wohnqualität sowie öffentlicher Raum und Mobilität, stellt die über die Jahre entwickelten Methoden, Kriterien und Richtlinien dar und präsentiert gute Beispiele für die unterschiedlichen Planungsebenen. Das Handbuch soll als Arbeitshilfe dienen und zeigen, wie soziale Intelligenz und Sensibilität mit technisch-planerischem Wissen wirksam verschränkt werden kann. Denn vieles aus der geschlechtssensiblen Planung ist bereits im Mainstream angekommen, vieles bleibt aber noch zu tun.

DI[IN] EVA KAIL
ist Mitarbeiterin in der Gruppe Planung in der Magistratsdirektion – Stadtbaudirektion Wien. Sie ist Expertin für Gender Planning und Zielgruppenorientierung in Planungsprozessen.

St. Pöltner Frauenstadtrundgang – Orte der Erinnerung

Die Lebenswelt von Frauen zu erfassen ist eine schwierige Aufgabenstellung, denn aus vielen Quellen muss quergelesen, interpretiert und neu zusammengefasst werden. Frauen haben Geschichte geschrieben – mit oder gegen die zugeschriebenen Rollen der Gesellschaft, aufmüpfig oder angepasst. In einigen Städten gibt es bereits die Möglichkeit, diesen unbekannten, nicht erzählten Geschichten über Frauen in frauenspezifischen Stadtrundgängen zu lauschen.

Die traditionelle Geschichtsschreibung hat Frauen über Jahrhunderte nicht berücksichtigt. Auch in der allgemeinen öffentlichen Erinnerung werden ihnen wesentlich weniger Gedenktafeln und Monumente gewidmet, obwohl sie immer die Geschichte der Stadt mitgeprägt haben. Fortwährend der Heldinnen und Vorbilder beraubt, haben Frauen jedes Mal von Neuem begonnen: Diskriminierungen entlarvt, Theorien entwickelt, Argumente erarbeitet, Forderungen aufgestellt und ihre Geschichte wiederentdeckt.

Wenn wir uns durch den öffentlichen Raum einer Stadt bewegen, sind die Schichten der Vergangenheit in unterschiedlicher Weise im Gegenwartsraum präsent. Straßen- und Platznamen, Denkmäler, Statuen, Gedenktafeln – die kollektive Erinnerungsorientierung ist allerdings zum Großteil männlich geprägt. Das Wissen um diese Vorgängerinnen ist aber wertvoll und sich mit Frauengeschichte zu beschäftigen ermutigt, bereichert, erheitert; empört allerdings auch. Vor allem aber verändert es: „… jede Frau ändert sich, wenn sie erfährt, dass sie eine Geschichte hat“ (Gerda Lerner, Historikerin).

Es lohnt sich daher, in Stadtarchiven zu stöbern oder Forschungsarbeiten zu diesem Thema in Auftrag zu geben. Neben den Frauen, die regional gewirkt haben, kann man bei dem Rundgang auch immer wieder die frauenpolitische Entwicklung zu dieser Zeit in Österreich bzw. weltweit einfließen lassen. Hier einige Beispiele für die Bereiche Bildung, Politik und Kunst und Kultur.

Frauen & Bildung

Es zeigt sich, dass besonders das Städtebürgertum des Spätmittelalters die entscheidenden Maßnahmen zur Entwicklung und Verbreitung des Schul- und Unterrichtswesens setzte und dass sich in ihm im 14. und vor allem im 15. Jahrhundert ein Bildungsdrang entwickelte, welcher keinesfalls allein die gehobenen, wohlhabenden Schichten erfasste. Trotzdem ist kaum nachzuweisen, wie groß der Prozentsatz der des Lesens und Schreibens mächtigen Bevölkerungsgruppe gewesen sein mag. Frauen waren – wie große Gruppen ländlicher Bevölkerung und städtischer

weinfranz

„Frauen sichtbar machen“ lautet das Motto des frauenspezifischen Stadtrundgangs, der zu ausgewählten historischen Orten führt und die verschiedenen Aspekte eines Frauenlebens in der St. Pöltner Geschichte beleuchtet.

Unterschicht – vom Besuch von Schulen und Lehranstalten praktisch ausgeschlossen. Für Frauen konzentrierten sich Erziehung und Bildung auf den häuslichen und familiären Bereich. Die Vorbereitung auf das Erwachsenenleben erfolgte im Elternhaus durch sukzessives Erleben der Tätigkeiten und frühzeitige Mitarbeit in Haushalt und Arbeitswelt der Erziehenden. Mädchenerziehung und Frauenbildung, die über die häuslichen Belange hinausgingen, stellten eine Ausnahme dar. Schulbesuch erschien im Allgemeinen unwichtig und nicht notwendig. Mädchenschulen sind im deutschen Raum nur selten überliefert.

Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts gelang es Frauen, auf ihr Recht auf Bildung aufmerksam zu machen. Die Lücken im Bildungssystem versuchten Privatpersonen und Vereine zu schließen. Trotzdem blieb die Ausbildung zur Hausfrau und Mutter vorrangiges Ziel der Mädchenbildung. Eine Gleichstellung der Frau in Schul- und Bildungsfragen blieb dem 20. Jahrhundert vorbehalten.

Auszug aus der Bewerbung einer Koch- und Haushaltungsschule der Familie Baumgartner aus dem Jahr 1891 (Archiv des St. Pöltner Stadtmuseums): „Das Ziel ist, die erwachsenen Töchter der mittleren Stände durch planmäßigen, gründlichen Unterricht und praktische Unterweisung in allen Zweigen des bürgerlichen Haushaltes zu sparsamen brauchbaren Hausfrauen heranzubilden.“

Frauen & Politik

Der Kampf um das Frauenwahlrecht in Österreich beginnt mit der Revolution 1848. Obwohl diese durch das Habsburgische Kaiserhaus blutig niedergeschlagen wird, ist eines der Ergebnisse des Aufstandes das Wahlrecht. Als Privileg der Gebildeten und Besitzenden betrachtet, können nun auch einige, wenige Frauen dieses Recht in Anspruch nehmen. Das erklärt auch, warum die in der Folge gegründeten zahlreichen Frauenvereine erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Forderung nach einem Wahlrecht für alle Frauen wieder aufnehmen. (Überall in Europa und in den USA gründeten Frauen im 19. Jahrhundert Vereine und Zeitschriften, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen und Mitstreiterinnen zu gewinnen.)

1907 erhält schließlich der männliche Teil der Bevölkerung das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Damit wird jedoch den wenigen, privilegierten Frauen ihr Wahlrecht entzogen. Während die Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung versuchen, vor allem durch Publikationen, Reden und Petitionen ihr Anliegen durchzusetzen, agieren ihre Kolleginnen aus der Arbeiterinnenbewegung in Abstimmung mit den männlichen Parteigenossen mit Aufmärschen und Demonstrationen.

In Österreich wurde im Februar 1919 die 1. Wahl mit Frauenbeteiligung abgehalten: Von 170 Abgeordneten zogen acht Frauen in den Nationalrat. 87 % der Männer und 84 % der Frauen nahmen ihr aktives Wahlrecht wahr.

Maria Emhardt (1901 – 1981) wurde 1932 in den St. Pöltner Gemeinderat gewählt, bei der letzten Gemeinderatswahl in der 1. Republik. Im Bürgerkrieg vom Februar 1934 war sie der eigentliche Kopf des bewaffneten Widerstandes der St. Pöltner Sozialdemokratie und wurde nach der Niederschlagung der Revolte von der Heimwehr verhaftet. Von der Anklage des Hochverrats wurde sie aber im Juni 1934 freigesprochen. Im November desselben Jahres übernahm sie die niederösterreichische Leitung der illegalen Revolutionären Sozialisten. Im Jänner 1935 wurde sie abermals verhaftet. Im großen Sozialistenprozess von 1936 wurde gegen Maria Emhardt als eine der hauptangeklagten Personen (neben Bruno Kreisky, Franz Jonas, Anton Proksch) die Verhängung der Todesstrafe beantragt. Aufgrund internationaler Proteste kam sie aber mit 18 Monaten schweren Kerkers

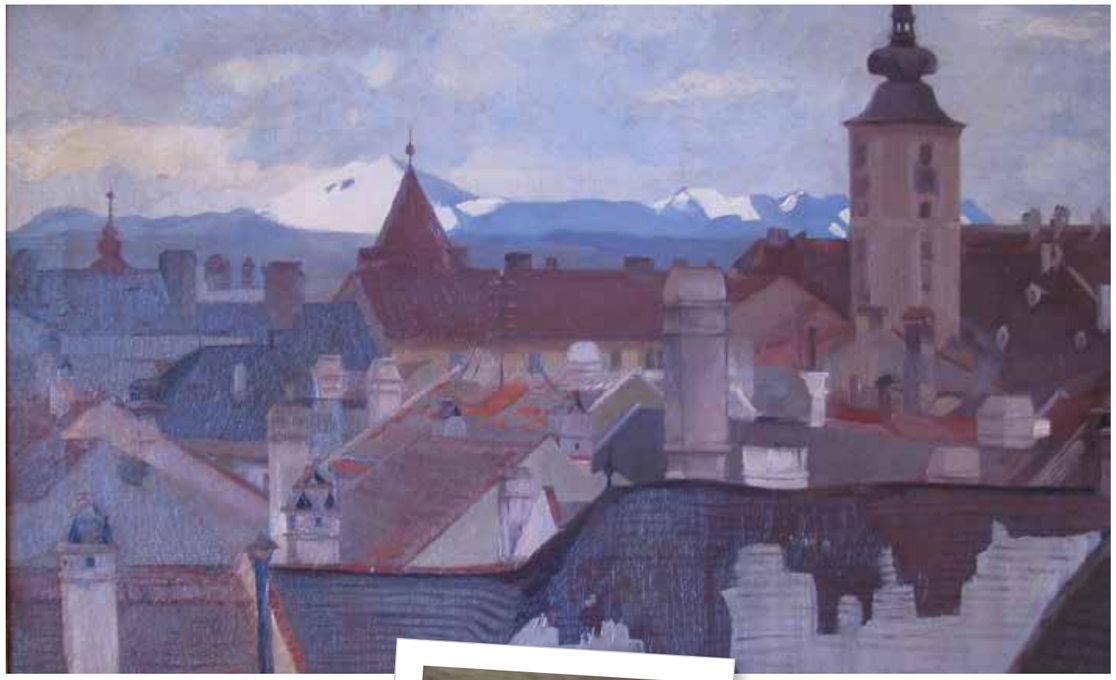
Maria Emhardt

davon. Ihren Mann Karl Emhardt, einen St. Pöltner Eisenbahner, zwang man, sich von ihr scheiden zu lassen, und er wurde weiters strafhalber ins salzburgische Bischofshofen versetzt, als bemerkt wurde, dass sich das Ehepaar nur zum Schein scheiden ließ.

1945 wurde Maria Emhardt, die ihrem Gatten nach ihrer Haftentlassung gefolgt war, Vizebürgermeisterin von Bischofshofen und – als einzige Frau – Salzburger Landtagsabgeordnete. Von 1953 bis 1965 war sie auch Mitglied des Nationalrates.

Frauen & Kunst

Wir wissen aus zahlreichen Quellen, dass sich Frauen auch schon in der Antike und im Mittelalter künstlerisch betätigt haben. So waren die Nonnenklöster jahrhundertelang eine Stätte, wo sich weibliche Kreativität entfalten konnte. Man denke an die großartigen Werke der mittelalterlichen Buchmalerei und der Teppichkunst. Die Leistung der Frauen ist weitgehend anonym und kaum nachzuweisen. Erst in der Renaissance lassen sich Kunstwerke eindeutig mit bestimmten Namen verbinden. Viele der Malerinnen waren zu ihrer Zeit berühmt – sie wurden von Kaiser_innen und König_innen beschäftigt und zu Hofmalerinnen ernannt. Aber nur die wenigsten Malerinnen sind in die Kunstgeschichte eingegangen, was vermutlich daran liegt, dass diese



von Männern geschrieben wurde. Die meisten jedenfalls gerieten, kaum dass sie gestorben waren, in totale Vergessenheit. Erst in jüngster Zeit (in den letzten beiden Jahrzehnten) hat man im Zusammenhang mit der Frauenbewegung angefangen, sich für die malenden Frauen der vergangenen Epochen zu interessieren. Aus alten Urkunden, Berichten, Briefen und Memoiren wurden ihre Lebensläufe rekonstruiert und ihre Werke erforscht.

Selbstbildnis Charlotte Andri-Hampel

Die Malerin **Charlotte Andri-Hampel** (1863 – 1945) war eine aufstrebende junge Künstlerin mit eigenen Ausstellungen im Künstlerhaus oder in der Secession in Wien. Den künstlerischen Anforderungen der Jahrhundertwende konnte sie bestens gerecht werden.

1897 heiratete sie den Maler Ferdinand Andri und beendete kurz darauf ihre Karriere als Malerin – offensichtlich nicht ganz freiwillig. Ein Konvolut ihrer Arbeit gelangte nach dem Nachlass ihres 1956 gestorbenen Mannes in den Besitz des Stadtmuseums St. Pölten.

Zu allen Zeiten, auch im 20. Jahrhundert, haben sie es schwerer gehabt als ihre männlichen Kollegen, waren sie, weil sie als Frauen geboren waren, benachteiligt. Einige haben es trotzdem geschafft, Karriere zu machen und sich gegen die männliche Konkurrenz durchzusetzen. Talent allein genügte dazu nie. Immer mussten Energie, Ausdauer, Fleiß, ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein und auch Glück dazukommen. Vor allem: eine entsprechende Ausbildung. Und damit beginnt das eigentliche Dilemma. Bis ins 20. Jahrhundert war den Frauen der Zugang zu den Kunstakademien verwehrt. Seit dem 19. Jahrhundert gab es immerhin schon Privatschulen, an denen höhere Töchter Malerei studieren konnten.

MAG.ª MARTINA EIGELSREITER
leitet das Büro für Diversität der Stadt St. Pölten. Dieses bündelt derzeit die Aufgabenbereiche Frauen, Menschen anderer Herkunftsländer, Menschen mit Behinderung, sexuelle Identität und den Bereich Weltanschauung & Weltreligionen.

Vergewaltigung verurteilen – ein NEIN genügt

Neues Sexualstrafrecht verbessert Rechtslage für Vergewaltigungsopfer

Seit 1.1.2016 können Vergewaltigungsopfer in Österreich dank neuer Bestimmungen im Sexualstrafrecht ihre Rechte besser durchsetzen. Die städtischen Frauenbüros und der Österreichische Städtebund hatten seit Herbst 2014 immer wieder auf das Thema Gewalt gegen Frauen aufmerksam gemacht. Mit der Kampagne „Vergewaltigung verurteilen – ein NEIN muss genügen" konnten sie 5.178 Menschen mobilisieren, ihre Stimme für eine Nachbesserung des Strafrechts in Bezug auf Vergewaltigung abzugeben.

Die rechtliche Lage vor 2016

Die Zahlen zu Anzeigen und Verurteilungen wegen Vergewaltigung legten schon lange nahe: Das österreichische Recht ist für Opfer nicht ausreichend. Denn lediglich eine von neun Anzeigen wegen Vergewaltigung führte zu einer tatsächlichen Verurteilung. Im Jahr 2013 zeigten etwa 920 Frauen Vergewaltigung an – nur 104 Männer wurden verurteilt. Viele der betroffenen Frauen erstatteten wegen dieses Missstandes von vornherein keine Anzeige. Sie hatten Angst, dass sie die Vergewaltigung nicht ausreichend beweisen könnten. „Es gab Tausende Betroffene, die keine Chance hatten, dass der Täter verurteilt wird", berichtet Alexandra Schmidt, Frauenbeauftragte der Stadt Salzburg und Initiatorin der Initiative. Denn bislang waren sexuelle Handlungen gegen den ausdrücklichen Willen nur dann strafbar, wenn Gewalt, Drohung oder Freiheitsentziehung angewandt wurden. Das Opfer musste nachweisen, dass es bedroht wurde, ihm Gewalt angetan oder die Freiheit entzogen wurde. „Mit dieser Kampagne sind wir erfolgreich für eine Änderung des Strafrechts eingetreten", erklären die Vorsitzende des Frauenausschusses Stadträtin Sandra Frauenberger und Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger.

Markus Wache

Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Maria Schwarz-Schlöglmann, Delegierte des Bundesverbandes der Gewaltschutzzentren Österreich, und Alexandra Schmidt vom Frauenbüro der Stadt Salzburg überreichten gemeinsam mit NRAbg. Gisela Wurm die Petition an Nationalratspräsidentin Doris Bures.

Wolfgang Zenz

Verbesserung der Situation für Vergewaltigungsopfer

Mit der Initiative „Vergewaltigung verurteilen – ein NEIN muss genügen“ starteten die Frauenbüros der österreichischen Städte gemeinsam mit dem Städtebund ihre Offensive gegen ein Strafrecht, das den Großteil der Täter ungestraft davonkommen lässt. Sie arbeiteten konkrete Vorschläge für die Reform aus. Ziel war es, „nicht einverständliche sexuell bestimmte Handlungen“ zu bestrafen. Ein Nein, Weinen oder Erstarren als psychische Reaktion auf Gewalt sollten ausreichen, damit es sich um Vergewaltigung handelt. Der Startschuss für die Kampagne fiel am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, dem 25. 11. 2014. Die Chance auf Realisierung war groß, denn seit Anfang 2014 arbeitete das Justizministerium an einer generellen Strafrechtsreform.

Kampagne für Bewusstseinsbildung

Eine Online-Petition, eine Facebook-Kampagne und Plakate in ganz Österreich sensibilisierten die Öffentlichkeit. Die Veranstaltungen zu den „16 Tagen gegen Gewalt an Frauen“ wiesen auf die rechtlichen Missstände hin. Ein schwarzes Herz mit dem Slogan „Für immer Pein“ erregte als irritierendes Sujet viel Aufmerksamkeit. Unter dem Titel „Dein ist mein ganzes Herz …“ gab es eine begleitende Kunstaktion. Ein begehbarer Kasten symbolisierte einen Schutz- und Intimraum. Interessierte hörten in diesem Raum Gedichte von Frauen über die Sehnsucht nach Nähe und Berichte über die Verletzung von Nähe und Intimität.

Die klare Botschaft der gesamten Kampagne: Unerwünschte Übergriffe, Belästigung oder Herabwürdigung von Frauen sind nicht zu tolerieren. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sollen es Menschen ermöglichen, selbstbestimmt zu leben, ihre Sexualität, ihr Körperbewusstsein und ihre Geschlechteridentität frei und auf Augenhöhe zu entfalten – und dabei rechtlich den Schutz für die Wahrung ihrer persönlichen Grenzen zu haben.

Die Petition wurde von Nationalrätin Gisela Wurm, Mitglied im Justizausschuss, auch als parlamentarische Petition eingebracht und am 25. Februar 2015 an Nationalratspräsidentin Doris Bures überreicht. Das neue Strafrecht enthält nun die wesentlichen Verbesserungen.

Was ist neu?

Seit 1. 1. 2016 gelten in Österreich verschärfte Bestimmungen zur Strafbarkeit von sexualisierter Gewalt und von sexueller Belästigung. Bis dahin galt folgende Rechtslage: Eine Vergewaltigung konnte nur bestraft werden, wenn das Opfer mit Gewalt, Freiheitsentziehung oder gefährlicher Drohung zu Geschlechtsverkehr oder einer gleichzusetzenden Handlung gezwungen wurde. Die Bestrafung scheiterte in der Praxis sehr häufig, wenn die Frau nicht beweisen konnte, dass sie sich aktiv gegen die Vergewaltigung gewehrt hatte. Ein aktives Sich-zur-Wehr-Setzen war notwendig, um den Straftatbestand überhaupt zu erfüllen.

Seit 2016 gilt nun, dass unter „Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung“ auch strafbar ist, wer mit einer Person gegen deren Willen oder unter Ausnutzung einer Zwangslage oder nach vorangegangener Einschüchterung den Geschlechtsverkehr oder eine gleichzusetzende geschlechtliche Handlung vornimmt.

Das bedeutet, dass es nunmehr auch strafbar ist, wenn Geschlechtsverkehr bzw. die geschlechtliche Handlung gegen den Willen einer Person vorgenommen wird und dass es für die Strafbarkeit nicht mehr notwendig ist, dass das Opfer nachweisen muss, sich aktiv gewehrt zu haben. Die Ablehnung muss aber nach außen bzw. für den Täter erkennbar zum Ausdruck kommen – ein „Nein“ genügt – und der Täter muss sich darüber hinwegsetzen.

Auch bei sexueller Belästigung gelten seit Anfang des Jahres verschärfte Bestimmungen. Bis dahin war sexuelle Belästigung in der Öffentlichkeit, anders als z. B. am Arbeitsplatz, nur dann zu bestrafen, wenn der Täter eine Frau an primären oder sekundären Geschlechtsorganen – also an der Scheide oder der weiblichen Brust – berührte, und zwar unmittelbar bzw. intensiv. Wenn z. B. „nur“ das Gesäß oder die Oberschenkel berührt wurden („Po-Grapschen“) oder Brust, Hals oder Dekolleté leicht berührt wurden, war dies strafrechtlich nicht relevant.

Seit 1. 1. 2016 gilt betreffend sexuelle Belästigung, dass zu bestrafen ist, „wer eine andere Person durch eine intensive Berührung einer der Geschlechtssphäre zuzuordnenden Körperstelle in ihrer Würde verletzt“. Unerwünschte Berührungen des Gesäßes und der Oberschenkel („Po-Grapschen“) sind damit jedenfalls strafbar.

MAG.A ALEXANDRA SCHMIDT
Frauenbeauftragte der Stadt Salzburg. Leitet Projekte und Veranstaltungen, bearbeitet Subventionen, bietet Service und Beratung und ist zuständig für Gleichbehandlung in der Stadt Salzburg.

Thomas Wagner

Pilotprojekt beim Villacher Kirchtag: Anlaufstelle für bedrängte Frauen

Villachs Frauenreferentin Vizebürgermeisterin Mag.ª Gerda Sandriesser hat aufgrund der Diskussion um Gewalt gegen Frauen und Frauenrechte ein Konzept erarbeitet, das Großveranstaltungen für Frauen sicherer machen soll. Beim Villacher Kirchtag im August wurde als Pilotprojekt eine Anlaufstelle für bedrängte Frauen eingerichtet.

„Sexualisierte Gewalt gegen Frauen fand und findet leider überall statt. Österreichweit wird jede fünfte Frau Opfer von schwerer sexueller Gewalt. Drei von vier Frauen erleben sexuelle Belästigung. In einer EU-weiten Studie gaben mehr als die Hälfte der Frauen an, sexuelle Belästigung erfahren zu haben. Die Dunkelziffer ist sicher wesentlich höher. Die Vorkommnisse in der Silvesternacht in Köln haben das Thema massiv in die Öffentlichkeit gerückt. Ich hätte mir diese mediale Diskussion, diese breite Empörung und den kollektiven Aufschrei bereits früher gewünscht, ist es doch seit jeher bekannt, dass es auch bei Großveranstaltungen immer wieder zu sexuellen Übergriffen kommt. Doch offensichtlich war es einfacher wegzusehen, statt zur Kenntnis zu nehmen, dass diese Übergriffe weit verbreitet sind. Wir in Villach wollen nicht wegschauen und haben heuer beim Villacher Kirchtag erstmals eine Anlaufstelle für bedrängte Frauen eingerichtet, um ihnen ein größeres Sicherheitsgefühl und im Bedarfsfall auch Rückhalt zu geben“, sagt Frauenreferentin Vizebürgermeisterin Mag.ª Gerda Sandriesser über die frauenpolitisch immens wichtige Initiative der Draustadt.

Stadt Villach

Im Einsatz für die Villacher Frauen (v.l.n.r.): Vizebürgermeisterin und Frauenreferentin Mag.ª Gerda Sandriesser, Geschäftsführerin der Frauenberatungsstelle Villach Mag.ª Tanja Korak, Psychotherapeutin Mag.ª Dr.in Susanne Puntschart, Frauenbeauftragte der Stadt Villach Marie-Theres Grillitsch, B.A., MA

Anlaufstelle in der Innenstadt

Die Anlaufstelle für bedrängte Frauen befand sich während der Brauchtumswoche in einer Volksschule direkt in der Innenstadt, nahe dem Kirchtagsgelände, und sie orientierte sich an den Präsenzzeiten des Roten Kreuzes, das ebenfalls in dieser Schule stationiert war. An den fünf am stärksten frequentierten Tagen standen von 19 bis 2 Uhr früh Beraterinnen für Betroffene zur Verfügung. „Vier geschulte Frauen – Psychotherapeutin, Sozialpädagogin, Supervisorin, Trainerin für Gewaltprävention – waren Ansprechpartnerinnen. Es ging uns dabei nämlich in erster Linie darum, dass Frauen sich im ersten Schock in geschützter Atmosphäre artikulieren können und verständnisvoll aufgefangen werden“, sagt Vizebürgermeisterin Mag.ª Gerda Sandriesser.

Zusammenarbeit mit Einsatzkräften

Bereits im Vorfeld wurden Polizei und Rotes Kreuz über die Einrichtung dieser Anlaufstelle informiert und aufgefordert, betroffene Frauen an diese zu verweisen. Die Beraterinnen wurden gebeten, eine enge Zusammenarbeit mit den Einsatzkräften zu forcieren und gegebenenfalls Frauen, die eine Anzeige erstatten wollten, zu begleiten. Gemeldet hat sich bei dieser Anlaufstelle beim heurigen Villacher Kirchtag – die Kosten wurden zur Gänze von der Stadt Villach übernommen – zum Glück keine Frau. „Doch wir waren für den Fall des Falles vorbereitet“, betont Sandriesser. Alkohol senkt in der Regel die Hemmschwelle und gerade bei größeren Menschenansammlungen können Täter anonymisiert agieren. „Kein einziger Übergriff darf heruntergespielt werden. Jeder Täter muss strafrechtlich verfolgt werden“, fordert Sandriesser.

Selbstverständlicher Schutz

Der Schutz vor sexualisierter Gewalt muss ebenso selbstverständlich werden wie die Notfallversorgung bei Krankheitsfällen oder Unfällen. Freiräume für Frauen, die nach einer sexuellen Belästigung oder einem Übergriff Abstand nehmen möchten, sind daher unabdingbar. Sandriesser: „Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, dass sexualisierte Gewalt an Frauen ein Ausdruck ungleicher Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern ist. Wir müssen sie daher als gesamtgesellschaftliches Problem erkennen.“

Pilotprojekt ausweiten

Das subjektive Sicherheitsgefühl von Frauen bei Großveranstaltungen muss ernst genommen werden. „Unter diesem Ansatz überlegen wir uns, das Pilotprojekt auszuweiten beziehungsweise auch bei anderen größeren Veranstaltungen in Villach anzubieten. Im Fall des Falles brauchen Betroffene umgehend Zuhörerinnen, die das Erlebte nicht herunterspielen, sondern unterstützen und helfen. Wir müssen Räume zur Verfügung stellen, in denen bedrängte Frauen von der persönlich erlebten Grenzüberschreitung durch einen oder mehrere Männer Abstand nehmen zu können“, sagt Frauenreferentin Sandriesser, die in einer solchen Anlaufstelle bei Großveranstaltungen keine Konkurrenz zu einer der bestehenden Organisationen sieht, sondern ein wichtiges zusätzliches Angebot.

„Nein“ muss respektiert werden

Sexualisierte Gewalt, egal wo immer sie passiert, ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das es gemeinsam zu lösen gilt. Auf sexualisierte Gewalt hinzuweisen, darf nicht nur weiterhin die Aufgabe der Frauenpolitik sein, sondern muss als klares Bekenntnis gegen diese Gewaltform breit getragen werden. Sandriesser: „Für mich bedeutet das, dass jede Frau von der Exekutive und von Vertrauenspersonen ernst genommen werden muss, wenn sie sagt, dass sie Opfer eines sexualisierten Übergriffs geworden ist.“ Schon kleinen Mädchen müssen durch die Eltern ihre ganz persönlichen klaren Grenzen aufgezeigt werden und dann muss ihr „Nein“ vom Gegenüber ausnahmslos respektiert werden, ohne Diskussion.

Sensibilisierungs- und Präventionsarbeit

In Villach soll künftig bereits vor jeder Großveranstaltung Sensibilisierungs- und Präventionsarbeit geleistet werden, um einen für beide Geschlechter harmonischen Ablauf zu gewährleisten. Dazu gehört auch, dass über das neue Sexualstrafrecht informiert wird. Es sieht nämlich jetzt auch Strafen vor, wenn ein Täter eine sexuelle Handlung zwar ohne Drohung oder Gewalt setzt, aber dennoch gegen den erkennbaren Willen des Opfers handelt. Nein heißt Nein! Welche Konsequenzen eine Nichtbeachtung hat, das muss den Männern massiv klar gemacht werden. Eine mögliche Bestrafung ist jedenfalls mit Sicherheit Abschreckung vor Übergriffen.

MARIE-THERES GRILLITSCH, B.A., MA
Stabstelle der GG4 – Frauenbüro und Integration. Zuständig für die Durchführung frauenspezifischer Projekte und die Koordination von Integrationsmaßnahmen.

Gabriella Burkhart

Auf Frauen zugehen

Die Betreuung von Asylsuchenden ist für alle Beteiligten eine spannende Herausforderung. Weibliche Flüchtlinge haben oft geschlechtsspezifische Fluchtgründe und Fluchtgeschichten und brauchen auch gezielte Unterstützung. Seit 10 Jahren gibt es im Weinviertel ein Haus für Asylwerberinnen mit besonderem Betreuungsbedarf.

Im Haus der Frauen leben Menschen aus verschiedensten Herkunftsländern miteinander. Gemeinsam werden die Feste im Jahresablauf gefeiert.

Ein Drittel der Asylsuchenden in Österreich ist weiblich, das geht aus den Statistiken des BMI hervor. Es gibt aber keine Zahlen darüber, wie viele der Frauen allein geflohen sind und wie viele mit Ehemann oder anderen Familienmitgliedern die Flucht angetreten haben. Generell lässt sich aber festhalten, dass es für Frauen schwierig ist, allein zu flüchten. Dafür gibt es mehrere Gründe:

- In vielen Ländern verfügen sie über weniger finanzielle Ressourcen als Männer oder haben gar kein Geld.
- Für Frauen ist der Fluchtweg generell gefährlicher, weil die Gefahr, insbesondere die der sexuellen Gewalt, groß ist.
- Gerade wenn sie aus frauenspezifischen Gründen wie Zwangsverheiratung, Beschneidung (Female Genital Mutilation), familiärer Gewalt flüchten, verfügen sie über viel weniger soziale Kontakte und Bewegungsfreiheit, was für sie eine mögliche Flucht erheblich erschwert.

Haus der Frauen in Hollabrun

Seit 2005 betreibt der Verein menschen.leben in Hollabrunn ein Haus für Frauen mit besonderem Betreuungs- und Sicherheitsbedarf, seit 2015 gibt es in Baden ein Haus ausschließlich für Frauen und seit 2016 in Hollabrunn eine Wohngemeinschaft für Frauen. Die meisten Erfahrungen haben wir mit den Frauen aus Hollabrunn gemacht, weil dies die älteste Einrichtung ist und weil durch die enge Betreuung auch eine intensive Zusammenarbeit und besseres Kennenlernen möglich ist.

Die meisten Bewohnerinnen haben Kinder, ungefähr die Hälfte der mehr als 600 seit der Eröffnung hier Lebenden sind Kinder. Die Asylwerberinnen werden von der Koordinationsstelle für Ausländerfragen der Landesregierung in St. Pölten zugewiesen. Gründe dafür sind physische und/oder psychische Krankheiten, Depressionen, tatsächliche oder drohende Gewalt und/oder familiäre Gewalt. Die Verweildauer beträgt zwischen einigen Wochen und zwei Jahren, ganz selten länger.

Gefühl von Sicherheit geben

Ziel des Hauses der Frauen ist in erster Linie die Stabilisierung. Ungefähr 40 % der Frauen und Kinder leiden aufgrund der in der Heimat und/oder der Flucht erlebten Ereignisse unter einer Posttraumatischen Belastungsstörung. Deren Symptome sind Depression, Schlaflosigkeit (oft über mehrere Monate dauernd), Gefühl der Hilflosigkeit, Verlust von Zeitgefühl, Konzentrationsstörungen u.v.m. Grundlegend wichtig zur Stabilisierung ist das Gefühl der Sicherheit. Der Zugang im Haus der Frauen ist überwacht und rund um die Uhr ist mindestens eine Betreuerin vor Ort. Die Tage und Wochen werden zeitlich durch Deutschkurse, Weiterbildungen und Freizeitgestaltung wie Ausflüge, Sportangebote und die gemeinsamen Feiern im Jahresablauf wie Weihnachten, Ostern etc. strukturiert. Dank der Unterstützung durch Ehrenamtliche und den Hollabrunner Arbeitskreis für Integrationsbemühungen können wir den Frauen Deutschkurse und Alphabetisierung anbieten. Diese Beschäftigung ist umso wichtiger, als sie die Frauen aus der gefühlten wie auch tatsächlichen Hilflosigkeit führt. Die Frauen sollen in der Zeit des Aufenthaltes ihren Alltag immer besser bewältigen und Österreich, seine Institutionen und seine Lebensweise kennenlernen.

2005 eröffnete das Haus und in den ersten Jahren stammte die Mehrzahl der Bewohnerinnen aus Tschetschenien. Heute kommt die Mehrzahl aus dem Gebiet des Syrienkrieges, aus Afghanistan und aus Afrika. Diese Veränderungen stellen auch die Betreuung vor neue Aufgaben, und zwar nicht nur in sprachlicher Hinsicht – die Verständigung läuft über Dolmetscherinnen und für manche Sprachen gibt es keine verfügbaren Übersetzerinnen, so haben wir für eriträische Bewohnerinnen monatelang eine Übersetzerin für Tigrinya gesucht. Jede Community hat eigene Traditionen und Regeln des Zusammenlebens, die wir neu verstehen lernen müssen, um die traumatisierten Frauen da abzuholen, wo sie gerade stehen. Ein gutes Beispiel dafür sind die psychosomatischen Beschwerden. Während sich emotionaler Stress in Mitteleuropa in Kopfschmerzen und Verdauungsbeschwerden äußert, zeigten viele Bewohnerinnen anhaltende Schmerzen in den Oberarmen und ihre Füße schwollen an.

Besonders schwierig ist es für und mit Klientinnen, die isoliert aufgewachsen sind und oft auch keine Schulbildung bekommen haben. Ihnen fällt es besonders schwer, das Selbstverständnis der Frau in Österreich zu verstehen mit Ausbildung, Berufstätigkeit und Selbstständigkeit. War es ihnen bis jetzt verwehrt, in der Öffentlichkeit aufzutreten und sichtbar zu werden, so wird nun gerade das von ihnen verlangt und Integration gefordert. Ihre – bis zur Ankunft in Österreich sehr gute – Strategie war, nicht sichtbar zu sein. Immer wieder kommt es vor, dass Frauen Probleme verschweigen und sich verstecken. Dieser Paradigmenwechsel verlangt viel Unterstützung, Engagement und Zeit.

Betreuung und Zuwendung wichtig

Speziell für Frauen mit Erfahrung von sexueller Gewalt und/oder von Frauenhandel sind die körperlichen und psychischen Erfahrungen stark schambehaftet. Hier sind Betreuung und Therapie schwierig, weil das Thema für die Frauen tabu ist. Die Betroffenen sprechen weder in der Therapie noch im Asylverfahren von den traumatisierenden Erlebnissen – wir erfahren meist indirekt davon: Wenn in der Geschichte der Frauen seltsame Lücken bleiben.

Die Asylwerberinnen brauchen nicht nur in den ersten Tagen eine begleitende Betreuung. Alles ist ihnen fremd. Nach einer Umfrage unter den Asylwerberinnen im Haus fürchten sich viele davor, unbeabsichtigt Fehler zu machen, da sie die Umgangsformen nicht deuten können. Sie bieten beispielsweise ein Geschenk an, das abgewiesen wird, und sie verstehen das als Rückweisung, verstehen aber nicht den Grund dafür. Solche Erfahrungen verunsichern. Hier muss Kommunikationsbereitschaft gezeigt werden, denn die Grundlage zur Integration ist das Verstehen.

NGOs und Ehrenamtliche gefordert

In den letzten Jahren, ganz besonders seit Sommer 2015, haben sich eine große Anzahl von Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen in der Betreuung der Asylsuchenden engagiert. Dies fordert einerseits aufwendige Koordination und Begleitung neuer Projekte, ermöglicht andererseits aber eine breite Palette an Hilfestellung. Eine möglichst schnelle Betreuung, die über eine bloße Unterbringung hinausgeht und Zuwendung und persönliche Kontakte miteinschließt, verhindert in vielen Fällen die Retraumatisierung. Neben persönlichem Engagement ist aber Professionalität unbedingt erforderlich, damit Ehrenamtliche nicht überfordert werden und die Vorhaben nicht in Frustration kippen.
Ein großer Bereich der Betreuungsarbeit im Haus der Frauen liegt in der Begleitung der Mütter. Diese müssen

Ehrenamtliche BetreuerInnen aus dem Bezirk Hollabrunn initiieren Feiern mit einheimischen Gästen und Asylwerberinnen.

die Kinder auf einen (Schul-)Alltag und evtl. eine Zukunft vorbereiten, die für sie fremd ist. Einerseits braucht das von Betreuerseite viel Fingerspitzengefühl – es geht hier auch um die Intimität in der Familie –, andererseits fordern Reibungspunkte mit Kindergärten und Schulen unbedingten Handlungsbedarf. Die Projektleitung geht in den letzten Jahren aktiv auf die Bildungsinstitutionen zu und sucht das Gespräch. Die Kindergärten und Schulen im Ort sind stark gefordert, aber unterstützen die Familien mit großem Engagement und Professionalität.

Die meisten Frauen verlassen das Haus, weil sie einen positiven Asylbescheid bekommen und die Grundversorgung für sie endet. Der zweithäufigste Grund ist Familienzusammenführung (Ehemann oder andere Familienmitglieder), danach folgen die Genesung der Klientin oder der Abschluss der medizinischen Therapie und das Erreichen einer ausreichenden Selbständigkeit.

Die Erfahrung hat gezeigt …

… dass die Frauen die Unterstützung im Allgemeinen gut nutzen können und stabiler und mit größerer Selbstverantwortung weiterleben. Es wurde aber auch sichtbar, dass ein den Frauen vorbehaltener Lebensraum sehr wichtig ist. Deshalb gründete der Verein auch das Haus in Baden für rund 45 Frauen und die Wohngemeinschaft in Hollabrunn mit 13 Plätzen. Hier finden Frauen, die sich in gemischtgeschlechtlichen Unterkünften schwertun, eine Unterkunft. Bei Frauen, die traditionellerweise stets unter dem Schutz männlicher Familienmitglieder standen, löst die Konfrontation mit dem neuen Umfeld und dem neuen Leben nachvollziehbar Angst aus. Junge alleinstehende Frauen oder solche mit sexueller Gewalterfahrung sind in den beiden Wohngemeinschaften die vornehmliche Zielgruppe.
Die Betreuung von Asylwerberinnen ist fordernd und bleibt spannend, da jede Frau und Familie ihre eigene Geschichte mitbringt und es keine genormten Hilfsangebote gibt. Und es muss Hilfe geleistet werden! Unsere Erfahrungen haben gezeigt, dass eine möglichst schnelle und intensive Beschäftigung mit den Asylwerberinnen für alle gewinnbringend ist. Für die Asylwerberinnen in Form von Betreuung und Zuwendung – sie haben fast alle Schreckliches erlebt – und Hoffnung auf Heilung! Und die Betreuerinnen, die Behörden, die Ärzte und Spitäler, die Schulen und Gemeinden gewinnen viel schneller die Möglichkeiten der kooperativen Zusammenarbeit in allen Bereichen.

„Ubuntu“

Bei den afrikanischen Völkern Zulu und Xhosa gibt es den Begriff „Ubuntu“. Er bedeutet „Menschlichkeit“ und „Gemeinsinn“. Das Prinzip Ubuntu besagt, dass wenn eine einzelne Person einer Gemeinschaft gegenüber in der Schuld steht, so muss sie diese Schuld auch begleichen. Die Gemeinschaft aber muss ihr dazu auch die Möglichkeit gewähren.

MAG.A GABRIELLA BURKHART
Einrichtungsleiterin im Haus der Frauen Hollabrunn, Verein menschen.leben.

Gemeinnützige Beschäftigung von AsylwerberInnen – ein Erfahrungsbericht

AsylwerberInnen dürfen während ihres Asylverfahrens keiner regulären Beschäftigung nachgehen. Um sie dennoch mit der hiesigen Arbeitswelt vertraut zu machen, vermittelt der Fonds Soziales Wien (FSW) AsylwerberInnen für gemeinnützige Hilfs- und Zusatztätigkeiten an Stellen der Stadt Wien. Über die wechselseitigen Erfahrungen berichten eine Flüchtlingsfrau und ihre Betreuerin.

Seit November 2015 hat der FSW bereits über 260 Flüchtlinge an über 50 Stellen der Stadt Wien für gemeinnützige Tätigkeiten vermittelt. Für diese Tätigkeit wird kein Dienstvertrag abgeschlossen, sondern nur eine Vereinbarung über die Art und zeitliche Lagerung der Tätigkeit sowie die Höhe des Anerkennungsbeitrags, der maximal 110 Euro pro Monat betragen darf und nicht steuerpflichtig ist.

Mögliche Tätigkeitsbereiche sind unter anderem die Unterstützung in der Administration, die Mitarbeit in Betreuungseinrichtungen für alte, kranke oder behinderte Personen, aber auch Tätigkeiten bei Sport- und Kulturveranstaltungen, Hilfstätigkeiten im Bereich Natur- und Umweltschutz etc. Bestehende Ausbildungen und Kenntnisse der AsylwerberInnen sollen genutzt werden. Die Projektleiterin des FSW, Renate Christ, steht zu diesem Zweck in ständigem Austausch mit den für die Unterbringung verantwortlichen NGOs und zahlreichen Stellen der Stadtverwaltung. Die Tätigkeiten sind allesamt Zusatz- oder Nice-to-have-Tätigkeiten, es wird kein reguläres Beschäftigungsverhältnis ersetzt und es entsteht keine Konkurrenz zu gewerblichen Angeboten.

Sahar Poursaffari (l.) und Susanna Eberl (r.)

Herausforderungen der gemeinnützigen Beschäftigung gemeistert

Projektleiterin Renate Christ: „Ich möchte dazu beitragen, dass die Asylwerberinnen und Asylwerber bestmöglich auf den Arbeitsmarkt vorbereitet sind, und sie dabei unterstützen, besser Deutsch zu lernen sowie einen Einblick in unsere Arbeitswelt und -kultur zu bekommen. Dadurch tun sie sich später leichter, wenn sie Asyl bekommen und sich beim AMS melden.“
Die größten Herausforderungen für die Stadt Wien bei diesem Projekt waren:

1. Rechtssicherheit herzustellen im Einvernehmen mit dem BMASK, was überhaupt unter „gemeinnütziger Hilfstätigkeit“ zu verstehen ist
2. Der Abschluss einer Gruppen-, Unfall- und Haftpflichtversicherung für die AsylwerberInnen durch den FSW für die ganze Stadt Wien
3. Die Bezahlung des Anerkennungsbeitrages: Da die meisten AsylwerberInnen kein Konto haben, muss der Anerkennungsbeitrag in bar ausgezahlt werden. Die Stadt Wien hat jedoch bereits vor Jahren auf bargeldlosen Zahlungsverkehr umgestellt.
4. Einen Standardprozess für das Anlegen von PC-Usern für AsylwerberInnen zu definieren
5. Eine Haushaltspost zu bestimmen, über welche die Anerkennungsbeiträge zu verbuchen sind.

Die Rückmeldungen aus den Dienststellen und von den Flüchtlingen sind unisono positiv:
In den Dienststellen ist das Verständnis für die Lebenssituation von Flüchtlingen gestiegen, womit auch Ängste abgebaut werden konnten. Die interkulturelle Kompetenz konnte gesteigert werden. Teams mit den Flüchtlingen als Mitglieder sind enger zusammengewachsen. Die Flüchtlinge konnten ihre deutschen Sprachkenntnisse signifikant verbessern, Einblicke in die Arbeitswelt der Verwaltung bekommen, ihr Wissen und ihre Erfahrungen in die Tätigkeiten der Dienststellen einbringen und so etwas für die Hilfsbereitschaft, die sie in Wien erfahren haben, zurückgeben.

Mitarbeit von Flüchtlingen in der Frauenabteilung

Ein Beispiel für eine solche gelungene Mitarbeit in einer Dienststelle ist die gemeinnützige Beschäftigung von Frau

Marion Gebhart

Sahar Poursaffari in der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit der Frauenabteilung der Stadt Wien. Sahar Poursaffari ist aus dem Iran nach Österreich geflohen. Seit Jänner 2016 wohnt sie in einem Flüchtlingsheim in Wien. Sie hat in Teheran Softwareentwicklung studiert. Über ihre Erfahrungen berichtet sie in einem Interview mit ihrer Kollegin Susanna Eberl.

Susanna: Wie hast du von dem Projekt der „Gemeinnützigen Hilfstätigkeiten für AsylwerberInnen“ erfahren?
Sahar: Eine Helferin im Flüchtlingsheim hat mich bei einem Gespräch kennengelernt, wir haben über verschiedene Dinge geplaudert, unter anderem, was ich für eine Ausbildung habe. Eine Woche später hat sie mir vorgeschlagen, mich bei der Frauenabteilung zu melden und mich dort als Grafikerin vorzustellen. Also habe ich das getan. Allerdings hatte ich keine Ahnung, was die Abteilung so macht, das Einzige, was ich wusste, waren die Adresse, das Datum und die Wegbeschreibung dorthin.

Susanna: Wie war dein erster Eindruck, als du in die Frauenabteilung der Stadt Wien gekommen bist?
Sahar: Ich war sehr aufgeregt, da ich ja nicht wusste, was auf mich zukommt, aber ich habe dann die Chefin der Frauenabteilung, Marion Gebhart, und dich, meine zuständige Betreuerin, kennengelernt und war sehr erleichtert, wie nett ihr zu mir wart.

Susanna: Wurde dir erklärt, was die Frauenabteilung genau macht?
Sahar: Ich verstand anfangs sehr wenig, aber so viel, dass hier ausschließlich Frauen arbeiten, die andere Frauen unterstützen. Langsam habe ich mehr verstanden, zum Beispiel hast du mir das Organigramm der Abteilung gezeigt und gemeinsam haben wir uns im Internet Zuständigkeiten und Aufgaben angesehen und du hast sie mir erklärt.

Susanna: Was waren deine ersten Aufgaben in der Abteilung?
Sahar: Zusammen mit dir habe ich einen Zielekatalog zur Frauenabteilung mit vielen Zeichnungen und Fotos erstellt. Wir konnten uns dabei viel austauschen, vor allem über Unterschiede zwischen dem Iran und Österreich. Nach dem Zielekatalog habe ich ein Flugblatt mit dem Titel „Alle Menschen haben das Recht, ohne Gewalt zu leben“ und den Frauennotruf-Flyer gestaltet und in Farsi übersetzt.

Susanna: Was ist dein größter Gewinn durch deine Tätigkeit bei der Stadt Wien?
Sahar: Die Arbeit dort hat mir sehr geholfen, mein Deutsch zu verbessern. Außerdem hat es mir die Möglichkeit gegeben, mich zu integrieren und soziale Kontakte aufzubauen. Ich bin sehr stolz auf mich, dass ich das so gut geschafft habe, und ich konnte dadurch ein Stück meiner Selbstständigkeit zurückerlangen.

Eine der ersten Aufgaben von Sahar war die Mithilfe beim Erstellen des Zielekatalogs der MA 57.

Resümee von Susanna: Für mich war die Zeit mit Sahar eine große Bereicherung und ich freue mich, dass ich einen großartigen Menschen kennenlernen und anleiten durfte.

DR.IN MARION GEBHART
Leiterin der Frauenabteilung
der Stadt Wien

Alexandra Kromus

Der lange Weg zur Bürgermeisterin – Frauen in der (Lokal-)Politik

Im Jahr 1948 wurde in Niederösterreich mit Zenzi Hölzl (SPÖ) erstmals in der 2. Republik eine Frau als Bürgermeisterin angelobt. Zehn Jahre lenkte sie die Geschicke von Gloggnitz. Seitdem ist die Zahl der Ortschefinnen zwar gestiegen – aktuell werden 146 Gemeinden von Frauen geführt –, allerdings entspricht dies nur 7 % aller österreichischen Gemeinden. Kommunalpolitik liegt somit nach wie vor in Männerhand.

„Gerade deshalb, weil die Frau dem Mann zwar gleich ist, aber doch nicht mit ihm identisch“, sollte sie sich an der politischen Arbeit beteiligen. So kann sie *„Elemente verkörpern, die dem Mann fehlen, damit das Werk vollständig sein kann.“*

Die Arbeiterin Jeanne Deroin, die 1849 für das französische Parlament kandidierte, hätte wohl ihre Freude. Die Zahl der Frauen in der Politik hat sich seit damals gravierend erhöht.

Aber wirklich zufrieden können wir mit dem Ergebnis wohl auch nicht sein. Frauen sind in der Politik immer noch unterrepräsentiert und Frauen sind besonders auch als Ortschefinnen unterrepräsentiert. Die Zahl steigt zwar kontinuierlich – so amtierten im Jahr 1999 lediglich 45 Frauen als Bürgermeisterin –, aber in Anbetracht dessen, dass die Hälfte der Bevölkerung weiblich ist und es in Österreich 2.100 Gemeinden gibt, können 7 % aller Gemeinden, die sich in Frauenhand befinden, kein zufriedenstellendes Ergebnis sein.

Aus dem Jahr 1955: Österreichs erste Bürgermeisterin Zenzi Hölzl leitet eine ansonsten weitgehend mit Männern besetzte Gemeinderatssitzung im Rathaus von Gloggnitz.

ÖNB

Der sogenannte Gender Gap wird vor allem auch zwischen den Bundesländern ersichtlich. Niederösterreich weist mit 59 Bürgermeisterinnen (10 %) das Gros aus, in der Steiermark gibt es 17 Frauen in diesem Amt und in Kärnten gibt es acht Bürgermeisterinnen. Der Frauenanteil liegt in diesen beiden Bundesländern bei 6 %. Im Burgenland stehen sieben Frauen Gemeinden vor, Schlusslicht ist Salzburg mit nur 4 %. Insgesamt gilt: In Österreich heißen mehr Bürgermeister Josef (148), als es Bürgermeisterinnen (146) gibt!

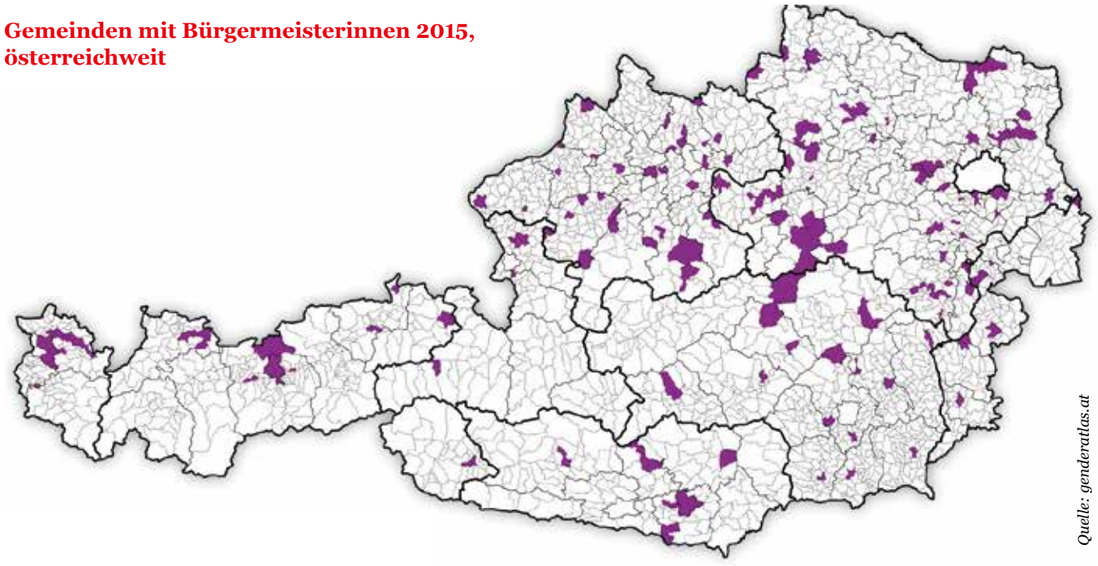
Sich in der Männerdomäne behaupten zu können und das Zeitmanagement werden häufig als die größten Hürden für Frauen, die sich für politische Ämter engagieren, genannt. Dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hier besonders schwierig ist, schlägt sich auf den Altersschnitt nieder. Mehr als die Hälfte der Bürgermeisterinnen sind über 50 Jahre – also in einem Alter, in dem die Kinder meist aus dem Haus sind. Auffallend ist, dass Frauen viel häufiger als Männer das BürgermeisterInnen-Amt hauptberuflich ausüben: Knapp die Hälfte ist hauptberuflich Bürgermeisterin, etwa 20 % arbeiten bis zu 50 Stunden pro Woche. Die Frauen sind auch besser gebildet als ihre männlichen Kollegen: 28 % haben Matura, 22 einen Hochschulabschluss.

Eine weitere große Barriere für Frauen in der Politik ist die fehlende soziale Absicherung. Eine Bürgermeisterin hat keinen Anspruch auf Karenz, auch eine Abfertigung steht ihr nicht zu. Eine einheitliche Regelung fehlt – für die Karenz gibt es in neun Bundesländern neun verschiedene Modelle.

Behindernde Rollenstereotype

Der Umstand, eine Frau zu sein, gilt noch immer als Hemmnis, um in einer Partei Erfolg zu haben. Politikerinnen werden nach wie vor aufgrund traditioneller Stereotype und Rollenzuschreibungen anders bewertet als ihre Mitbewerber. Rund um den „Internationalen Frauentag“ 2016 war die – mediale – Aufregung groß: Die Woche davor hatte Carmen

Gemeinden mit Bürgermeisterinnen 2015, österreichweit



Quelle: genderatlas.at

Um die Jahrtausendwende gab es in Österreich nur 45 Bürgermeisterinnen, die 2.314 Bürgermeistern gegenüberstanden. Die Zahl der Bürgermeisterinnen ist in Österreich seitdem angestiegen, jedoch nicht in allen Bundesländern gleichermaßen. Die erste Bürgermeisterin im Bundesland Salzburg wurde erst im Jahr 2004 im Pinzgau angelobt, 56 Jahre nach der Pionierin Zenzi Hölzl.

Willi ihren Rücktritt als Bürgermeisterkandidatin in Egg in Vorarlberg bekannt gegeben. Als Mutter von drei kleinen Kindern sei sie für dieses Amt ungeeignet, wurde ihr erklärt. Wie sie sich das Amt in der Praxis vorstelle, darauf wurde erst gar nicht eingegangen. Es scheint in der Tat unglaublich, dass es im Jahr 2016 eine Rechtfertigung braucht, als Mutter berufstätig zu sein und ein öffentliches Amt zu bekleiden. Das Beispiel Egg zeigt, wie weit Gleichberechtigung und Gleichstellung voneinander entfernt sind.

Eine Frauenquote in der Politik wäre eine mögliche Lösung für das Dilemma, denn wo keine Frauenquote, ist häufig eine bis zu hundertprozentige Männerquote zu finden.

Förder- und Mentoring-Programme, Frauenakademien und Lehrgänge für (angehende) Politikerinnen gibt es bereits. All diese Maßnahmen sind richtig und wichtig, ändern aber die Struktur nicht. Gemessen an den Jahrzehnten vor 1980 hat sich das Gesicht der Politik deutlich verweiblicht. Jedoch der Blick, nicht nur in die Geschichte, sondern gerade auch in die Gegenwart zeigt, wie lang der Atem für politisch aktive Frauen noch sein muss.

Tipp „genderATlas“:
In welchen und wie vielen Gemeinden gibt es Bürgermeisterinnen? Diese und viele weitere geschlechterspezifische Daten bereitet die Website genderATlas auf und stellt sie öffentlich zur Verfügung. Die Technische Universität Wien hat in Kooperation mit der Universität Wien und der ÖIR Projekthaus GmbH diesen österreichischen Online-Atlas zu geschlechterspezifischen Themen (Arbeit, Bildung, Mobilität, Einkommen, Politik und Gesellschaft) ins Leben gerufen. Im Rahmen des Projekts werden geschlechterrelevante Daten und Informationen aufbereitet und anhand einer interaktiven digitalen Landkarte visuell dargestellt. Eine dieser Landkarten zeigt österreichweit die Anzahl der Ortschefinnen. Jede Gemeinde, die unter weiblicher Führung ist, wird auf der interaktiven Landkarte farblich hervorgehoben. Der österreichische Online-Atlas ist als Analyse- und Arbeitsinstrument aufgebaut und bezweckt die vereinfachte Darstellung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen in ihren Lebenswelten.

MAG.A MARTINA EIGELSREITER
leitet das Büro für Diversität der Stadt St. Pölten. Dieses bündelt derzeit die Aufgabenbereiche Frauen, Menschen anderer Herkunftsländer, Menschen mit Behinderung, sexuelle Identität und den Bereich Weltanschauung & Weltreligionen.

Gender Budgeting in Wien

Gender Budgeting ist in Österreich ein umstrittenes Thema. So ist es zwar seit dem Jahr 2009 gesetzlich vorgeschrieben, bei der Implementierung in die öffentlichen Haushalte besteht jedoch Verbesserungspotenzial. Fehlende „Handlungsanleitungen“ erschweren die Umsetzung. Im Folgenden werden daher Bausteine für ein funktionierendes Gender Budgeting aus Sicht der Stadt Wien zusammengefasst.

Österreich ist einer der wenigen Staaten, in denen Gender Budgeting per Gesetz vorgeschrieben ist. Konkret besteht seit dem Jahr 2009 im Bundes-Verfassungsgesetz die Bestimmung des Art. 13 Abs. 3, wonach Bund, Länder und Gemeinden bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben haben. In den Erläuterungen wird zu diesem Artikel das Instrument „Gender Budgeting“ zur Erreichung dieser Zielbestimmung definiert.

Mangels entsprechender Sanktionsmechanismen gilt diese Gesetzesbestimmung zwar für Bund, Länder und Gemeinden, eine Nicht-Umsetzung von Gender Budgeting wird allerdings (noch) nicht geahndet. Hinzu kommt, dass ein „Patentrezept“ zur Implementierung von Gender Budgeting nicht existiert und der Interpretationsspielraum, ab wann die Bestimmung nach Art. 13 Abs. 3 B-VG als erfüllt gilt, relativ breit ausgelegt werden kann.

Dementsprechend unterschiedlich stellt sich innerhalb Österreichs daher auch der Umsetzungsgrad dar. Während beim Bund im Rahmen der Wirkungsorientierung von jedem Ministerium pro Jahr von insgesamt fünf festzulegenden Wirkungszielen mindestens ein Gleichstellungsziel vorzulegen ist, reicht der Umsetzungsgrad von Gender Budgeting innerhalb der Länder und Gemeinden von vollständiger Implementierung im Haushalt über Teilumsetzung auf Sachgebietsebene und Projekt- bzw. Pilotstatus bis hin zu

Bilderbox/Erwin Wodicka

Die Gleichstellung der Geschlechter beginnt mit der geschlechtergerechten Verteilung der öffentlichen Budgets.

jenen Gebietskörperschaften, in denen das Thema gänzlich ignoriert wird.

Die Vermutung liegt auch nahe, dass ein nach wie vor weit verbreitetes tradiertes Rollenverständnis und Klischeedenken und damit fehlendes Bewusstsein die Hauptgründe darstellen, wenn die Bereitschaft zur Umsetzung von Gender Budgeting im eigenen Bereich (des Landes oder der Gemeinde) fehlt. Bewusstseinsbildung und Sichtbarmachung von Gleichstellungsdifferenzen zählen daher mitunter zu den wichtigsten Schritten auf dem Weg zu einer gleichstellungsorientierten Haushaltsführung.

Budgets sind politische Prioritätensetzungen

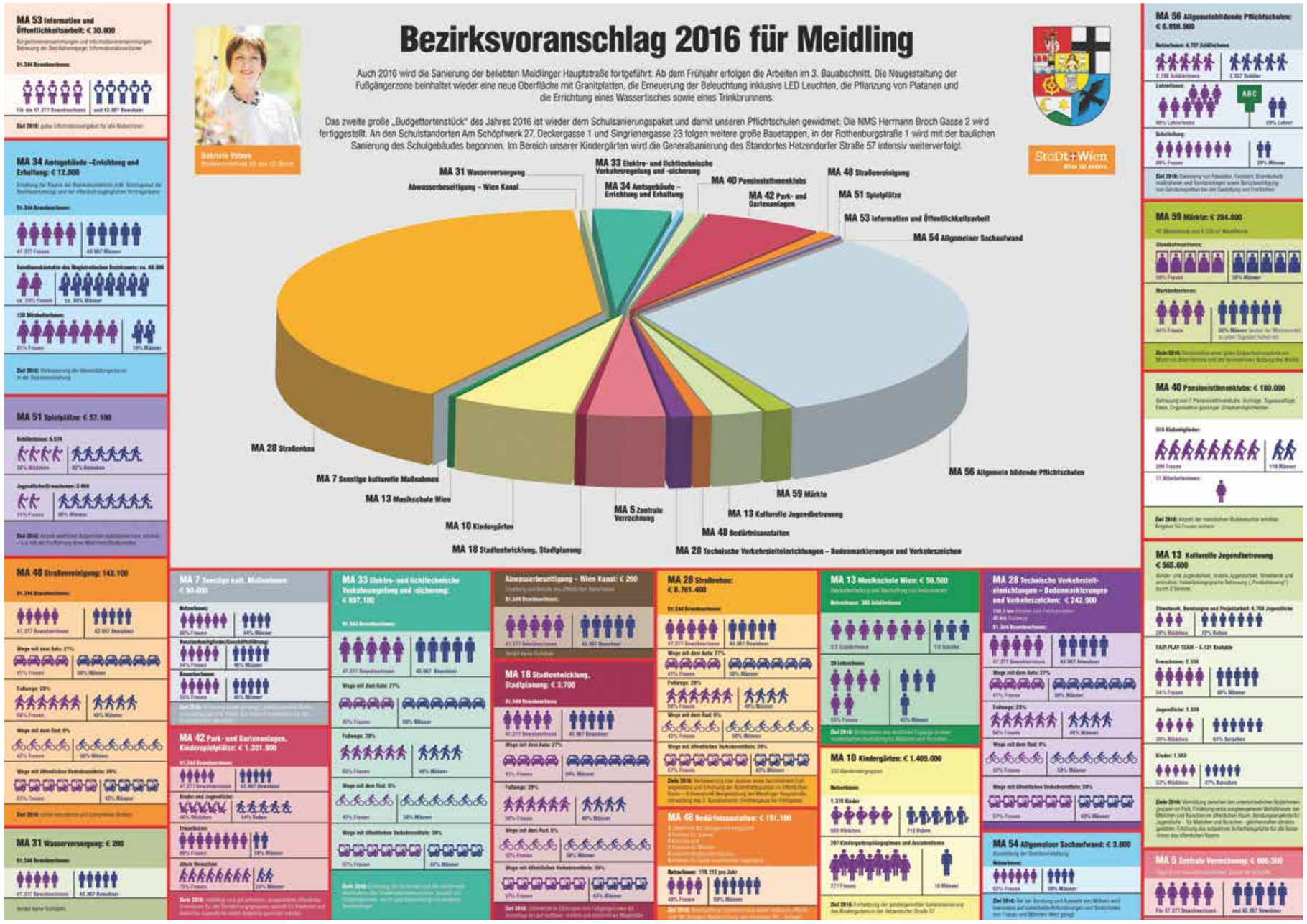
Fest steht, dass Gender Budgeting von der Politik „top down" in die Verwaltung getragen werden muss – Budgets sind politische Prioritätensetzungen, die wesentliche Effekte auf die Gesellschaft und die Lebensrealitäten der Frauen und Männer bewirken. Ein Bekenntnis der politischen Ebene zum bedarfsgerechten und gleichstellungsorientierten Budgeteinsatz stellt daher die Grundlage für Gender Budgeting dar.

Die Stadt Wien hat Gender Budgeting seit dem Voranschlag 2006 in den regulären Budgeterstellungsprozess integriert und führt Gender Budgeting seither über den kompletten Ausgabenbereich durch. Somit hält die Stadt Wien seit bereits 10 Jahren konsequent den Pfad der geschlechtergerechten Budgetpolitik ein und hat sich damit über die Stadt- und Staatsgrenze hinaus als ein Good-Practice-Beispiel etabliert.

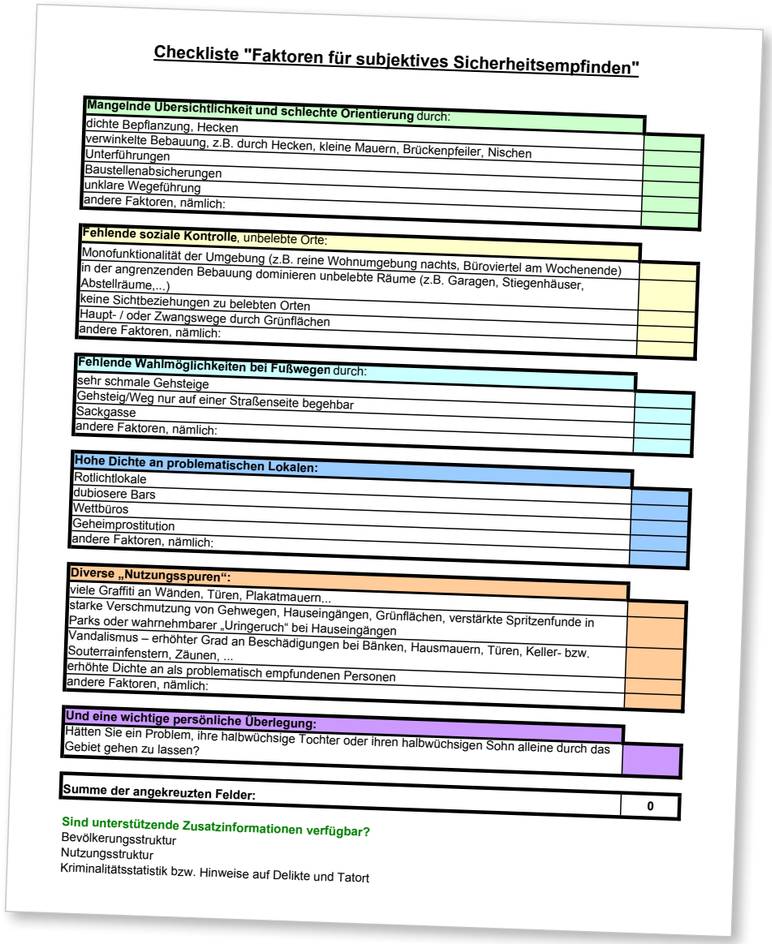
Wie funktioniert es also in Wien?

Der gleichstellungsorientierte Einsatz von öffentlichen Haushaltsmitteln soll Benachteiligungen bzw. Diskriminierungen von Geschlechtern abbauen, die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern in ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Belangen sichern und den gleichen Zugang zu öffentlichen Leistungen für Frauen und Männer, aber auch Mädchen und Burschen ermöglichen.

Spätestens hier werden meist die ersten kritischen Stimmen laut. Viel zu oft noch wird die Meinung vertreten, dass es z. B. beim Zugang zu öffentlichen Leistungen keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern gibt und dass „eh alle alles in Anspruch nehmen können". Dies mag ja auf den ersten schnellen Blick als richtig erscheinen – aber dieser Blick kann gewaltig täuschen. Gerade bei Leistungen, die aus der öffentlichen Hand kommen (monetäre Leistungen, Dienstleistungen u.v.m.), lohnt sich eine genaue Analyse und Erhebung der anspruchsberechtigten Zielgruppe. Nicht selten wird dabei erkannt, dass die Angebote gar nicht dort ankommen, wofür sie ursprünglich geplant waren.



Meidling zeigt jährlich anschaulich, wohin das Budget fließt, welche Maßnahmen umgesetzt werden und die zugehörigen NutzerInnengruppen. In vielen Bereichen können von einer Maßnahme mehrere Gruppen betroffen sein: Wie wirken sich z. B. Maßnahmen im Bereich Kindergarten/Schulen auf die Kinder, Eltern und/oder das Lehrpersonal aus? Im Bereich Mobilität/öffentlicher Raum sind Personen wiederum je nach ihrer Verkehrsmittelwahl (Öffis, Fahrrad, zu Fuß) von der jeweiligen Maßnahme betroffen. Gendersensible Erhebungen aller möglichen NutzerInnengruppen sind daher für ein gutes Gender Budgeting unabdingbar.



Checkliste "Faktoren für subjektives Sicherheitsempfinden"

Mangelnde Übersichtlichkeit und schlechte Orientierung durch:	
dichte Bepflanzung, Hecken	
verwinkelte Bebauung, z.B. durch Hecken, kleine Mauern, Brückenpfeiler, Nischen	
Unterführungen	
Baustellenabsicherungen	
unklare Wegeführung	
andere Faktoren, nämlich:	
Fehlende soziale Kontrolle, unbelebte Orte:	
Monofunktionalität der Umgebung (z.B. reine Wohnumgebung nachts, Büroviertel am Wochenende)	
in der angrenzenden Bebauung dominieren unbelebte Räume (z.B. Garagen, Stiegenhäuser, Abstellräume,...)	
keine Sichtbeziehungen zu belebten Orten	
Haupt- / oder Zwangswege durch Grünflächen	
andere Faktoren, nämlich:	
Fehlende Wahlmöglichkeiten bei Fußwegen durch:	
sehr schmale Gehsteige	
Gehsteig/Weg nur auf einer Straßenseite begehbar	
Sackgasse	
andere Faktoren, nämlich:	
Hohe Dichte an problematischen Lokalen:	
Rotlichtlokale	
dubiosere Bars	
Wettbüros	
Geheimprostitution	
andere Faktoren, nämlich:	
Diverse „Nutzungsspuren":	
viele Graffiti an Wänden, Türen, Plakatmauern...	
starke Verschmutzung von Gehwegen, Hauseingängen, Grünflächen, verstärkte Spritzenfunde in Parks oder wahrnehmbarer „Uringeruch" bei Hauseingängen	
Vandalismus – erhöhter Grad an Beschädigungen bei Bänken, Hausmauern, Türen, Keller- bzw. Souterrainfenstern, Zäunen, ...	
erhöhte Dichte an als problematisch empfundenen Personen	
andere Faktoren, nämlich:	
Und eine wichtige persönliche Überlegung:	
Hätten Sie ein Problem, ihre halbwüchsige Tochter oder ihren halbwüchsigen Sohn alleine durch das Gebiet gehen zu lassen?	
Summe der angekreuzten Felder:	0

Sind unterstützende Zusatzinformationen verfügbar?
Bevölkerungsstruktur
Nutzungsstruktur
Kriminalitätsstatistik bzw. Hinweise auf Delikte und Tatort

Auch wenn die Fragestellung „WER bekommt WAS und WARUM?" eigentlich ganz einfach klingt, stellt sich die Beantwortung dann doch nicht so leicht dar.

Datenerhebung Um und Auf

Die Erhebung von Daten rund um die Nutzerinnen und Nutzer (sowohl der anzusprechenden als auch jener Personen, die das Angebot tatsächlich in Anspruch nehmen!) in gendersensibler Form ist das Um und Auf von Gender Budgeting. Denn nur so kann sichtbar gemacht werden, wo die Leistungen tatsächlich hinfließen und was sie dort bewirken. Und nur so können steuernde Maßnahmen in Richtung Gleichstellung in die Wege geleitet werden.

Bei der gendersensiblen Datenerhebung ist abzuwägen, welche Dateninhalte sinnvoll und notwendig sind. Selbsterklärend ist, dass in allen Datenerhebungen eine Trennung der Personendaten in der Kategorie Geschlecht stattfinden muss, jedoch werden in vielen Fällen auch Informationen über die Altersgruppe, Mobilität, Lebensstand etc. benötigt.

Sobald Ergebnisse aus der Zielgruppen- bzw. Genderanalyse vorhanden sind, folgt entsprechend den sichtbar gewordenen Gleichstellungsmängeln eine Zielformulierung. Dieses Ziel könnte z. B. in jenen Fällen, in denen Leistungen nachweislich nur zu einem Teil von der eigentlichen Zielgruppe in Anspruch genommen werden, so formuliert werden, dass der Ausnutzungsgrad dieses Angebotes durch die anspruchsberechtigte Personengruppe erhöht wird.

Damit diese Zielformulierung nicht nur eine hohle Hülle bleibt, müssen dahinter entsprechende Maßnahmen überlegt werden, wie das bestehende Angebot/die bestehende Leistung abgeändert werden kann, um eine Steuerung in die gewünschte Zielrichtung zu bewirken.

Gender-Checklisten fix einplanen

Bei der Gestaltung von neuen Angeboten/Leistungen oder der Umsetzung von neuen Projekten sollte dem Gendergedanken bereits in der Planung entsprechendes Gewicht beigemessen werden. So können z. B. „Gender-Checklisten" als fixer Bestandteil im Planungsprozess integriert werden. Derartige Genderchecks finden in der Stadt Wien einerseits bei Stadtplanungsprozessen, im Straßenbau, der Beleuchtung etc. Anwendung, andererseits werden aber auch im Förderbereich bereits im Antragsverfahren Genderaspekte abgefragt und berücksichtigt.

Eine regelmäßige Überprüfung und Evaluierung des Leistungsangebotes gewährleistet den Blick auf dessen Aktualität in Bezug auf Gendergerechtigkeit. Zur Überprüfung werden vorab definierte Indikatoren benötigt, mit Hilfe derer die Wirksamkeit der eingesetzten Maßnahmen gemessen werden kann. Diese Kennzahlen können sich je nach Messbarkeit auf Inputgrößen (Mitteleinsatz) oder Outputgrößen (unmittelbare Ergebnisse wie z. B. TeilnehmerInnenzahlen) beziehen. Die Suche und Entwicklung von Indikatoren stellt immer wieder eine besondere Herausforderung dar. Während quantitative Indikatoren, wie z. B. „Köpfezählen", vergleichsweise noch recht einfach festzulegen sind, wird es bei der Beurteilung von qualitativen Indikatoren schon etwas komplexer. Denn wie und womit kann die Qualität und damit die Wirkung einer Maßnahme bewertet werden? Unterschiedliche Betrachtungsweisen können hier schnell zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Sichtbare bzw. merkbare Veränderungen können in vielen Fällen auch erst nach einem längeren Zeitraum deutlich zum Vorschein kommen. Immerhin handelt es sich um ein Aufbrechen von lang entwickelten Rollenbildern, in den Gesellschaften fest verankerten Klischees u. ä., deren Aufweichen dementsprechend Zeit beanspruchen wird. Geduld ist in diesem Bereich daher ein wichtiger Erfolgsfaktor. Zugleich ist eine Überprüfung in regelmäßigen Abständen auch notwendig, um eventuelle unerwünschte Wirkungen zeitgerecht stoppen und gegensteuern zu können.

Für die Dokumentation zu Gender Budgeting gibt es unterschiedliche Möglichkeiten. In der Stadt Wien wird jährlich zum Voranschlag ein Bericht hinsichtlich der geplanten Maßnahmen und zum Rechnungsabschluss ein Bericht über die umgesetzten Maßnahmen erstellt. Diese Berichte werden als fixer Bestandteil des Budgets bzw. des Rechnungsabschlusses dem Gemeinderat vorgelegt und stehen nach Beschlussfassung im Internet zum weltweiten Zugriff zur Verfügung.

Vorreiterbezirk Meidling

Eine optisch aufbereitete Form für die Darstellung von Gender Budgeting hat der 12. Wiener Gemeindebezirk gewählt. Die Bezirke sind für ausgewählte Angelegenheiten dezentral zuständig und werden dafür aus dem Gemeindebudget mit Finanzmitteln ausgestattet. Meidling hat sich im Rahmen seines Bezirksbudgets ebenfalls seit dem Voranschlag 2006 dazu entschlossen, Gender Budgeting durchzuführen. Aufgrund der deutlich kleineren Verwaltungseinheit (in Bezug auf Bevölkerungszahl, Fläche, Aufgaben, Finanzmittel etc.) gestaltet sich die Analyse der Zielgruppen und die Feststellung von geschlechtsspezifischen Unterschieden bei der Inanspruchnahme der angebotenen Leistungen etwas einfacher als im Vergleich zur gesamten Stadt Wien. Für die Dokumentation von Gender Budgeting hat sich Meidling eine grafische Darstellung überlegt. In einem Kreisdiagramm werden die Ausgaben der Höhe nach in verschiedenfarbige „Tortenstücke" unterteilt. Rund um diesen Kreis findet sich zu jeder Farbe passend eine Legende, in der sowohl die für das Berichtsjahr geplante Maßnahme in kurzen Worten erklärt als auch auf die geschlechtsmäßige Verteilung der NutzerInnen mittels Piktogrammen hingewiesen wird. Hier zeigt sich nun deutlich, dass es bei Gender Budgeting nicht nur um die Unterteilung des Geschlechts in Frau/Mann geht, sondern je nach Angelegenheit auch eine Betrachtung des Alters, der Mobilität etc. zur Beurteilung von Gleichstellung erforderlich ist.

Diese Grafik wird jährlich aktualisiert und als großes Plakat in den Räumlichkeiten der Bezirksvorstehung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Nebenbei sei erwähnt, dass Meidling mit knapp über 90.000 Personen über mehr EinwohnerInnen als die meisten Gemeinden Österreichs verfügt.

Gender Budgeting als Selbstverständlichkeit

Gender Budgeting sollte eine selbstverständliche Grundlage aller Entscheidungen zum Umgang mit öffentlichen Haushaltsmitteln sein. Mit der Bestimmung in der Bundesverfassung hat Österreich einen wichtigen Schritt in diese Richtung getan. Nun ist es an den Ländern und Gemeinden, diese Bestimmung umzusetzen. Denn besonders in wirtschaftsschwachen Zeiten, in denen mit knappen Ressourcen auszukommen ist, kommt der Prioritätensetzung unter Berücksichtigung der Gleichstellung von Frauen und Männern eine spezielle Bedeutung zu.

MICHAELA SCHATZ
Leiterin des Referates Gender Budgeting sowie des Referates Haushalt und Steuerung in der Magistratsabteilung 5 – Finanzwesen der Stadt Wien

Claudia Altmann-Pospischek

Erfolgsprojekt: Wiener Neustädter Frauentreff

Wiener Neustadt ist frauenfreundlich, kommunikativ und bunt. Warum? Weil Frauenthemen in der Stadtpolitik eine wichtige Rolle spielen. Kernstück der engagierten Arbeit ist der Frauentreff, der nicht nur mit interessanten Informationen aufwartet, sondern auch zur Mitgestaltung auf verschiedenen Ebenen einlädt.

„Es kann nicht angehen, dass Frauenanliegen nicht oder nur unzureichend behandelt werden, dass ihre Perspektiven kaum oder gar keine Beachtung finden, dass schlichtweg über ihre Köpfe hinweg entschieden wird“, hält Frauenstadträtin Margarete Sitz fest. Sie fungiert nicht nur als politisch Verantwortliche, sondern ist auch Ideengeberin und Motor einiger gelungener Initiativen. Bestes Beispiel: der Wiener Neustädter Frauentreff.

Frauen wollen gehört werden

Mit dem Ziel vor Augen, Frauen an einen Tisch zu bringen, sie zu vernetzen, über aktuelle Themen zu diskutieren, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, startete Sitz gemeinsam mit ihrem kleinen Team bestehend aus Frauenbeauftragter Claudia Auer-Deutsch und einigen engagierten Frauen (z. B. Vertreterinnen des Vereins Wendepunkt oder des Ingenieurbüros Planung & Vielfalt usw.) im Herbst 2015 ein Vorzeigeprojekt. Die Stadträtin dazu: „Frauen ticken anders. Frauen haben spezifische Themen. Frauen wollen gehört werden. Aus all diesen guten Gründen haben wir uns entschlossen, in die Offensive zu gehen und eine Plattform für einen wertvollen Gedankenaustausch zu schaffen. Schließlich soll auch die weibliche Hälfte der Bevölkerung in unserer Stadt entsprechend mitgestalten.“

V. l. n. r.: Frauenbeauftragte Claudia Auer-Deutsch, Bürgermeister Klaus Schneeberger und Frauenstadträtin Margarete Sitz beim ersten Frauentreff

Von der ersten Stunde an fand sie dabei in Bürgermeister Klaus Schneeberger einen beherzten Fürsprecher. „Unser Stadtoberhaupt hat erkannt, welches Potenzial hier schlummert, und hat unsere Aktionen stets unterstützt“, betont Sitz anerkennend.

Festlegung einer Zukunftsagenda

Der Auftakt im September letzten Jahres stand ganz im Zeichen eines ersten Kennenlernens und Festlegens der zukünftigen Marschrichtung. „Wir hatten keine Ahnung, ob unsere Veranstaltung auf Zuspruch trifft, wussten nicht, ob und wie viele Interessierte kommen, und konnten auch nicht abschätzen, wie die interne Kommunikation läuft“, erinnert sich Margarete Sitz mit einem Lächeln an die vielen großen Anfangsfragezeichen. Doch alle Sorgen entpuppten sich als unbegründet. „Wir hatten volles Haus – ein kunterbuntes Publikum. Die Mädchen und Frauen genossen die Gespräche an den Tischen und am Ende des Abends kamen die Moderatorinnen kaum nach, die zahlreichen Wünsche, Probleme und Vorschläge auf den Flipchart-Bögen zu notieren. Die Zukunftsagenda war festgelegt.“

Welche Punkte wurden angesprochen? In erster Linie gab es einen lauten Ruf nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch bessere städtische Mobilitätsmöglichkeiten oder leistbare Freizeitangebote wurden gefordert. Alle Ergebnisse landeten schließlich auf dem Schreibtisch der Stadtführung – mit der Bitte um dringende Erledigung. Der Umsetzungsprozess ist mittlerweile in vollem Gange. Besser hätte die Premiere nicht laufen können.

Aus- und Weiterbildung für bessere Perspektiven

Der zweite Frauentreff war dem weiten Feld der Aus- und Weiterbildung gewidmet. Nicht zuletzt deshalb, weil die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen noch immer eklatant auseinanderklafft, wie Statistiken belegen. So verdienen Frauen in der Stadt Wiener Neustadt um rund 25 % weniger als ihre männlichen Kollegen, im Bezirk liegt der Durchschnitt sogar bei 30 %. „Diesem Ungleichgewicht gilt es mit Frauenförderprogrammen zu begegnen, denn eine höhere Qualifikation ist in erster Linie Grundlage für ein lebenssicherndes Einkommen, für bessere Karrierechancen und neue Berufsperspektiven“, bringt Sitz die Intention der Folgeveranstaltung auf den Punkt. Die zahlreichen interessierten Teilnehmerinnen erhielten auf ihre brennenden Fragen kompetente Antworten von den Expertinnen des Arbeitsmarktservice, der Arbeiterkammer sowie der abz* Bildungsberatung NÖ. Somit hatte auch der erste spezifische Themenabend seine Feuertaufe bestanden.

Vereinte Frauenpower beim „Markt der Möglichkeiten“: v. l. n. r. Ingrid Wehrl (Help4Ghana), Frauenstadträtin Margarete Sitz, Historikerin Sabine Schmitner, Christine Refaei (ebenfalls Help4-Ghana) und Bundesrätin Ingrid Winkler

Magistrat Wiener Neustadt (2)

Dialog zwischen Mütter- und Töchtergenerationen

Mit der dritten Auflage beschritten die Organisatorinnen ganz neue Wege – nämlich die der Biografiearbeit. Diesmal diente „Meine Träume, Deine Träume“ als plakativer Aufhänger. Im Rahmen eines Erzählcafés in gemütlicher Atmosphäre tauschten sich Mütter- und Töchtergenerationen (Mädchen und Frauen zwischen 12 und 90 Jahren) über ihre Lebensträume und -realitäten aus. „An diesem Abend durften wir an vielen persönlichen Schicksalen teilhaben. Es prasselte eine Fülle an Emotionen auf uns ein und schließlich hatten wir das Gefühl, uns bereits seit langer Zeit zu kennen“, beschreibt Sitz die wunderbare Grundstimmung. Es sei schließlich wichtig, Erfahrungen weiterzugeben, von anderen Generationen zu lernen und den Dialog zu forcieren.

Der vierte Frauentreff fand Ende September statt und beschäftigte sich – aus aktuellem Anlass – mit „Flucht“ und „Integration“. Betroffene Frauen berichteten an Erzähltischen aus ihrem Alltag und es wurden Zahlen, Daten und Fakten rund um weibliche Flüchtlinge in Wiener Neustadt präsentiert. Angesprochen auf die Vielseitigkeit der Treffen, erklärt die Frauenstadträtin: „Gerade dieser Themenmix macht den Reiz unserer Veranstaltungsreihe aus. Außerdem sprechen wir damit erfreulicherweise immer ein neues Publikum an.“ Es gebe aber auch bereits eine „Stammgruppe, die uns treu begleitet“, erwähnt die Stadtpolitikerin nicht ohne Stolz.

„Markt der Möglichkeiten“ zeigte Angebotsspektrum

„Wir haben bereits sehr früh erkannt, dass Mädchen und Frauen über das breite Spektrum an Angeboten in unserer Stadt nur rudimentär Bescheid wissen. Deshalb war es uns ein besonderes Anliegen, frauenspezifische Themenbereiche ins rechte Licht zu rücken und bekannter zu machen“, erzählt Frauenbeauftragte Claudia Auer-Deutsch über die umfassende Messe, die dieses Jahr anlässlich des Internationalen Frauentages stattfand. Unter dem bezeichnenden Titel „Markt der Möglichkeiten“ gab es alles, was Frau interessiert: von Ständen und Vorträgen über ein Begegnungscafé und Kurz-Workshops bis hin zu einer Suche-Biete-Ecke und kulinarischen Köstlichkeiten. Der Fokus lag auf den Feldern „Gesundheit/Ernährung“, „Beruf/Bildung“, „Vereinbarkeit/Kinderbetreuung“, „Freizeit/Sport“ sowie „Frauenspezifische Beratung“. „Es gelang uns, im Rahmen unserer gut frequentierten Messe zu zeigen, welche Chancen den Frauen in unserer Stadt offenstehen. Es ging in erster Linie darum, mit der weiblichen Bevölkerung unkompliziert ins Gespräch zu kommen, ein Hineinschnuppern da und dort zu ermöglichen und ein geeignetes Netzwerk aufzubauen“, zieht Frauenstadträtin Margarete Sitz positive Bilanz. Nachsatz: „Und mit diesem Erfolg im Gepäck macht der Aufstieg zu neuen Herausforderungen gleich noch mehr Freude!“

MAG.A CLAUDIA ALTMANN-POSPISCHEK
Freie Journalistin,
41, aus Wiener Neustadt,
Medienarbeit für den WN Frauentreff

Beatrice Schlögl

Lisa Gensluckner

Gemeinsam statt einsam?! Ein Netzwerk für Frauen in Innsbruck

Seit Dezember 2014 gibt es in Innsbruck ein frauenspezifisches Netzwerk, die „Frauenvernetzungsgruppe für Begegnung und Austausch“. Frauen mit sehr unterschiedlichen Hintergründen setzen sich gemeinsam für die Anliegen von Frauen ein, und zwar in enger Kooperation mit der Stadt Innsbruck.

Barrieren für eine gelingende Zusammenarbeit

In einer Stadt wie Innsbruck setzen sich viele Frauen – als Wissenschaftlerinnen, Künstlerinnen, Sozialarbeiterinnen, Politikerinnen, Aktivistinnen etc. – in sehr unterschiedlichen Bereichen und mit jeweils ganz spezifischen Mitteln für die Anliegen und Rechte von Frauen und Mädchen ein. Die Kontexte ihres Engagements sind ebenso unterschiedlich wie ihre Zugänge zu Gleichberechtigung, Feminismus und Frauenbewegung. Sie alle sind Teil eines sehr heterogenen Mosaiks, das für die Lebensqualität von Frauen und Mädchen in einer Stadt eine große Bedeutung hat. Und nicht zuletzt leisten sie alle einen wichtigen Beitrag für eine demokratische, auf Gleichberechtigung und Grundrechten beruhende Entwicklung der Gesellschaft.

Austausch untereinander, Vernetzung und gemeinsame Aktionen finden in der Regel sehr selten statt oder sind auf das eigene religiös-kirchliche, universitäre, parteipolitische oder – wie im Bereich der Sozialarbeit – berufsgruppenspezifische Umfeld begrenzt. Begegnung, Austausch und Vernetzung werden noch komplizierter, wenn es darum geht, jene Stimmen sichtbar und hörbar werden zu lassen, die in der Gesellschaft aufgrund von unterschiedlichen Diskriminierungen und Vorurteilen marginalisiert sind. Frauen mit Migrationsgeschichten, die oft für das Gemeinwesen hervorragende Integrationsarbeit für und mit Migrantinnen leisten, Frauen mit Behinderungen, die sich für ihre Rechte engagieren, oder Frauen, die sich gegen die Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung einsetzen, sind oft auch in frauenspezifischen, frauenpolitischen oder feministischen Kontexten kaum vertreten. Gesellschaftliche Diskriminierung wirkt in allen Lebensbereichen, oft auch sehr unbewusst. So sind für die Möglichkeiten von Begegnung und Austausch oft schon so banale Dinge wie ein barrierefreier Zugang oder eine speziell ausgesprochene, mehrsprachige Einladung ausschlaggebend, ganz abgesehen von der Auseinandersetzung mit den Hürden, die eigene Vorurteile und Bilder mit sich bringen.

Monika K. Zanolin

Die Frauenvernetzungsgruppe für Begegnung und Austausch in der Gründungsphase

„Frauenvernetzungsgruppe für Begegnung und Austausch“

Vor diesem Hintergrund vielfacher Barrieren initiierte der Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft – AEP, der sich seit mehr als vier Jahrzehnten für die Rechte von Frauen einsetzt, gemeinsam mit der Initiative Minderheiten Tirol im Dezember 2014 eine Gesprächsrunde für Frauen mit dem Titel „Begegnung – Austausch – Vernetzung“.

Dieser ersten Einladung folgten ca. 30 Frauen aus sehr unterschiedlichen Bereichen. Daraus hervorgegangen ist eine unabhängige Plattform unter dem Namen „Frauenvernetzungsgruppe für Begegnung und Austausch“, der mittlerweile mehr als 80 Einzelpersonen/Frauen angehören, die rund 40 Organisationen/Initiativen/Vereine repräsentieren.

Eine der Stärken dieser Vernetzungsgruppe liegt darin, dass erstmals in dieser Breite Frauen mit sehr unterschiedlichen Hintergründen zusammentreffen, um sich gemeinsam für die Anliegen von Frauen einzusetzen. Was Frauen sonst oft voneinander trennt – beispielsweise der sogenannte „Migrationshintergrund“, die Religionszugehörigkeit oder das Tragen eines Kopftuches in einer von Rassismus gekennzeichneten Gesellschaft – ist Ausgangspunkt für die Vernetzungsgruppe. Ein Ziel ist es daher auch, Vorurteile abzubauen und sich gegenseitig zu informieren über die eigenen Schwerpunkte des Engagements für Frauen und über unterschiedliche Lebensbedingungen, z. B. von Frauen mit Migrationsgeschichten, lesbischen Frauen oder Frauen mit Behinderungen. Für diesen Austausch gibt es regelmäßige, ca. alle 6 bis 8 Wochen stattfindende moderierte Gesprächsrunden in der barrierefrei zugänglichen Räumlichkeit der Öffentlichen Bibliothek des AEP. Sie sind offen für alle interessierten Frauen – jede (!) Frau ist herzlich willkommen. Gebärdensprachdolmetsch oder sonstige Unterstützung (z. B. Lautsprechanlage für schwerhörige Menschen, Schriftdolmetsch, …) werden bei Bedarf organisiert.

Die Gesprächsrunden dienen somit zur gegenseitigen Sensibilisierung und zum inhaltlichen Austausch, gelegentlich werden für spezielle Themenschwerpunkte auch externe Referentinnen eingeladen. Eine Grundidee dabei ist es, dass jede beteiligte Frau in ihren jeweiligen Wirkungsbereich weiterträgt, was sie aus der Frauenvernetzungsgruppe an Sensibilität für Diversität erfahren und gelernt hat. Andererseits werden in diesen Gesprächsrunden auch gemeinsame Aktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit für die Anliegen von Frauen geplant.

Bündelung des Potenzials von Vielfalt – Kooperation statt Konkurrenz

Das mittlerweile sehr gut funktionierende und vielseitige Netzwerk ist nach außen hin insbesondere zum Internationalen Weltfrauentag am 8. März sowie zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November aktiv. Seit mittlerweile zwei Jahren gibt es nun z. B. in Innsbruck ein breit verteiltes Programmheft zu unterschiedlichen Aktivitäten rund um den Internationalen Frauentag. Das Programmheft wird von der Frauenvernetzungsgruppe koordiniert, Termine werden auch hier im Vorfeld abgestimmt und gegenseitig mitbeworben. Das Programm macht die Vielfalt an frauenspezifischen Aktivitäten in Innsbruck sichtbar und reicht von Angeboten des Weltgebetstags der Frauen, migrantischer Vereine, politischer Parteien oder autonom-feministischer Organisationen bis hin zu den Aktivitäten der Stadt Innsbruck.

Die sehr gute Zusammenarbeit mit der Stadt Innsbruck war und ist eine der zentralen Grundbedingungen, die die Gründung und den Aufbau dieses Netzwerkes überhaupt erst ermöglicht haben. Die auch für Frauenfragen zuständige Vizebürgermeisterin der Stadt Innsbruck, Mag.ª Sonja Pitscheider, hat diesen Vernetzungsprozess von Anbeginn an in vielfacher Weise unterstützt, z. B. in der Öffentlichkeitsarbeit. Auch hier steht Kooperation und gegenseitige Unterstützung für die Anliegen von Frauen im Vordergrund. Nicht zuletzt benötigt ein gut funktionierendes Netzwerk aber auch eine finanzielle Unterstützung durch die Stadt Innsbruck und das Land Tirol, u. a. für Koordinationstätigkeiten, Barrierefreiheit oder spezifische Vorhaben. Die Gründung und der Aufbau eines solchen Netzwerkes sind alles andere als selbstverständlich, auch an inhaltlichen Fragen und Meinungsverschiedenheiten kann Vernetzung leicht scheitern. Umso wichtiger sind eine auf Kontinuität und Transparenz aufbauende Kommunikationsstruktur sowie eine gute Moderation – auch dafür braucht es finanzielle Ressourcen.

Daniel Jarosch

Arbeitsgruppe für Öffentlichkeits- und Pressearbeit

Weitere Informationen:
Webseite: www.aep.at/frauenvernetzung/
Facebook: Frauenvernetzungsgruppe für Begegnung und Austausch

MAG.ª LISA GENSLUCKNER
Politikwissenschafterin;
tätig als Koordinatorin der Frauenvernetzungsgruppe und Mitarbeiterin im Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft – AEP; Geschäftsführerin der Initiative Minderheiten Tirol

Michael Haupt

Lucia Schnabl

Online-Informationsoffensive für Mädchen und Frauen

Dank des Internets war es noch nie so einfach wie heute, Informationen zu bekommen. Auch die Stadt Graz setzt auf die Digitalisierung von Inhalten. Durch den Launch der Webseite graz4girls und des Frauenkalenders konnten vor allem im frauenspezifischen Bereich Informationen gebündelt und Grazerinnen erreicht werden.

Berufliche, private und familiäre Verpflichtungen machen es vielen Menschen unmöglich, auch noch Informationsveranstaltungen und Vorträge zu besuchen. Vor allem Frauen leiden unter einer Mehrbelastung: Der Großteil an unbezahlten Tätigkeiten, wie Hausarbeit, Kinderbetreuung oder Pflege, wird nach wie vor von Frauen geleistet.

Die Zeit der Digitalisierung stellt in diesem Zusammenhang eine große Chance dar. Noch nie war es so einfach, Informationen zu bekommen. Nicht umsonst boomt das World Wide Web als alternative Informationsquelle: 81% aller Österreicherinnen und Österreicher sind mittlerweile mobil mit dem Internet verbunden (Mobile Communications Report 2015).

Die Kehrseite der Medaille ist jedoch, dass wir auch mit Informationen überflutet werden. Es wird immer schwieriger, die für eine spezielle Situation richtigen Auskünfte zu finden. Diese Tatsache hat sich auch in einer Befragung von Grazerinnen herauskristallisiert. „Wir haben Mädchen und Frauen über ihre Bedürfnisse und Wünsche befragt. Es hat sich herausgestellt, dass Graz über alle Einrichtungen verfügt, die benötigt werden. Die Mädchen und Frauen wissen aber trotzdem nicht, wohin sie sich wenden können“, so Dr.in Priska Pschaid, Leitung Referat Frauen & Gleichstellung.

Die richtige Anlaufstelle

Aus diesem Grund versteht sich die Stadt Graz hier als Wegweiserin. Informationskampagnen wurden gestartet, Adressfolder veröffentlicht. Einen besonderen Schwerpunkt setzt Graz allerdings auf Online-Aufklärung: Im April 2015 wurde der erste Teil der Online-Plattform www.graz.at/graz4girls veröffentlicht, zum Girls' Day 2016 folgte der Rest.

Frauenkalender: www.graz.at/frauenkalender
Alle Angebote für Mädchen und Frauen in Graz auf einen Blick

Die Webseite für Mädchen und junge Frauen enthält nicht nur wichtige Informationen rund um die Themen Feminismus, Gewalt, Schule, Beruf, Liebe, Sex, Beziehungen, Familie und Gesundheit, sondern auch Kontaktadressen von Anlaufstellen und Ansprechpersonen. Ein besonderes Anliegen war es dabei, die Webseite so jugendlich wie möglich zu gestalten – in einfacher Sprache und mit Memes. Die Resonanz nach dem Launch war durchgehend positiv – vonseiten der Jugendlichen wie auch der Einrichtungen. Aufgrund des großen Erfolgs wird derzeit auch ein eigener Facebook-Auftritt angedacht.

www.graz.at/graz4girls: Hier finden junge Grazerinnen Informationen und Anlaufstellen zu ihren Anliegen.

Alle Veranstaltungen auf einen Blick

Doch nicht nur die Webseite www.graz.at/graz4girls bündelt relevante frauenspezifische Angebote – auch der neue Grazer Frauenkalender verfolgt diesen Zweck. Unter www.graz.at/frauenkalender finden Grazerinnen seit Februar 2016 Veranstaltungen aller Frauenservice- und -beratungseinrichtungen der Stadt.

Die Einrichtungen tragen ihre Termine nach einer kurzen Schulung eigenständig ein, die Grazerinnen können anhand einer einfachen Suchmaske die für sie relevanten Termine einsehen. Untergliedert ist die Suchmaske in Zielgruppen, Monate und Themenbereiche, es gibt aber auch eine Suchleiste für Begriffe.

Derzeit speisen 27 Einrichtungen ihre Workshops, Kurse und Diskussionen in den Frauenkalender ein. Innerhalb der vergangenen acht Monate wurden insgesamt um die 400 Termine veröffentlicht. „Weil so viel Interesse besteht, haben wir auch weitere Anbieterinnen und Anbieter freigeschaltet“, so Pschaid. Bei Interesse reicht eine E-Mail an frauen.gleichstellung@stadt.graz.at.

Auch der Frauenkalender erntete durchweg positives Feedback. Er ist der erste seiner Art in ganz Österreich.

Ausblick

In den kommenden Monaten sollen noch weitere Online-Offensiven folgen. „Wir arbeiten derzeit an der Einrichtung einer Digitalen Ombudsfrau, aber auch ein Projekt zum Thema Sexismus ist geplant. Ebenso ausbauen möchten wir unseren Auftritt in den sozialen Medien, vor allem auf Facebook“, so Pschaid.

Die Digitale Ombudsfrau wird Mädchen und Frauen die Suche nach der richtigen Anlaufstelle anhand eines Entscheidungsbaums erleichtern. Als Hilfsplattform wird sie alle Grazer Frauenservice- und -beratungseinrichtungen miteinander vernetzen.

Hände hoch, wer Hilfe braucht – graz4girls
www.graz.at/graz4girls
Die Webseite bietet Anlaufstellen und Informationen für Mädchen und junge Frauen zu den Themen Feminismus, Gewalt, Schule, Beruf, Liebe, Sex, Beziehungen, Familie und Gesundheit.

LUCIA SCHNABL, MA
Stadt Graz, Referat Frauen & Gleichstellung; Webredaktion und Veranstaltungsorganisation

Foto Fischer

Seit wann arbeiten Frauen?

Ein Großteil der Menschen in Österreich geht davon aus, dass weibliche Erwerbstätigkeit ein historisch relativ junges Phänomen sei. Dieses Geschichtsbild hat Auswirkungen darauf, wie sich berufstätige Frauen in Österreich selbst erleben, wie sie gesehen werden, und prägte die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit. Ist dieses Bild aber richtig?

Die Historikerin Gerda Lerner – in Wien aufgewachsene Geschichtsprofessorin, 1938 geflohen, Pionierin der Frauengeschichtsforschung in den USA – hat einmal gemeint: „Jede Frau sollte mindestens ein Jahr lang Frauengeschichte studieren, egal, was sie sonst macht. Jede Frau ändert sich, wenn sie erkennt, dass sie eine Geschichte hat.“ Der Satz lässt sich selbstverständlich damit ergänzen, dass es für die ganze Gesellschaft von Vorteil ist, auch den Anteil von Frauen in der Geschichte wahrzunehmen. Die weitreichenden Auswirkungen für Frauen, ihre Geschichte zu kennen oder eben nicht zu kennen, lassen sich am Beispiel weiblicher Erwerbstätigkeit gut darstellen.

Arbeit oder Berufstätigkeit?

Wenn ich in Workshops oder Lehrveranstaltungen um Schätzungen bitte, wie viel Prozent der weiblichen Bevölkerung Wiens um 1900 für das eigene Überleben gearbeitet haben, schwanken die Schätzungen zwischen 5 und 80 Prozent.

Diese große Spanne führt dann auch augenblicklich zu Verwunderung, Diskussionen und Rückfragen: Was ist jetzt gemeint mit Arbeit? Bezahlte Erwerbstätigkeit? Umfasst sie auch bäuerliche Arbeit? Hausarbeit? Ehrenamtliche Tätigkeiten? Diese Fragen beinhalten bereits einige Hinweise, warum es zur Geschichte von Frauenarbeit so extrem unterschiedliche Einschätzungen gibt: Einerseits werden in vielen Statistiken nur bezahlte Tätigkeiten als Arbeit gezählt, andererseits hält sich das Bild, dass Frauen erst mit den 1970er Jahren sukzessive erwerbstätig geworden wären. Bis dahin hätten Frauen hauptsächlich als (unbezahlte) Hausfrauen und Zuständige für Kinder- und Angehörigenbetreuung gelebt, so die Vermutungen. Mitunter gibt es diese Vorstellung bis zurück in die Steinzeit, als Tatsache, die sich seit Menschheitsbeginn nie verändert hätte.

Österreichische Automechanikerin, 1935

ÖNB/ Zweck

Der Verweis auf dieses historische Bild funktioniert als Chiffre für „immer schon“. Es handelt sich dabei aber um eine Projektion heutiger Bilder in eine weit entfernte Vergangenheit, die dazu dient, ein Konzept zu enthistorisieren, das heißt: Es wird ein Bild kreiert, wonach es eine „natürliche“ Form des Zusammenlebens und der Arbeitsteilung unter Menschen gäbe, die damit vorgegeben, sinnvoll, weltweit und unveränderlich existiert und nicht im Laufe der Menschheitsgeschichte entwickelt, verworfen, verändert, geteilt oder kritisiert wurde. Organisationsformen, die Menschen geschaffen haben, können von Menschen auch verändert werden – und darin liegt die Sprengkraft historischen Wissens, hier im konkreten Wissen darüber, wie viele Frauen wann eigentlich ihr eigenes Geld verdient haben.

Der weit verbreiteten Auffassung, dass weibliche Erwerbstätigkeit erst mit den 1970er Jahren in Österreich eingesetzt habe, stelle ich in Workshops gerne die Perspektive gegenüber, dass es mit großen globalen und historischen Unterschieden (bis heute) für den Großteil der Frauen gar keine Wahl gab (gibt), ob sie nun arbeiten gehen oder nicht: Es war zum Überleben schlicht notwendig, nur eine winzige Anzahl von Adeligen – und zunehmend Bürgerlichen im 19. Jahrhundert – war historisch davon ausgenommen. Der Großteil der Frauen hat so gesehen in allgemeiner Selbstverständlichkeit das eigene (und familiäre) Überleben gesichert, und tatsächlich ist es eine Definitionsfrage und eine Frage der geschichtlichen Darstellung, was als solche Arbeit auch anerkannt wurde (und wird).

Hohe Frauen-Erwerbsquote um 1900

Frauen waren im Laufe der Geschichte mit zahlreichen Regelungen konfrontiert, die ihnen andere Bedingungen aufzwangen als Männern: Frauen ausschließende Zunftregelungen, Besitz- oder Erbverbote, verwehrter Zugang zu höheren Qualifizierungsmöglichkeiten, sogenannte „Frauenlöhne“: Bis 1979 war es im Kollektivvertrag legitim, für die gleiche Arbeit Frauen weniger zu bezahlen – angeblich, weil sie durch ihre Kenntnisse in Kochen, Nähen, Putzen weniger Geld bräuchten, sie „müssten“ nicht ins Wirtshaus essen gehen usw. Argumentationen für geschlechterdifferenten Zugang zu bezahlten Tätigkeiten, die sich auf Biologie, Natur oder Körper bezogen, waren historisch lange wenig relevant und gewinnen erst mit dem 19. Jahrhundert Gewicht in den Diskussionen. Bis dahin und auch gleichzeitig dazu haben Frauen hart auf Feldern, Äckern, in Fabriken und auch auf Baustellen gearbeitet, häufig krank, schwanger, hungernd, stillend, Kinder währenddessen beaufsichtigend. So war um 1900 der Anteil der erwerbstätigen Frauen sehr hoch, je nachdem, wie gezählt wird, lag er in Wien bei 42 bzw. 67 Prozent, unter den Arbeiterinnen sogar noch höher.

Dachdeckerin beim Aufnageln von Schindeln, 1962

VGA

Aktive und engagierte Frauen

Solche Zahlen überraschen häufig, nicht nur, weil sie sich seither wenig verändert haben, auch weil sie eine grundsätzlich veränderte Perspektive auf Frauenarbeit in der Geschichte auftun. Und so ist es nicht weiter verwunderlich, dass auch der weitere Kontext über die Organisierung von Frauen im kollektiven Gedächtnis kaum vorkommt, von den hunderten von Initiativen, Aktionen und Vereinen seien nur einige exemplarisch erwähnt: Von bürgerlichen Frauen ist 1866 der Wiener Frauen-Erwerb-Verein gegründet worden, womit sie Zugang zu (standesgemäßen!) beruflichen Tätigkeiten und Ausbildungsmöglichkeiten forderten; der 1890 ins Leben gerufene Wiener Arbeiterinnen-Bildungsverein kämpfte u. a. um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Arbeiterinnen – und häufig gegen männliche Arbeiter, die die Frauen als Konkurrenz von Gewerkschaften und Betrieben fernhalten wollten. Drei Jahre später setzten 700 Arbeiterinnen bei einem ersten Frauenstreik in Wien durch, dass sie einen Mindestlohn erhalten und ihre Arbeitszeit maximal zehn Stunden pro Tag beträgt. Der im selben Jahr gegründete Allgemeine Österreichische Frauenverein setzte sich für die Gleichberechtigung der Frauen in allen Lebensbereichen und ihre ökonomische Unabhängigkeit ein.

„Jede Frau sollte mindestens ein Jahr lang Frauengeschichte studieren, egal, was sie sonst macht.“

Gerda Lerner, Historikerin

Nationalsozialismus als Bruch

Warum ist das aber nicht im historischen Bewusstsein verankert? Warum weiß kaum jemand von der Frauenbewegung in der Habsburgermonarchie ab ca. 1848, all diesen Projekten, die vielfach Frauen angestoßen oder durchgesetzt haben (und dabei mitunter auch von Männern unterstützt wurden)? Als Bruch in vielfacher Hinsicht gilt der Nationalsozialismus, der von Diffamierung und Verfolgung bis hin zur Ermordung u. a. von (dazu erklärten) Jüdinnen und Juden, von Sozialist_innen, Kommunist_innen, Schwulen, Lesben, Roma, Sinti und Menschen mit Behinderung gekennzeichnet war. Geschlechterpolitisch wurde ab dem Austrofaschismus doppelgleisig gefahren: Einerseits wurde ein häusliches Bild der vielfach gebärenden Mutter propagiert, mit dem Gesetz gegen „Doppelverdienertun“ wurden viele erwerbstätige verheiratete Frauen gekündigt; andererseits wurden (dazu erklärte) „arische“ Frauen in zahlreichen Berufen eingesetzt, Arbeitsbereiche wurden ihnen eröffnet, die ihnen bisher verschlossen waren, wie zum Beispiel in der Rüstungsindustrie.

Hausarbeit ist unbezahlt und endlos

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Frauen sukzessi-

ve wieder in die Haushalte und in die unbezahlte Arbeit zurückgedrängt, die österreichische Wirtschafts- und Sozialpolitik baute mit Gesetzen, Regelungen und Versicherungsformen das Ideal der (heterosexuellen) Hausfrauenehe mit männlichem Familienernährer aus, das seit 1811 im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch niedergeschrieben war. Dies hat sich seither quer durch alle – von Männern dominierten – politischen Parteien und Verbände durchgesetzt, obwohl die im Vergleich niedrigen Gehälter dies eigentlich kaum mehr zulassen. Seither steigt die Quote der Teilzeit arbeitenden Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit als Zuverdienst sehen, mit dem sie in Abhängigkeit leben. Neben ihrer Teilzeitbeschäftigung genießen sie jedoch nicht einfach mehr Freizeit, sondern in den allermeisten Fällen arbeiten sie unbezahlt weiter – unbegrenzt, denn z. B. in der Hausarbeit gibt es keine Pensionierung! Staatliche Strukturen stützen dieses System, als wäre es immer schon so gewesen und das Beste für alle – dies löscht aber die lange Geschichte selbstverständlicher Arbeit und auch Erwerbstätigkeit von Frauen.

Wissen um die eigene Geschichte stärkt Frauen

Es gibt auch in der Geschichtswissenschaft immer Gründe, warum etwas erzählt oder verschwiegen wird, wer es wie erzählt und verwendet – und auch das teilen nicht alle. Im Falle weiblicher Erwerbstätigkeit werden aktuell Debatten über die Verteilung von Hausarbeit, Kindererziehung, Angehörigenbetreuung geführt und dabei ganz grundsätzlich Geschlechterbilder und -rollen verhandelt: Wer ist wofür zuständig und warum eigentlich? Was ist gerecht? Wie viel Entscheidungsfreiheit gibt es, wenn strukturelle Rahmenbedingungen nicht zur Verfügung stehen? Dabei spielt in den Argumentationen nicht selten ein historischer Rückgriff eine bedeutende Rolle, um Positionen mehr Gewicht zu verleihen, die traditionell-konservative Rollenverteilungen vertreten. Und auch in dieser Formulierung „traditionell" steckt bereits ein Hinweis auf Althergebrachtes, das deswegen auch gut sei. Im Konkreten ist aber gerade das Bild der Hausfrau und Mutter eigentlich ein historisch recht junges, das, kaum propagiert, auch schon heftig abgelehnt wurde.

Vielfach habe ich bereits erlebt, wie Frauen in Workshops oder Lehrveranstaltungen über diese ergänzenden bis korrigierenden Sichtweisen auf ihre Geschichte sehr überrascht oder berührt waren und dies auch ausdrückten: Sie können sich mit dieser Perspektive geschichts- und selbstbewusst auf ihre jahrhundertelange Tradition der Erwerbsarbeit, der ökonomischen Selbsterhaltung und (gesetzlich relativen) Unabhängigkeit beziehen, die mehr als nur Zuverdienst waren und die gegen viele Widrigkeiten immer wieder verteidigt und erkämpft werden mussten.

Eine Landbriefträgerin überreicht einer Frau über einen Gartenzaun einen Brief, 1940.

VGA

Literaturtipps:

- Ariadne: Frauenspezifische Information und Dokumentation (Österreichische Nationalbibliothek): www.onb.ac.at/forschung/ariadne-frauendokumentation/
- Gabriella Hauch: Frauen bewegen Politik. Österreich 1848 – 1938, StudienVerlag, Innsbruck – Wien – Bozen 2009
- Brigitte Lehmann (Hg.): Dass die Frau zur Frau erzogen wird. Frauenpolitik und Ständestaat, Löcker, Wien 2008

DR.IN MEIKE LAUGGAS
ist Historikerin und vermittelt zwischen Theorie und Praxis, lehrt Anwendungsbezüge für Gender-Studies-Studierende, trainiert u. a. Bundesbedienstete in Genderkompetenz und ist als Coach, Supervisorin und Organisationsberaterin tätig: www.meikelauggas.at

Zinner

Frauen ins Rathaus

Die Pionierinnengalerie im Grazer Rathaus zeigt 34 Vorreiterinnen, die mit Mut in männerdominierte Bereiche vorgedrungen sind und so Frauen nach ihnen den Weg geebnet haben. Durch ihre Vorbildwirkung ermutigen sie Besucherinnen, es ihnen gleichzutun. Denn noch Vieles muss erkämpft, entdeckt und geschaffen werden.

Auch wenn sich im vergangenen Jahrhundert viel für Frauen ins Positive gewandt hat, so sind es doch die Forderungen, die jahrein, jahraus immer wieder aufs Neue gestellt werden, die uns im Gedächtnis bleiben. Gleicher Lohn für gleiche Leistung ist beispielsweise eine solche Forderung. Trotzdem gibt es ihn immer noch, den Equal Pay Day. Den Tag, an dem Männer schon so viel verdient haben wie Frauen bis zum Jahresende. In Graz fiel dieser Tag heuer auf den 13. Oktober. Im Durchschnitt verdienen Grazerinnen somit um 21,6 % weniger als männliche Kollegen.

Die Stadt Graz nahm sich den Equal Pay Day zum Anlass, um jene Frauen zu würdigen, die mit ihrem Handeln und Wirken bereits maßgeblich zur Besserung der Situation der Frau in Österreich beitragen konnten. Denn leider ist es noch immer so, dass typische Frauenberufe, wie Bürokauffrau, Friseurin oder Einzelhandelskauffrau, schlechter bezahlt werden als Berufe, in denen überwiegend Männer arbeiten.

Pionierin: Die steirische Widerstandskämpferin Maria Cäsar war während der Nazizeit monatelang von der Gestapo inhaftiert gewesen. Sie knüpfte Kontakte zu den jugoslawischen Partisanen und den Widerstandsgruppen in Judenburg. Als 1944 Mitglieder der Widerstandsgruppen verhaftet wurden, tauchte sie bei slowenischen Verwandten unter. Nach dem Krieg gab sie als Zeitzeugin ihr Wissen und ihre Erfahrungen weiter. Auch über die KPÖ-Parteigrenzen hinaus ist Maria Cäsar hoch angesehen.

Stadt Graz/Foto Fischer

Dreizehn

Das Grazer Rathaus beherbergt seit dem Internationalen Frauentag 2015 nicht mehr nur eine rein männliche Galerie, sondern auch eine Pionierinnengalerie, die mutige Vorreiterinnen würdigt und sichtbar macht. Unter dem Motto „Jetzt schlägt's dreizehn" wurde diese zum Equal Pay Day in Graz am 13. Oktober um 14 Vorreiterinnen erweitert. Heute zeigt die Galerie insgesamt 34 Frauen, die mit Mut in männerdominierte Bereiche vorgedrungen sind und so Mädchen und Frauen nach ihnen den Weg geebnet haben.

Stadt Graz/Foto Fischer

Das Grazer Rathaus beherbergt nicht nur eine Bürgermeister-, sondern auch eine Pionierinnengalerie.

Entwickelt wurde die Idee einer Pionierinnengalerie bereits im Jahr 2009. Erste Umsetzungsschritte erfolgten bereits im November 2012. „Das Projekt beschäftigt uns nun schon seit einiger Zeit, aber mit der Galerie wurde ein Meilenstein geschaffen", so Priska Pschaid, Leiterin des Referats Frauen & Gleichstellung.

Neben den mittlerweile 34 Bildern der Pionierinnen werden ihre Leistungen auch in dazugehörigen Texten beschrieben, es gibt auch Schilder in kindgerechter Höhe und Sprache. Installiert wurde zudem eine Zeitleiste mit den wichtigsten

frauenpolitischen Meilensteinen. Platz ist ebenso für künftige Meilensteine: Die Galerie soll Mädchen und Frauen zum Sprung in noch männerdominierte Bereiche motivieren.

Der Anfang ist schwer

Die Galerie zeigt, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, dass Frauen heute wählen, studieren, forschen, arbeiten, kurzum, sich in der Gesellschaft und in ihrer Entwicklung einbringen können. Vieles musste erst erkämpft werden. Dafür bedurfte es Frauen wie Oktavia Aigner-Rollett, der ersten Ärztin mit eigener Praxis in Graz, oder Anna-Lülja Praun, der ersten Architekturstudentin Österreichs. Als Vorreiterinnen haben sie auf ihrem Gebiet Platz und Anerkennung für Frauen geschaffen.

Auch zeitgenössische Frauen, darunter Christa Neuper, die erste Rektorin in der 430-jährigen Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz, und Bettina Vollath, die erste steirische Landtagspräsidentin, tragen mit ihrem Wirken maßgeblich zur Besserung der Situation und des Ansehens von Frauen in Österreich bei. Sie öffnen Türen und haben Vorbildwirkung, indem sie mit ihrem Handeln Mädchen und Frauen ermutigen, es ihnen gleichzutun und furchtlos in noch männerdominierte Bereiche vorzudringen.

Widerstandskämpferin

Zur Erweiterung der Galerie wurden zahlreiche Pionierinnen im Grazer Rathaus begrüßt, darunter auch die Widerstandskämpferin und Zeitzeugin Maria Cäsar. Sie verbrachte wegen Vorbereitung zum Hochverrat bereits als 19-Jährige 15 Monate in Haft und setzte während des Zweiten Weltkriegs ihr Leben immer wieder im Kampf gegen den Faschismus aufs Spiel. Sie engagierte sich politisch und war in fortschrittlichen Frauenorganisationen aktiv. Seit den 1980er-Jahren gibt Cäsar als Zeitzeugin ihre Erfahrungen in Schulen und Bildungseinrichtungen weiter.

Vor Ort waren auch Christine Anderwald, Organisatorische Leiterin des Ambulatoriums Caritas Marienambulanz, Helga Konrad, die erste Grazer Frauenstadträtin, Irmtraud

Stadt Graz/Foto Fischer

Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass Frauen heute wählen, studieren, forschen und arbeiten können.

Fischer, die erste Theologieprofessorin Österreichs, und viele andere Vorreiterinnen sowie deren Familienmitglieder und Freunde.

Zur Erweiterung sprachen Siegfried Nagl, Bürgermeister, Michael Ehmann, Stadtrat für Frauen und Gleichstellung, und Lisa Rücker, Kulturstadträtin.

Öffnungszeiten

Die Pionierinnengalerie als Pendant zur ausschließlich männlichen Galerie im Festsaal befindet sich im dritten Stock des Grazer Rathauses und ist von Montag bis Freitag öffentlich und kostenlos zugänglich. Gezeigt wird die Galerie auch im Rahmen schulischer Rathausführungen.

Für weitere Informationen zur Pionierinnengalerie und den Vorreiterinnen: www.pionierinnengalerie-graz.at und www.frauen.graz.at

Frauen ins Grazer Rathaus!
Pionierinnengalerie
Rathaus Graz, Hauptplatz 1/3. Stock, 8011 Graz
Montag bis Freitag
Kostenlos & ohne Anmeldung öffentlich zugänglich!
Interesse an Führungen?
frauen.gleichstellung@stadt.graz.at
oder +43 316/872 4671

LUCIA SCHNABL, MA
Stadt Graz, Referat Frauen & Gleichstellung; Webredaktion und Veranstaltungsorganisation

Foto Fischer

Sah ein Knab ein Röslein stehen

In gleichstellungsorientierten Prozessen finden sich wenige Männer und wenn von „Gender“ gesprochen wird, glauben viele an ein reines Frauenthema. Der Text zeigt, wie produktiv die Zusammenarbeit zwischen Frauen- und Männerorganisationen ist und dass die gemeinsame Auseinandersetzung mit Geschlechterpolitiken ein wichtiger Baustein für Demokratieentwicklung ist.

So mancher Germanist wird in Goethes Gedicht „Heidenröslein“ noch den harmlosen Versuch sehen, eine verlorene Liebe literarisch zu verarbeiten. Tatsächlich geht es um Unterwerfung unter eine männliche Vorherrschaft, und jetzt, über 200 Jahre später, nachdem zahlreiche feministische und demokratische Strömungen unsere Welt positiv verändert haben, wissen wir, wie wichtig Geschlechterdemokratie ist. Und welchen Beitrag Männer dazu leisten können.

Die parteiliche Mädchen-/Frauenarbeit hat im deutschsprachigen Raum viel Bewusstsein geschaffen und wichtige Projekte erkämpft. Immer wieder wurde von Frauen auf den Umstand hingewiesen, dass auch die Arbeit mit Buben und Männern notwendiger wird. Aber eben besonders durch Männer, denn Erziehungsarbeit und -kompetenz hat kein Geschlecht. Historisch betrachtet, waren es in Europa ursprünglich Männer, die für „Zucht und Ordnung“

Milena Krobath

Ein Teil des poika-Teams (von links): Emanuel Danesch, Mo Tiamiou, Philipp Leeb, Claus Pirschner, Teresa Schweiger, Wolfgang Pospischill

gesorgt haben. Ein pädagogischer und gesellschaftlicher Paradigmenwechsel hat in einigen Ländern wie Österreich dazu geführt, dass Erziehung zur Beziehungsarbeit wurde. Aber auch ökonomische Gründe und einseitige Geschlechtersozialisation sind in vielen Ländern die Gründe, warum vorwiegend Frauen sich um Heranwachsende kümmern.

Der Männlichkeitsforscher Paul Scheibelhofer beschreibt die Schwierigkeit: „Wenn man die Sozialisation betrachtet, werden Mädchen noch immer von früh an darauf trainiert, Gefühle wahrzunehmen, vor allem die Gefühle der anderen. Das Mädchen soll etwa herausfinden: Warum weint die Puppe? Ist sie müde? Hat sie Hunger? Auch die Frage: Was kann ich tun, damit es jemandem besser geht? Bei Buben werden andere Aspekte trainiert: Hinausgehen, Entdecken, Reparieren, Zerstören und Erfolge feiern. Insofern ist die Frage vielleicht: Wie gehe ich mit Spannung und emotional komplexen Situationen um? Kann ich es verarbeiten oder wandle ich es in Aggression um?“ (Kurier, am 6. 8. 2016)

Erste Männerberatungen in den 80ern

In den 1980ern haben sich in Österreich die ersten Männerberatungen gebildet, damit Männer in „Identitätsfragen, Beziehungskonflikten, Trennungssituationen, in der Opfererfahrung als Jugendlicher oder als Mann, in der Auseinandersetzung mit der eigenen Gewalttätigkeit, als Mann in der Arbeitswelt, in der Vaterschaft, Fragen zu Sexualität, Einsamkeit, Isolation, Sucht sowie Rechtsfragen“ (www.maenner.at), Unterstützung bekommen.

In den späten 1990ern wurden Burschen als Zielgruppe pädagogischer Arbeit identifiziert und so entstand – orientiert an den Konzepten der außerschulischen Jugendarbeit im deutschsprachigen Raum – die schulische Bubenarbeit. Der Verein poika wurde durch positiven Zuspruch und die Zusammenarbeit mit den Mädchen-/Frauenberatungseinrichtungen EfEU und Sprungbrett für Mädchen 2008 in Wien gegründet. Die Idee war (und ist), ergänzend zu den schon bestehenden Strukturen, einerseits zu erforschen, was Buben in ihrer (Geschlechts-)Identität positiv unterstützt, und dadurch Räume zu eröffnen, wo sie die Möglichkeit bekommen, sich mit ihren Fragen und Problemen auseinanderzusetzen.

Milena Krobath

Es wird nicht immer nur mit Buben gearbeitet.

Themen der Bubenarbeit

In der konkreten Arbeit wird in spielerischer und entspannter Atmosphäre über Themen ihrer Lebenswirklichkeit diskutiert: Rollenbilder, Liebe und Sexualität, Gewalt, Medien, Zukunft. Mit Hilfe von Bildern entstehen Gespräche über Zuschreibungen zu Geschlecht, wo wir über Anforderungen sprechen, die schwierig zu erfüllen sind. Was heißt es, stark zu sein? Wer bestimmt über meinen Körper? Wie gehe ich mit anderen in Konflikten positiv um? Womit bin ich als Bub konfrontiert, womit sind Mädchen konfrontiert? Womit Personen, die sich keinem der beiden Geschlechter zuordnen möchten oder können?

Mit älteren Buben werden durchaus auch explizite Themen wie Pornographie und Delinquenz aufgegriffen. In der Arbeit mit jungen Männern mit Fluchterfahrung geht es zentral um Fragen des Zusammenlebens und den Umgang mit Konflikten, aber generell haben die Bubenarbeiter*innen von poika eine offene und lernende Haltung.

Seit der Gründung von poika begleitet uns die Frage der Nachhaltigkeit und unseres Beitrags als profeministische und feministische Arbeit. Wir konnten Antworten in den Studien der kritischen Männerforschung finden, wo die Rollen von Männern als Partner in Gleichstellungsprozessen (Gender Equality) aufgezeigt wurden. Geschlechterhierarchie zeigt sich sehr stark im Beruf in einer Arbeitskultur, die nicht nur durch Strukturen, sondern auch durch die soziale Alltagspraxis von Männern – und auch von Frauen – getragen wird. Die Folgen dieser Kultur für Frauen, aber auch der Preis und Nutzen für verschiedene Männer stehen dabei im Mittelpunkt dieser Studien.

Durch laufenden Austausch und Diskussionen in verschiedenen Arbeitsgruppen mit anderen Organisationen aus dem Bereich der gendersensiblen Arbeit in Österreich, aber auch international sowie durch Auseinandersetzung mit Alltagsthemen gelingt es poika, ein breites Spektrum an Bewusstseinsarbeit mit Menschen aus vielen Bereichen zu erzeugen. Zahlreiche Lehrpersonen und Personen aus der außerschulischen Elementarpädagogik und der Jugendarbeit wurden in den letzten Jahren in zahlreichen Seminaren und bei drei großen Tagungen erreicht, es gab auch Kooperationen mit arbeitsmarktpolitischen, künstlerischen und kulturellen Einrichtungen. Und das Ganze immer mit einem kritischen und positiven Blick auf Geschlechterpolitiken.

Nick Albert

Spaß ist ein wichtiges Element der poika-Workshops.

Bubenarbeit kann in Workshops Räume eröffnen, wo es die Möglichkeit gibt, die eigenen Bilder von Menschen unterschiedlicher Geschlechteridentitäten und Lebensentwürfen zu hinterfragen. Buben sollen sich positiv und vorurteilsfrei in Beziehung zu anderen Menschen setzen können und die Qualitäten einer gleichberechtigten und gewaltfreien Partnerschaft und Kollegialität kennen. Sie können erfahren, wie wichtig die Versorgung eigener und anderer Bedürfnisse ist. Später haben sie als Väter vielleicht schon das notwendige Wissen, um ihr Kind unterstützend und identitätsstärkend zu erziehen. In der späteren Arbeit haben sie das Potenzial für Konfliktmanagement und diversitätsgerechtes Denken, sodass sie die Chancen und Möglichkeiten von Frauen als gleich wahrnehmen können.

Durch die Zusammenarbeit mit vielen Menschen wird der Erfahrungsschatz einer kleinen NGO immer größer, und das soll auch andere Männer motivieren, Gleichstellungsprozesse zu unterstützen. Kooperation sollte vor Konkurrenz kommen und ein Gender Gap sollte der Vergangenheit angehören, denn Geschlecht alleine ist KEINE Kompetenz.

Differenz sollte nicht als trennend, sondern als ergänzend gelebt werden – so wie Bubenarbeit Mädchenarbeit ergänzt und in Zukunft hoffentlich nicht mehr notwendig sein wird, da Geschlechterhierarchien nur mehr als historische Gegebenheit in alten Gedichten verstanden werden.

DIPL.-PÄD. PHILIPP LEEB
Pädagoge, Genderberater für das BMB,
Gründer und Obmann von poika –
Verein für gendersensible Bubenarbeit
in Erziehung und Unterricht
www.poika.at

Severin Koller

Dominik Sandner

Männer im Gender Mainstreaming – mehr als Beobachter!?

Die Frage nach der Rolle der Männer als Proponenten und Zielgruppe im Gender Mainstreaming und in der Gleichstellungspolitik rückt im Sinne der Geschlechtergleichstellung stärker in den Vordergrund. Dies auch zum Nutzen der Frauenpolitik.

„Gender means women" – mit diesem Satz bringen Bergmann, Scambor und Scambor (2014) die bis vor wenigen Jahren wenig betonte Rolle von Männern als Proponenten, Zielgruppe und Nutznießer im Gender Mainstreaming auf den Punkt. Männer seien eher „abwartende Beobachter" gewesen, während wesentliche Veränderungen von und für Frauen vorangetrieben wurden (Arbeit, Bildung, Familie, rechtliche Gleichstellung, Gesundheit).

Seit mehreren Jahren zeichnet sich jedoch eine Veränderung ab: Die Rolle von Männern in Gleichstellungs- und Gender-Strategien wird auf internationaler, nationaler und wissenschaftlicher Ebene stärker betont. Viele Männer wollen zudem nicht mehr nur „abwartende Beobachter" im Gleichstellungsprozess bzw. Empfänger von Appellen zur Gleichstellung sein, sondern Veränderungen, die sie in ihrem Lebensumfeld betreffen und es verbessern, aktiv mitgestalten.[1]

Privilegien, Kosten der Männlichkeit und Unterschiede unter Männern

Studien zeigen, dass Männer nicht ausschließlich von der vorhandenen „patriarchalen Dividende" profitieren, d. h. aufgrund ihres Geschlechts nicht nur institutionalisierte Privilegien, wie etwa Lohnvorteile, politische und gesellschaftliche Macht etc. innehaben. Es existieren – v. a. für bestimmte Teilgruppen – auch „Kosten der Männlichkeit": höhere Suizidraten und geringere Lebenserwartung von Männern, hohe Gewaltbetroffenheit (die Mehrheit der Täter sowie die Mehrheit der Opfer von körperlicher Gewalt sind männlich), Radikalisierung, Entfremdung von der Familie und Kindern u.v.m. Diese „Kosten der Männlichkeit" sind jedoch keine Folge der Emanzipation der Frauen, wie uns manche MännerrechtlerInnen glaubhaft machen wollen, sondern letztendlich auch der Preis für männliche Privilegien.[2]

Hinzu kommt, dass in Bezug auf die erwähnten Privilegien und Kosten der Männlichkeit starke Unterschiede innerhalb der Gruppe der Männer bestehen, wenn man andere Faktoren mitbetrachtet: Alter, Migrationshintergrund, Bildungshintergrund, sexuelle Orientierung etc. Emanzipatorische Männerpolitik und -arbeit im Gender Mainstreaming und in der Gleichstellungspolitik (die mehr ist als ausschließliche Interessen- und Absicherungspolitik von bestimmten Männergruppen) muss genau diese drei, bereits 1997 von Messner aufgezeigten Eckpunkte Institutionalisierte Privilegien – Kosten der Männlichkeit – Unterschiede/Ungleichstellungen zwischen Männern berücksichtigen, um zu einer Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter beizutragen.[3]

Institutionalisierung emanzipatorischer Männerarbeit

Die Gleichstellungspolitik der EU spricht seit etwa zehn Jahren Männer als aktive Akteure im Gleichstellungsprozess an. Aspekte wie Väterkarenz, männliche Familien- und Betreuungsarbeit, Anti-Gewaltarbeit etc. werden thematisiert.[4] Auf nationaler Ebene verfügt bspw. Finnland über ein „Subcommittee on Men and Gender Equality", das als Beratungsgremium für Politik und Verwaltung dient.[5]

Einige gleichstellungspolitische Verwaltungsinstitutionen wurden um männerpolitische Aspekte ergänzt (Frankfurt, Zürich, deutsches Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen & Jugend). In Österreich wurde 2015 der Dachverband Burschen- und Männerarbeit Österreich (DMÖ) mit VertreterInnen der Männer- und Burschenarbeit sowie der kritischen Männlichkeitsforschung gegründet. Er versteht sich dezidiert auch als Kooperationspartner für Frauen und ihre Rechte, Anliegen und Organisationen.[6]

Auf Verwaltungsebene zeigt sich auch in der Stadt Wien in ersten Ansätzen emanzipatorische Männerarbeit: Das Gesundheitszentrum MEN für Burschen, Männer und Väter gibt es bereits seit 2002.[7] Emanzipatorische Burschenarbeit ist – ebenso wie Mädchenarbeit – fixer Bestandteil der außerschulischen Jugendbetreuung.[8] Projekte wie „Papa macht mit" für sozial benachteiligte Väter,[9] die Steigerung des Männeranteils unter den Studierenden zur Kindergartenpädagogik, Maßnahmen, um Männer als Pflegeväter zu gewinnen, Männerkollegs zur Alphabetisierung und zum Deutscherwerb[10] sind nur einige Maßnahmen der Stadt.

Wiener Kindergarten lädt Väter zum Vorlesen ein.

Votava/PID

Frauen- und Männerpolitik bedingen einander

All diese beschriebenen Entwicklungen beruhen auf der Erkenntnis, dass einseitige Veränderungen im Geschlechterverhältnis nie nachhaltig sein können. Veränderungen bei einer Geschlechtergruppe haben immer Auswirkungen auf die andere Geschlechtergruppe. Frauenpolitik und Männerpolitik bedingen sich gegenseitig systemisch. Programme zur Förderung der Väterkarenz bzw. zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer haben z. B. potenziell positive Auswirkungen für Frauen, in Hinblick auf die geschlechtergerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit.[11]

Die aktive und institutionelle Beteiligung von Männern korreliert dabei stark mit den allgemeinen gleichstellungspolitischen Fortschritten eines Landes. Institutionalisierte emanzipatorische Männerpolitik ist vor allem in Ländern zu finden, die auf eine längere und weiterentwickelte Gleichstellungsgeschichte verweisen können.[12]

Emanzipatorische Männerpolitik steht dabei keineswegs der Frauenpolitik entgegen. Ganz im Gegenteil: Sie kann den am Geschlechterdialog nicht interessierten Antifeministen und Antifeministinnen etwas entgegensetzen, indem sie Gruppen hört, unterstützt und sichtbar macht, die wirklich an Gleichstellung interessiert sind.[13] Und, an alle (noch) „abwartenden Beobachter": In einer gendergerechten Gesellschaft zu leben, bringt niedrigere Depressionsraten, geringere Gewaltbetroffenheit (als Täter oder Opfer), niedrigere Suizidraten, höhere Lebenszufriedenheit und Gesundheit für Männer.[14]

Literatur:

- Bergmann, Nadja; Scambor, Christian; Scambor, Elli (2014): Bewegung im Geschlechterverhältnis? Zur Rolle der Männer im europäischen Vergleich. LIT Verlag. Münster
- Holter, Øystein Gullvåg (2014): What's in it for Men: Old Question, new Data. In: Men and Masculinities. Vol. 17 (5), S. 515 – 548
- Lehner, Erich (2012): Männer und Gleichstellung – eine spannungsreiche Beziehung. In: Theunert, Markus: Männerpolitik. Was Jungen, Männer und Väter stark macht. Springer. Wiesbaden
- Scambor, Elli; Kirchengast, Anna (2014): Zwischen Geschlechterdemokratie und Männerrechtsbewegung. Geschlechtspolitische Zugänge in der österreichischen Männerarbeit. Institut für Männer und Geschlechterforschung, Graz

MAG. DOMINIK SANDNER
ist Mitarbeiter im Dezernat Gender Mainstreaming in der Magistratsdirektion Organisation und Sicherheit der Stadt Wien und dort u. a. mit der Rolle der Männer als Proponenten und Zielgruppe im Gender Mainstreaming befasst.

1) *Vgl. Bergmann/Scambor/Scambor 2014, S. 7ff*
2) *Vgl. Lehner 2012, S. 83*
3) *Vgl. Messner (2000), zit. nach Bergmann/Scambor/Scambor 2014, S. 12*
4) *Vgl. Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006 – 2010; Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010 – 2015; Entwurf eines Berichtes über die Strategie der EU für die Gleichstellung von Frauen und Männern nach 2015.*
5) *Vgl. tane.fi/en/subcommittees*
6) *Vgl. dmoe-info.at/ueber_uns/dachverband*
7) *Vgl. www.men-center.at/*
8) *Vgl. www.wien.gv.at/freizeit/bildungjugend/jugend/*
9) *www.men-center.at/projekte/papa-macht-mit.html*
10) *www.interface-wien.at/5-sprache-und-arbeit/69-manner-college*
11) *Vgl. Bergmann/Scambor/Scambor 2014, S. 10*
12) *Vgl. Bergmann/Scambor/Scambor 2014, S. 172*
13) *Vgl. Bergmann/Scambor/Scambor 2014, S. 188*
14) *Vgt. Holter (2014), S. 532*

RGRE und EU – Gleichstellung auf europäischer Ebene

Der RGRE und seine Mitgliedsorganisationen, darunter auch der Österreichische Städtebund, setzen sich mit einer Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern, vor allem auf der lokalen Ebene, ein. Trotz der Herausforderungen, die dem vollständigen Erreichen entgegenstehen, bleibt Geschlechtergleichstellung ein zentraler Wert und ein wichtiges Politikfeld für die Europäische Union.

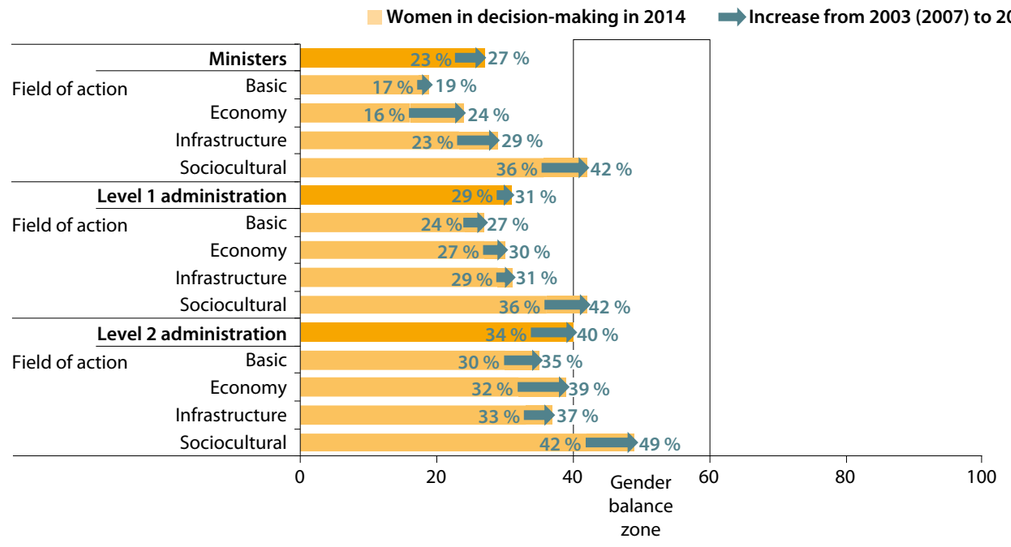
Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas vereint nationale Verbände von kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften aus 42 europäischen Staaten.

2006 hat der RGRE die **Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf der lokalen Ebene** („die Charta“) ins Leben gerufen, um die Geschlechtergleichstellung auf der lokalen und regionalen Ebene zu fördern. Die Charta ist sowohl ein politisches Dokument als auch ein praktisches Instrument, das es den regionalen und lokalen Behörden ermöglicht, sich für Gleichstellung einzusetzen, und das konkrete Methoden bietet, wie Geschlechtergleichstellung in verschiedenen Bereichen erreicht werden kann.

Als Vorbereitung zur RGRE-Konferenz für Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion in Bilbao 2018 wird das Observatorium mit den bestehenden UnterzeichnerInnen Kontakt aufnehmen und weitere potenzielle UnterzeichnerInnen kontaktieren, um die Wirkung der Charta vor Ort zu verstärken, indem ihre Anwendung und weitere Implementierung forciert wird.

Das Observatorium der Europäischen Charta für Gleichstellung wurde 2011 eingerichtet, um eine Plattform zur Unterstützung und für den Wissensaustausch unter den UnterzeichnerInnen zu bieten. Heute zählt das Observatorium 1.615 UnterzeichnerInnen aus 33 europäischen Ländern.

Gender balance in public power by levels and field of action, 2003 (2007) to 2014



Source: European Commission, database on women and men in decision-making.
Note: Due to changes in methodology and a break in the series, data for public administration are only comparable from 2007 onwards.

Quelle: DG Just ice Database zu Frauen und Männern in Entscheidungsprozessen

Der RGRE arbeitet derzeit an einem Strategiepapier und einem mehrjährigen Aktionsplan, die 2017 verabschiedet werden sollen. Schwerpunkte der Arbeit sind:

- Schließen der Lücke in der geschlechtsspezifischen Datensammlung,
- stärkere Partizipation und mehr Einfluss von Frauen in Entscheidungsprozessen,
- Stärkung der politischen Unterstützung von Geschlechtergleichberechtigung auf allen Ebenen und
- erhöhte Förderung des Engagements von RGRE-Mitgliederverbänden in Hinblick auf Gleichberechtigung.

Die Arbeit des Observatoriums wird durch das RGRE-Sekretariat, das dort angesiedelte Standing Committee for Equality (den RGRE Frauen- und Gleichstellungsausschuss) und eine ExpertInnengruppe nationaler KoordinatorInnen aus den Mitgliedsverbänden ausgeführt. Das Standing Committee besteht aus lokal gewählten VertreterInnen, entscheidet über die übergeordneten Ziele und überwacht die Arbeit des Observatoriums. Die ExpertInnen unterstützen die Aktivitäten des Observatoriums im Bereich des Monitorings und der Umsetzung der Charta, indem sie Kontakte mit den UnterzeichnerInnen halten und als MultiplikatorInnen hinsichtlich Informationen zur Charta wirken. Zudem leisten sie generell einen Beitrag zu den fachlichen Aspekten der Gleichstellungsarbeit des RGRE in halbjährlichen Meetings.

Gleichstellung und Frauenrechte auf der europäischen Ebene heute

Eine der größten Herausforderungen bei der Umsetzung der Geschlechtergleichstellung in Europa ist die Fehlannahme, dass sie bereits erreicht worden ist.
Diese Einstellung erhöht das Risiko, dass EntscheidungsträgerInnen zu „gesättigt“ sind und die Gleichberechtigung nicht mehr weiter vorantreiben; es kann auch eine „Gefahr“ für „neu“ erworbene Rechte und Schutzmaßnahmen für Frauen sein. Zusätzlich haben die Zunahme von Nationalismen, Populismen und in einigen Mitgliedsstaaten die offene Zurückweisung des Europäischen Projekts (z. B. Brexit) ein turbulentes Umfeld geschaffen, in der Geschlechtergleichberechtigung nicht als politische Priorität angesehen wird.

Die Finanzkrise und darauf folgende Austeritätsmaßnahmen hatten einen vorwiegend negativen Effekt auf Geschlechtergleichberechtigung in der EU. Es gibt derzeit keinen eigenen

EU-Budgetposten und es gibt weniger spezifische Programme für Geschlechtergleichberechtigung, die von der EU gefördert werden. Lokale und regionale Regierungen waren ebenso von öffentlichen Budgetkürzungen betroffen und haben manchmal keine entsprechenden Ressourcen, um die Aktivitäten selbst zu setzen, die die Voraussetzungen für effektives Gender Mainstreaming schaffen.

Der Gender Equality Index des Europäischen Institutes für Gleichstellungsfragen (European Institute for Gender Equality – EIGE), der Punkte zwischen 1 (völliger Mangel an Gleichstellung) und 100 (volle Gleichstellung) vergibt, konstatiert, dass Europa nur in der Mitte angesiedelt ist. Die durchschnittliche Bewertung ist seit 2005 nur um 1,6 Punkte gestiegen (von 51,3 auf 52,9 Punkte 2012). Diese nur sehr langsame Verbesserung unterstreicht den Bedarf nach kontinuierlichen Bemühungen.

Das Strategiepapier der Europäischen Kommission „Strategisches Engagement für Geschlechtergleichstellung" setzt fünf Schwerpunkte auf die politische Agenda für 2016 – 2019: ökonomische Unabhängigkeit; gleicher Lohn für gleiche Arbeit; Gleichstellung in Entscheidungsprozessen; das Ende von geschlechtsspezifischer Gewalt; Förderung von Geschlechtergleichstellung jenseits der EU-Grenzen. Man wird sehen, welchen Erfolg die EU in einigen dieser Themen haben wird.

Wirtschaftliche Unabhängigkeit

Der Gleichstellungsbericht 2015 der Kommission zeigt, dass die Erwerbsquote von Frauen in der EU den bisher höchsten Stand mit 64,5 % erreicht hat. Dennoch ist dies mehr als zehn Prozent unter der Erwerbsquote von Männern (75,6 %) und auch zehn Prozent unter den Europa-2020-Zielen, die eine 75%ige Frauen-Erwerbsquote vorsahen. Die Unterrepräsentierung von Frauen am Arbeitsmarkt kann mit Elternschaft und Pflege in Verbindung gebracht werden. Die EU bemüht sich, die strukturellen Ursachen hinter diesem Ungleichgewicht zu bekämpfen. Letztes Jahr ersetzte die Kommission ihre Neufassung der Mutterschutzurlaubs-Richtlinie von 2008 (zurückgezogen 2015) mit einem Fahrplan zum „Neustart für die Herausforderungen der Work-Life-Balance für arbeitende Familien". Die Kommission unterhält gegenwärtig weitere Konsultationen mit den SozialpartnerInnen.

Frauen in Entscheidungsprozessen

Wie die Tabelle zeigt, hat der Prozentsatz von Frauen in Entscheidungsprozessen seit 2003 und 2007 signifikant zugenommen. Dennoch besteht eine vertikale und horizontale Segregation weiterhin. Beispielsweise arbeiten Frauen immer noch tendenziell häufiger in sozialen Berufen als in der Wirtschaft. Und auf der Gemeindeebene stellen Frauen 35 % der Gemeinderatsmitglieder, während es nur 15 % Bürgermeisterinnen bzw. weibliche Führungskräfte gibt.

Geschlechtsspezifische Gewalt

Geschlechtsspezifische Gewalt bleibt eine ernste Herausforderung, die dringender Handlungen bedarf. Basierend auf einer EU-weiten Umfrage durch die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (Fundamental Rights Agency – FRA) im Jahre 2014 hat eine von drei Frauen im Alter ab 15 Jahren in der EU bereits physische und/oder sexuelle Gewalt erlebt.

Im März 2016 hat die Europäische Kommission zwei Vorschläge angenommen, die sich aus der Istanbul Konvention ableiten (COM(2016)111 und COM(2016)109). Um diese Initiative zu komplementieren, wird die Kommission im Jahr 2017 eine Bewusstseins-Kampagne zu geschlechtsspezifischer Gewalt starten.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es einige Fortschritte im Bereich der Gleichstellung in Europa gegeben hat, wobei die Fortschritte ungleich auf verschiedene Bereiche verteilt und relativ langsam sind. Um echte Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen, muss die politische Unterstützung zunehmen und sichtbarer werden. Sie muss von konkreten Aktionsplänen und Ressourcen in geeigneter Höhe begleitet werden. Der RGRE unterstützt weiterhin lokale und regionale Regierungen bei der Schaffung eines geschlechtergerechteren Europas und setzt sich für ein starkes Engagement auf allen Ebenen ein.

charter-equality.eu
indicators.charter-equality.eu
Twitter: @CEMR_Equality

JAIMIE JUST
arbeitet seit Februar 2016 für den RGRE im Bereich Geschlechtergleichstellung und Diversität. Zuvor hat sie für die Europäische Frauenlobby in Brüssel im Bereich Frauen in Entscheidungsprozessen gearbeitet.

Feministische Außenpolitik – Schwedens Werkzeug für eine bessere Welt

Heutzutage erleben immer noch unzählige Frauen und Mädchen weltweit Gewalt, Unterdrückung und systematische Unterordnung. Schweden will dies verändern. Deshalb hat die Regierung beschlossen, eine feministische Außenpolitik zu verfolgen, die die Rechte, die Repräsentation und die Ressourcen von und für Frauen und Mädchen einsetzt.

Die schwedische Regierung hat sich nach ihrer Bildung im Frühjahr 2014 mit der gleichen Anzahl von männlichen und weiblichen Ministern als sogenannte feministische Regierung der Öffentlichkeit vorgestellt. Eine feministische Perspektive gehört seither zur Arbeit aller Ressorts.

Wichtigstes Ziel der feministischen Außenpolitik Schwedens ist es, die Rechte und die Teilhabe von Frauen in zentralen Entscheidungsprozessen, auch innerhalb von Friedensverhandlungen und der internationalen Friedensarbeit, zu verankern. Die Gleichstellung der Geschlechter ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, Schweden denkt, dass auf diese Weise seine sicherheits- wie außenpolitischen Ziele auch umfassender zum Wohle von Frauen und Männern durchgesetzt werden können.

Die feministische Außenpolitik ist heute ein integraler Teil der Aktivitäten des schwedischen Außenministeriums. Das heißt, dass Projekte und Einsätze, intern wie extern, nach folgenden vier Kriterien untersucht werden:

- *Reality Check:* Prüft, ob in der Ausgangslage alle Fakten korrekt vorliegen. Sind 100 % der Bevölkerung mit einbezogen? (u. a. konsequente Arbeit mit statistischem Material).
- *Rechte:* Menschenrechte sind auch Frauenrechte. Verfolgt wird:
  1. Verbot von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts
  2. Verbesserung der Lebensbedingungen und der Teilhabe von Frauen und Mädchen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.
- *Ressourcen:* Sicherstellung der gerechten Verteilung von Entwicklungshilfe und Ressourcen für Frauen und Mädchen, aber auch Männer und Jungen.
- *Repräsentation:* Bemühung sowohl im eigenen Ministerium als auch durch die Arbeit in internationalen Organisationen, die Anzahl der Frauen und den Einfluss der Frauen zu erhöhen.

Zur Umsetzung der Ziele dieser Politik werden nicht nur spezifische Konzepte und Instrumente herangezogen, wie etwa Statistik und Analyse, die Ergebnisse der Arbeit des

Matilda Hägglbom Regeringskansliet

Entwicklungshilfeministerin Isabella Lövin, Außenministerin Margot Wallström und Handelsministerin Ann Linde

schwedischen Außenministeriums werden auch jährlich ausgewertet, gegebenenfalls die Strategien zur Umsetzung verbessert.

Gleichstellungspolitik schon seit Langem Priorität

Die Gleichstellung der Geschlechter sowie eine kontinuierliche Arbeit, Frauen gerecht in alle Bereiche der Gesellschaft zu integrieren, ist in Schweden schon seit über 100 Jahren ein Thema. Bereits 1845 erhielten Frauen das gleiche Erbrecht wie Männer. 1874 erhielten verheiratete Frauen das Recht, über ihr eigenes Einkommen zu verfügen. Dies entsprach einer Gesellschaft, die stark landwirtschaftlich geprägt war und in der beide Ehepartner auf einem kleinen Hof arbeiteten.

Ab 1921 wurde ihnen die volle Geschäftsfähigkeit zugesprochen. Eine zentrale Maßnahme zur Gleichstellung von Mann und Frau, für die Teilhabe verheirateter Frauen am Erwerbsleben und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf war die Einführung der Individualbesteuerung Anfang der 1970er Jahre. Im neuen Individualbesteuerungssystem wurden Ehemann und Ehefrau als zwei autonome ökonomische

Daphne Springhorn

Subjekte betrachtet. Mit Hilfe weiterer Maßnahmen (Ganztagsschule und Kindergarten, Elternzeit usw.) ist es Schweden mittlerweile gelungen, im internationalen Vergleich bei Gender Gap Rankings (zum Beispiel www.weforum.org) immer auf einem der ersten vier Plätze zu landen.

Gleichstellungsarbeit zur Sicherung und Verbesserung der Demokratie

Gleichstellungsarbeit wird in Schweden aber auch als ein unabdingbares Element im demokratischen System angesehen. Eine aktive Gleichstellungspolitik dient demzufolge nicht nur der Entwicklung des einzelnen Individuums, sondern sorgt auch für ein ausgeglichenes Macht- und Einflussverhältnis als Grundlage einer gerechten und demokratischen Gesellschaft – national, regional und global!

Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass Gender Equality bzw. eine aktive Gleichstellungspolitik bereits seit langem Teil der schwedischen Außenpolitik ist und in den verschiedenen internationalen Organisationen (UNO, OSZE, EU) von Schweden vertreten wird.

Zeit für grundlegende Veränderungen

Die jetzige Regierung geht noch einen Schritt weiter: Mit der Hinwendung zu einer feministischen Außenpolitik werden die Grundlagen des gegenwärtigen Gesellschaftssystems in den Blick genommen, welches die Ungleichheit in der Behandlung von Männern und Frauen täglich aufs Neue zementiert. Eine Studie der Weltbank von 2014 zeigt beispielsweise, dass in 128 von 143 Ländern der Welt immer noch Unterschiede in der Rechtsprechung von Frauen und Männern gemacht werden. Laut der Studie von UNICEF von 2015 sind 130 Millionen Mädchen und Frauen in 29 Ländern Afrikas und im Nahen Osten Opfer von Geschlechtsverstümmelung. Frauen sind auch in führenden Positionen immer noch unterrepräsentiert und haben immer noch viel zu wenig Zugang zu Ressourcen wie Bildung, Eigentum, Erbe und bezahlter Arbeit.

Schweden wird nun verstärkt Frauen in Ländern wie Ruanda, Uganda, Liberia und Guatemala durch Entwicklungshilfe die Möglichkeit für eine Existenzgründung sowie für Bildung geben. Was die Umsetzung der Menschenrechte für Frauen betrifft, wird Schweden noch intensiver als bisher in den internationalen Organisationen und Foren die Rechte von Frauen und Mädchen verteidigen und stärken.

Als Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen 2017/2018 wird Schweden beispielsweise den Einsatz von Frauen in Friedensprozessen aktiv fördern, da mit Einbeziehung von Frauen Frieden und Sicherheit erwiesenermaßen nachhaltiger gewährleistet werden kann.

BMEIA

Botschafterin Helen Eduards

Feministische Außenpolitik an der schwedischen Botschaft in Wien

An der schwedischen Botschaft in Wien ist diese feministische Perspektive ein Teil der alltäglichen Arbeit und bereits Normalität geworden. Im Bereich der Ressourcenverteilung wird darauf geachtet, Frauen sowohl in der öffentlichen Diplomatie als auch in der Pressearbeit sowie bei Kulturveranstaltungen mindestens ebenso viel Platz einzuräumen wie Männern. Konkret heißt das auch immer wieder, die eigene Arbeit zu hinterfragen und zu korrigieren, sich nicht mit den Gegebenheiten zufriedenzugeben und aktiv nach geeigneten Frauen für Veranstaltungen und Kooperationen Ausschau zu halten. Nicht immer einfach, jedoch immer fruchtbar.

Zum Internationalen Frauentag lud die schwedische Botschafterin Helen Eduards weibliche Prominenz aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kunst nicht nur zum Netzwerken ins Schwedenhaus Wien, denn, so die Botschafterin: „Erst im Dialog kann sich die feministische Perspektive entfalten, korrigieren und weiterentwickeln. Ein Austausch, von dem wir auf allen Ebenen unserer Arbeit profitieren."

MAG.ª DAPHNE SPRINGHORN
ist Referentin für Handel, Presse und Kultur in der schwedischen Botschaft in Wien.

Österreichischer
Städtebund

ISBN 978-3-9502038-1-3